

Fragen der Freiheit



Mai/Juni 1984
Heft 168

Soziale Bewegung

- *Selbstverständnis des Menschen als Grundlage
der Gemeinschaftsordnung - IV*

Im bürgerlichen Leben ist alles Tun und Lassen des gesellschaftlichen Menschen ein ewiges Streben nach Selbständigkeit... Es läßt sich gar nicht leugnen, es gelingt ihm in diesem Zustand selten, von Gesetzen abzuhängen, die auf dem Recht ruhen, das in seiner Brust schlägt, und das er sich selber gegeben. Bald hängt er allgemein von der Willkür der Gewalt ab, die immer nur danach trachtet, unser Geschlecht auf den Ruinen seiner zertrümmerten Selbständigkeit als ein menscheitsloses und menscheitsleeres Wesen bloß zu regieren, demselben alle Kraft und alles Recht seiner Natur zu rauben, um dann, wenn dieses geschehen, in ihm die also erniedrigte Menschheit zu beglücken und zu begnaden.

Heinrich Pestalozzi (1746 – 1827)

(aus: »Nachforschungen über den Gang der Natur in der Entwicklung des Menschengeschlechts«)

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 168

Mai/Juni 1984

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung

Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Fritz Penserot

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung
– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien –
III. Teil

»Staatssozialismus« und »Wissenschaftlicher« Sozialismus	3
1. Der Staatssozialismus: Karl Rodbertus (1805–1875)	7
2. Ferdinand Lassalle (1825–1864)	13
3. Der »Kathedersozialismus«: Adolf Wagner (1835–1917)	20
4. Der »Wissenschaftliche« Sozialismus Karl Marx (1818–1883)	27

Wolfgang Triebler

Bis heute kein Erfolg im Kampf um Frieden und soziale Gerechtigkeit!	57
---	----

Gerhardus Lang

Stellungnahme zur »Aktion Volksentscheid«	71
---	----

Redaktion

»Soziale Marktwirtschaft« – Verwirklichung oder Verfälschung – ?	73
--	----

Zeitspiegel	83
-------------------	----

Korrespondenz	86
---------------------	----

Mitteilungen des Trithemiusinstitutes	88
---	----

Auf dem Wege zur freiheitlichen Wirtschafts-Ordnung

– Beiträge zur Geschichte der Wirtschaftstheorien –

III. Teil

»Staatssozialismus« und »wissenschaftlicher« Sozialismus

1. Der Staatssozialismus

Das neunzehnte Jahrhundert begann mit tiefem Mißtrauen weitester Kreise gegen den Staat und die Regierungen und mit einem ungeheueren Enthusiasmus der meisten Schriftsteller und Ökonomen für die politische und wirtschaftliche Freiheit und die individuelle Initiative. Es endigte dagegen mit unüberhörbaren Forderungen nach Einmischung des Staates in die wirtschaftliche und soziale Organisation, nach Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat und nach Übernahme wirtschaftlicher Funktionen durch den Staat auch in solchen Bereichen, die von der Privatwirtschaft weit besser und effektiver und billiger wahrgenommen werden können als von staatlichen Organisationen und Behörden.

Dieser Meinungsumschwung ist – ohne jede Frage – die Folge davon, daß der Wirtschaftsliberalismus trotz aller ungeheueren Erfolge es nicht fertig gebracht hat, diese Erfolge allen Bevölkerungskreisen zuteil werden zu lassen, ja, daß Ausbeutung und Verelendung der Arbeiterschaft vielfach geradezu als der Preis für diese Erfolge angesehen wurden.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß manche Schriftsteller glaubten, in den neuen Bezeichnungen »Staatssozialismus« und »Kathedersozialismus« (in Deutschland) oder »Interventionismus« (in Frankreich) zugleich auch ganz neue Volkswirtschaftstheorien erblicken zu können, wiewohl es sich dabei gar nicht um neue volkswirtschaftliche Systeme gehandelt hat, sondern um Modifikationen der bekannten Systeme durch *politische* Eingriffe.

Für *Adam Smith* galt das *Laissez faire*-Prinzip als rein wirtschaftliches Prinzip. Der Staat hatte nicht nur die Aufgabe, die innere und äußere Sicherheit zu wahren, sondern er hatte auch

»die Pflicht, gewisse öffentliche Werke und Anstalten zu errichten und zu unterhalten, deren Betrieb niemals im Interesse eines Privatmannes oder einer kleinen Zahl von Privatleuten liegen kann, weil der Gewinn daran niemals einem Privatmann oder einer kleinen Zahl von Privatleuten Befriedigung gewähren würde, obgleich er eine große Nation oft mehr als schadlos hält.«¹

¹ *A. Smith*, S. 582

Unter dem Einfluß des wachsenden politischen Liberalismus trat jedoch an die Stelle dieser Smith'schen Theorie ein prinzipielles Mißtrauen gegen den Staat überhaupt, das besonders bei *Frédéric Bastiat* zu einer radikalen Ablehnung jeglicher Wirtschaftstätigkeit des Staates führte. Bastiat sah immer und überall im Staate die Gewalt und den Sieg der Gewalt über die Freiheit des Individuums, so daß er dem Staate als einzige Aufgabe die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und den Schutz des Besitzes zubilligte.

Es ist klar, daß gegen diese Einseitigkeit die Reaktion angesichts der miserablen Zustände, die geradezu nach einer Veränderung der Sozialpolitik schrien, nicht ausblieb. Der erste, der gegen die ständige Herabsetzung des Staates Front machte, war der französische Schriftsteller *Charles Dupont-White* (1807–1878) mit der Schrift »*L'individu et l'état*« (1856). Er wurde damit praktisch der Vorläufer des deutschen »Staatssozialismus«, während seine Stimme in Frankreich keinen Widerhall fand. Die aufgeklärte Meinung war im zweiten Kaiserreiche nicht geneigt, einem Manne Gehör zu schenken, der die Macht der Regierung stärken und deren wirtschaftlichen Einfluß erweitern wollte. Eine wirkliche Wandlung der öffentlichen Meinung erfolgte erst im letzten Drittel des Jahrhunderts, und es war in Deutschland, wo sich dieser Umschwung vollzog.

Der *Staatssozialismus* hat im Grunde zwei Wurzeln. Zum einen forderten manche Liberale aus der Schule von Adam Smith angesichts des Arbeiterelends eine gewisse Einschränkung des Laisser faire-Prinzips; zum andern neigten ihm auch eingefleischte Gegner des Privateigentums und der Produktionsfreiheit deshalb zu, weil sie möglichst rasch dem Arbeiterelend steuern wollten. Beiden Wurzeln müssen wir daher nachgehen.

* * *

Zunächst zur Kritik des Laisser-faire bei einzelnen Nationalökonomien: Für *Adam Smith* bestand noch eine »natürliche Identität der privaten und der allgemeinen Interessen«. Er hatte nachgewiesen, daß sich bei freier Konkurrenz die Preise auf das Niveau der Produktionskosten einspielen; daß sich das Angebot »automatisch« der Nachfrage anpaßt; und daß das Geldkapital den ertragreichsten Anlagen zufließt. Die gleiche Auffassung teilten *Say*, *Malthus* und *Ricardo*, obwohl die Kritik an dieser Auffassung mit zunehmender Verelendung immer größerer Arbeitermassen von Jahr zu Jahr zunahm. Insbesondere *Sismondi* beschreibt die üblen Folgen der Konkurrenz unter den damals gegebenen Umständen der enormen Ungleichheit der Kontrahenten, die zur Folge hatte, daß die Schwächeren dem Willen der Stärkeren hoffnungslos unterlegen waren. Sein Buch¹ ist eine einzige Kritik des Vorsehungsoptimismus Adam Smith's.

¹ siehe oben

In Deutschland hatte der Münchner Nationalökonom *Hermann*, durchaus ein Vertreter der Klassischen Schule, schon 1832¹ nachgewiesen, daß die von persönlichen Interessen getriebene Tätigkeit der Individuen keineswegs für alle Notwendigkeiten der Volkswirtschaft ausreiche, sondern daß auch die Belange des Gemeinwohls in wirtschaftlicher Hinsicht besonders beachtet werden müßten. Vor allem war es dann aber *Friedrich List*, der seine ganze Beweisführung auf den Gegensatz zwischen dem stets zeitgebundenen Interesse der Einzelnen und den Dauer-Interessen der Nation stützte, welche letztere stets nur von der Regierung wahrgenommen werden könnten. Freilich gehen Lists ausgesprochen nationalpolitische Forderungen² weit über den Rahmen dieses Kapitels hinaus, so daß sie weiter unten gesondert dargestellt werden müssen.

Anders bei *John Stuart Mill*, dem bereits in seinem letzten Buche³ die klassische These der Übereinstimmung von Individualinteressen und Allgemeininteresse nicht mehr haltbar erschien und der deshalb geneigt ist, die Einmischung des Staates überall da zuzulassen, wo der Einzelne außerstande ist, sich selbst zu helfen, und wo nur seitens der Regierung das Allgemeinwohl wahrgenommen werden kann.⁴

Ähnliche Gedanken vertrat *Michel Chevalier*. Ursprünglich Schüler von *Saint-Simon*, war er doch Anhänger der klassischen Lehre, stritt 1848 gegen die Sozialisten und bekämpfte die Schutzzöllner. Jedoch »überall dort, wo das Gemeininteresse in Frage steht«, muß die Regierung eingreifen. Insofern betrachtet er die Regierung als den »Geschäftsführer der nationalen Assoziation«, und er glaubt, »daß die Garantien einer guten Ausführung nicht weniger gut unter der Kontrolle des Staates als unter der einer Privatgesellschaft verwirklicht werden.«⁵

Schließlich ist hier noch der »Vater der mathematischen Wirtschaftstheorie« (H. C. Recktenwald) zu nennen: *Antoine Augustin Cournot* (1801–1877), der im Jahre 1863 in seinem Buche »Recherches sur les principes mathématiques de la théorie des richesses« fragt, ob es überhaupt möglich sei, das allgemeine Interesse einer Gesellschaft klar zu definieren, nämlich das zu verwirklichende wirtschaftliche Optimum, und infolgedessen a priori die Überlegenheit eines Systems über ein anderes zu behaupten. Dieses Problem sei unlösbar. Die Produktion werde von der Nachfrage bestimmt. Diese wiederum hängt von der vorhergegangenen Verteilung der Einkommen ab. Wie soll da die Gesellschaft mit Sicherheit die nützlichste Verteilung der Einkommen bestimmen? Das ist unmöglich. Umgekehrt aber auch: Wie kann man daraus, daß die wirtschaftliche Freiheit die Nach-

¹ in seinem Buche »Staatswissenschaftliche Untersuchungen«

² niedergelegt in seinem 1841 erschienenen Buche »Das nationale System der politischen Ökonomie«

³ siehe oben

⁴ vgl. hierzu: Heinz Hartmut Vogel »Folgen des Liberalismus auf Wirtschaft, Staat und Kultur. – Der liberale und soziale Gedanke bei John Stuart Mill, Fragen der Freiheit Heft 126

⁵ Gide & Rist, Seite 471

frage am besten befriedige, schließen, daß sie die bestmögliche Wirtschaftsform darstelle? Der Fortschritt beruhe nicht notwendig auf dem Privatinteresse. Dieses könne durchaus ja auch im Widerspruch zum Allgemeininteresse stehen, so daß der Einfluß des Staates nützlich sein könne. Zwar »bietet sich« für Cournot »der Gedanke der Freiheit noch immer als das natürlichste und einfachste Kriterium dar« und wenn der Staat sich einmischt, so könnte das nur unter der Bedingung geschehen, »daß die Wissenschaft klar den Zweck definiert und die Wirksamkeit des Mittels positiv nachgewiesen hat.« Aber die Freiheit als solche hat damit aufgehört, für ihn ein bewegendes Prinzip zu sein. Er nennt sie nur noch ein »Erbwort praktischer Weisheit« – während sie für *John Stuart Mill* das beste Mittel bleibt, bei den Bürgern die Eigenschaften der Initiative und der Verantwortlichkeit zu entwickeln.

* * *

Nun zu den *sozialistischen* Ursprüngen des Staatssozialismus. Die wichtigsten Vertreter dieser Richtung sind *Karl Rodbertus* und *Ferdinand Lassalle*. Der Staatssozialismus ist für sie nicht nur eine wirtschaftliche Lehre, sondern er besitzt eine soziale und moralische Grundlage. Er stützt sich auf eine selbständige Auffassung von Gesellschaft und Staat. Dabei waren es nicht die Ökonomen, von denen dieses Ideal und diese Auffassung stammen, sondern die Sozialisten, Rodbertus und Lassalle. Beide versuchten, zwischen der bestehenden – liberalistischen – Gesellschaftsordnung und der »zukünftigen« Gesellschaft einen Kompromiß zustande zu bringen, indem sie die Macht des modernen Staates als Hebel benutzen wollten. In dieser Hinsicht stimmen sie mit *Louis Blanc* überein, den wir schon im vorhergehenden Kapitel erwähnt haben. Während es aber bei Louis Blanc bei der Idee und bei Forderungen blieb, sollte der Staatssozialismus in Deutschland seinen größten Erfolg haben.

Bestimmend für diesen Erfolg waren aber nicht allein die Bemühungen von Rodbertus und Lassalle, sondern die persönlichen Beziehungen, die die beiden miteinander und – dank der Vermittlung von *Lothar Bucher*, einem Vertrauten *Bismarcks* – mit *Bismarck* verbanden, »der es nicht verschmähte, zur Zeit des Höhepunktes von Lassalle's sozialistischer Agitation ziemlich mysteriöse Beziehungen mit diesem zu pflegen.«¹ Hinzu kam, daß Rodbertus seit 1870 in häufigem Verkehr mit *Adolf Wagner*, dem später bedeutendsten Vertreter des Staatssozialismus (bei Wagner »Kathedersozialismus«), stand, der häufig zum Fürsten *Bismarck* gerufen und von diesem um Rat gefragt wurde.

* * *

¹ Gide & Rist, a.a.O. Seite 474

Karl Rodbertus (1805–1875)

Karl Rodbertus, von Hause aus ein liberaler Rittergutsbesitzer auf Jagetzow, der in der preußischen Nationalversammlung von 1848 seinen Platz in den Reihen des linken Zentrums hatte und dessen politisches Programm sich in den Worten »konstitutionelle Regierung und nationale Einheit« zusammenfaßt, hatte seine grundlegenden Auffassungen bereits in der Mitte der dreißiger Jahre gebildet. Er schöpfte dabei wesentlich aus französischen Quellen, vornehmlich von *Saint-Simon* und *Sismondi*, aber auch, nämlich die Arbeitswerttheorie, von *Ricardo*, wobei er aber betont, daß diese Theorie nicht bereits verwirklicht sei, sondern erst in der Zukunft verwirklicht werden müsse:

»Nur darin irrt sie, daß sie das, was erst in der Idee gilt, wonach die Wirklichkeit einstweilen nur gravitiert, was erst die Zukunft festzuhalten hat, als in der Gegenwart bestehend ansieht.«¹

Als Rodbertus seine erste Schrift, »Forderungen der arbeitenden Klassen«, in der Augsburger Allgemeinen Zeitung veröffentlichen wollte, verweigerte diese den Druck. So kam es, daß er erst 1842, nun in Neu-Brandenburg, sein Werk »Zur Erkenntnis unserer staatswissenschaftlichen Zustände« erscheinen lassen konnte und kurz danach seine »Sozialen Briefe« (1850–51). Sie blieben indessen fast zwanzig Jahre so gut wie unbekannt, und erst durch die Reden *Lassalles* und durch *Adolf Wagner* wurden sie bekannt und zugleich berühmt und übten dann einen großen Einfluß auf die Ökonomen des letzten Drittels des vergangenen Jahrhunderts aus. Dieser »Ricardo des Sozialismus hat für die Lehre seiner Vorgänger (der französischen Sozialisten) das getan, was Ricardo für die eines Smith und Malthus getan hat: er zeigte, wie mit einem Vergrößerungsglas, ihre Folgen und ihre grundlegenden Voraussetzungen.« (*Adolf Wagner* 1878).

Rodbertus ist daher, auf Grund seines Ursprungs, jenem demokratischen und radikalen Sozialismus vollständig fremd geblieben, der ein Kind der populären Agitation war und dessen Vertreter *Karl Marx* wurde, für den Sozialismus und Revolution, wirtschaftliche Theorie und politische Handlung untrennbar verknüpft sind.²

Rodbertus nähert sich vielmehr am Ende seines Lebens mehr und mehr der konservativen Monarchie – gewiß nicht zuletzt eine Folge der staatspolitischen Erfolge *Bismarcks*. Obwohl er ein Anhänger des allgemeinen Wahlrechts war, lehnt er es 1863 ab, in *Lassalle's* »Arbeiterverein« einzutreten, weil Lassalle die politische Reform zu einem wichtigen Programm-Punkt des »Arbeitervereins«

¹ Gide & Rist, S. 475

² Charles Rist in Gide & Rist, S. 476

gemacht hatte. Rodbertus schwebte vielmehr eine konservativ-soziale Partei der Zukunft vor. Deshalb lehnte er es auch ab, an dem *Eisenacher Kongreß* von 1872 teilzunehmen, und er wandte sich selbst gegen den »Kathedersozialismus« (dessen Vertreter er »Zuckerwassersozialisten« nannte), weil er der Auffassung war, daß der Sozialismus in den gegebenen Staatsaufbau integriert werden müsse. Trotzdem war Rodbertus einer der einflußreichsten Vorläufer des eigentlichen Staatssozialismus – gegen seinen eigenen Willen.

Rodbertus' Theorie beruhte auf der Idee, daß die Gesellschaft ein durch die *Arbeitsteilung* geschaffener *Organismus* sei, der alle Menschen in einer naturnotwendigen *Solidarität* verbinde und sie dadurch aus ihrer Vereinzelung heraushebe und so die Gesellschaft zu einer echten *Gemeinschaft* umbilde; eine Gemeinschaft überdies, die keine anderen Grenzen habe als die der Arbeitsteilung selbst und die mithin dahin strebe, die ganze Welt, über alle nationalen Grenzen hinweg, zu umfassen. Das Wohl aller Individuen in dieser Weltgemeinschaft beruhe fortan nicht mehr auf dem jeweiligen natürlichen Milieu der Menschen, sondern es sei abhängig von allen anderen Produzenten der entstehenden Weltgemeinschaft. Worauf es nun ankomme, das sei die Entwicklung gewisser Organe mit Funktionen, die einen wesentlich sozialen Charakter haben müßten, wobei der entscheidendste Punkt die *Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse* der Menschen, sowie die *gerechte Verteilung* der Gesamtproduktion unter die einzelnen arbeitenden Produzenten sei und, schließlich, die *Aufrechterhaltung der Produktion* zumindest auf der Grundlage der bereits vorhandenen Ressourcen.

Im Gegensatz zur klassischen liberalen Schule in der Nachfolge von *Adam Smith*, die in dem freien Spiel der natürlichen Kräfte – analog dem unbehinderten Blutkreislauf im menschlichen Körper – die Voraussetzung für die bestmögliche wirtschaftliche Produktion und Verteilung sah, erkannte *Rodbertus* die Mängel dieser – eben noch nicht glatt funktionierenden – Wirtschaftsordnung und betonte die Notwendigkeit der Herbeiführung einer besseren Wirtschaftsordnung durch die *Staaten*:

»Die Staaten sind nicht so glücklich oder unglücklich, daß sich ihre Lebensfunktionen von selbst mit Naturnotwendigkeit vollziehen. Wie sie als geschichtliche Organismen sich selbst organisierende Organismen sind, sich ihre Gesetze und Organe selbst zu geben haben, so gehen auch die Funktionen ihrer Organe nicht mit Notwendigkeit vor sich, sondern sie, die Staaten selbst, haben sie in Freiheit zu regeln, zu unterhalten und zu fördern.«¹

¹ Gide & Rist, a.a.O. Seite 479

Deshalb schlägt Rodbertus schon 1837 vor, die natürliche Freiheit durch ein »System staatlicher Leitung« zu ersetzen. Rodbertus sagt:

1. Man könne in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht genau von einer *Anpassung der Produktion* an die *sozialen Bedürfnisse* sprechen, sondern nur an die *wirksame Nachfrage mit Geld*. Deshalb würden nur die Bedürfnisse derjenigen befriedigt, die bereits etwas besitzen, wohingegen die Bedürfnisse derjenigen, die nur Arbeit anzubieten haben, nur dann – und das auch nur halbwegs – befriedigt würden, wenn nach der Arbeit eine Nachfrage besteht. Die Folge: allzu oft blieben die notwendigsten Bedürfnisse der Armen völlig unbefriedigt; während zu gleichen Zeit andere, Reiche, in allen Annehmlichkeiten des Luxus schwelgten. Deshalb müsse an die Stelle der Produktion für die Nachfrage die Produktion für das »soziale Bedürfnis« treten. Und warum produzieren die Produzenten nur für die Nachfrage? Weil sie nur ihr eigenes Interesse im Auge hätten; nur die *Rentabilität* interessiere sie, nicht die *Produktivität* im Hinblick auf alle Menschen; nur die *Rente* und der *Gewinn*, nicht das »Nationalbedürfnis«. *Walter Theimer* schreibt u. a. hierzu:

»Wie *Hegel*, der Rodbertus sonst wenig beeinflusste (von der Dialektik meinte er treffend, daß sie weniger ein Werkzeug sei, um sich der Wahrheit zu bemächtigen, als eine Waffe, um sich die Gegner vom Halse zu halten), sah er in der Bürgerklasse vor allem einen Haufen von Interessenten, deren rücksichtsloser Egoismus alle organischen und menschlichen Bindungen in der Gesellschaft zerstörte. Nichts als Eigennutz stand hinter ihren Phrasen von Freiheit und Menschenrecht. Als die preußische Fortschrittspartei das oktroyierte Dreiklassenwahlrecht zu verteidigen begann, trieb die Enttäuschung über diesen Verrat der freiheitlichen Prinzipien Rodbertus noch weiter ins konservative Lager. Das erst durch die Revolution von 1918 beseitigte Dreiklassenwahlrecht begünstigte nicht nur den landbesitzenden Adel, sondern noch mehr das geldbesitzende Bürgertum. . . Die Gegnerschaft zu Liberalismus und Bürgertum sollte nach Rodbertus' Meinung die Konservativen und die Arbeiter zusammenführen; er sah in den Arbeitern keine naturnotwendig revolutionäre, sondern eine im Grunde organisch zum Staate gehörende, staatsbejahende Kraft. . . Nur durch Besserung der Lage der Arbeiterklasse konnte die soziale Frage gelöst werden. Dies wiederum war nur möglich, wenn *staatliche* Sozialpolitik und *staatliche* Wirtschaftslenkung an die Stelle des ungezügelter Wettbewerbs traten. Rodbertus vertrat aus sozialpolitischen Gründen einen weitgehenden *Interventionismus*. Er sah keinen Grund, warum ein in der Struktur kapitalistischer Staat hierzu nicht fähig sein sollte. Nicht Klassenkampf und Revolution, sondern die konstitutionelle preußische Monarchie hatte das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse zu

vollbringen. Gewerkschaften, Genossenschaften und Selbsthilfe der Arbeiter lehnte Rodbertus ab; nur vom Staate sollte das Heil kommen.«¹

2. Wie soll nun die *gerechte Verteilung der Gesamtproduktion* vonstatten gehen? Was ist »gerechte Verteilung«? Rodbertus antwortet: die, die jedem Arbeiter das Erzeugnis seiner Arbeit gibt (abzüglich des Anteils, der den öffentlichen Bedürfnissen dienen muß). Denn »alle wirtschaftlichen Güter kosten weiter nichts als Arbeit«, oder: »Nur diejenigen Güter gehören zu den wirtschaftlichen, die Arbeit gekostet haben« und: »Die Güter sind, wirtschaftlich genommen, nur das Produkt derjenigen Arbeit, welche die *materiellen Operationen*, die dazu notwendig sind, verrichtet hat.« In der bestehenden Ordnung der freien Konkurrenz und des Privateigentums wird aber gerade diese Forderung nicht erfüllt. Der Arbeiter wird vielmehr um den vollen Arbeitsertrag betrogen, er erhält – nach Lassale's »*ehernem Lohngesetz*« – nur das Existenzminimum, sofern er nicht überhaupt arbeitslos ist. Rodbertus vergleicht in der Tat die *Lohnarbeit* mit der *Sklaverei*.

Wenn es also wahr ist, daß – einerseits – allein der Arbeiter alle Erzeugnisse schafft, daß aber – andererseits –, auf Grund des Austausches, die Boden- und Kapitalbesitzer, in Folge der bloßen Tatsache ihres Besitzes und ohne an der Produktion unmittelbaren Anteil zu haben, in der Form von Zinsen oder Pacht einen Teil dieser Erzeugnisse erhalten, so ist offenbar die *Formel der Gerechtigkeit* in der Verteilung schwer verletzt – auch wenn dieser »Diebstahl« ohne jede Gewalttätigkeit, allein in Folge des bestehenden liberalistischen Systems und unter der Herrschaft des Privateigentums an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln geschieht. Rodbertus folgert daraus, daß die *Ursache* dieses Zustandes darin zu suchen sei, daß *in diesem System* auch »andere als die Produzenten selbst, nämlich die bloßen Privateigentümer von Boden und Kapital als bei der Produktion Beteiligte angesehen werden und daher *berechtigt* seien, einen Anteil vom Nationaleinkommen zu erhalten.«

Damit werde *das doppelte Gesicht der Verteilung* enthüllt: *wirtschaftlich* vermittele der Tausch dem Kapital, dem Boden und der Arbeit jeweils den Teil des Produktes, der mit dem *Wert* übereinstimme, zu dem ihre Dienste auf dem Markt eingeschätzt würden; *sozial* aber gestatte er, daß den einzigen wahren Herstellern des Produktes, den Arbeitern, ein Teil dieses (»ihres«) Produktes genommen werde, der Teil eben, den Rodbertus mit einem Wort »*die Renté*« nennt, womit er das Einkommen der Grundbesitzer und der Kapitalisten zusammenfaßt.²

1 Walter Theimer, »Geschichte der politischen Ideen«, 2. Auflage, Francke Verlag, Bern, 1959, Sammlung Dalp

2 vgl. Gide & Rist, S. 485

Bei der Untersuchung der Frage, welches die *proportionalen Anteile seien*, die die Arbeiter und die Nichtarbeiter vom Gesamtprodukt erhalten, kommt Rodbertus zu dem Ergebnis, daß der proportionale Anteil des Arbeiters am Produkt zugunsten der Anteile der beiden anderen stetig sinke («*Gesetz der fallenden Lohnquote*«):

»Der Anteil der Produzenten am Produkt richtet sich zuletzt und im allgemeinen nicht nach dem Ergebnis ihrer Produktion, sondern nach dem Produktquantum, das hinreicht, um ihnen die Kräfte der Weiterarbeit und die Mittel zur Aufzucht neuer Arbeiter zu geben.« (S. 487)

An anderer Stelle sagt Rodbertus:

»Wenn der Verkehr in bezug auf die Verteilung des Nationalprodukts sich selbst überlassen bleibt, bewirken gewisse mit der Entwicklung der Gesellschaft verbundene Verhältnisse, daß bei steigender Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit der Lohn der arbeitenden Klassen ein immer kleinerer Teil des Nationalproduktes wird.«¹

Denn wenn die Produktivität der Arbeit infolge der industriellen Entwicklung dauernd wächst und sich die Gesamtmenge der Produkte laufend vermehrt, während die absolute Menge der Produkte, die von den Arbeitern ständig von dieser wachsenden Menge genommen wird, stets dieselbe bleibt, so bedeutet dies zwangsläufig einen stets geringeren Verhältnisanteil am Gesamtprodukt.

Gleichzeitig glaubt Rodbertus, hier auch die *Erklärung der Krisen* gefunden zu haben: indem die *Unternehmer die Produktivität ihrer Unternehmungen* beständig erhöhten, wobei aber der prozentuale Anteil der Arbeiter am Gesamtprodukt nicht mitwachse, bliebe die Nachfrage nach einem großen Teil der Produkte beständig hinter der Produktion zurück, so daß »auf diese Weise den Unternehmern ohne ihr Verschulden fortwährend und unerwartet der Boden unter den Füßen schwände.«²

* * *

Die praktischen *Schlußfolgerungen*, die Rodbertus aus seiner Theorie zieht, sind allerdings höchst merkwürdig. Logisch wäre es gewesen, wenn er die Abschaffung des Privateigentums und der individuellen Produktion gefordert hätte und demzufolge Vergesellschaftung der Produktionsmittel und eine Anpassung des Angebotes an das »soziale Bedürfnis«, wobei zugleich jedermann in den dergestalt aufzubauenen Produktionsprozeß einzugliedern und anteilmäßig zu

¹ Gide & Rist, S. 487

² Gide & Rist, S. 488

entlohn wäre. Vor einer solchen Lösung aber schrickt nun Rodbertus zurück, und zwar nicht, weil er die damit unweigerlich verbundene Behördenherrschaft fürchtet (er meint, auch dann bliebe der Mensch in der Gesellschaft frei), sondern weil er einen Abscheu vor jeder revolutionären Umwälzung besitzt und weil ihn die mangelhafte Erziehung der Massen erschreckt, die die Notwendigkeit einer solchen Gemeinschaftslösung nicht verstehen und sich deshalb mit Gewalt dagegen wehren würden. Auch glaubt er, »das Grundeigentum haben seinem Unrecht soviel Recht beigemischt, daß man das wahre Eigentum nur mit empören würde, wenn man sofort schon Hand an das falsche legen wollte.«

Daher sucht er nach einer *Kompromißmöglichkeit*: da beide Ursachen der Ungerechtigkeit nicht zugleich beseitigt werden können – das Eigentum und die Vertragsfreiheit – müsse die weniger Widerstand hervorrufende *Abschaffung der Vertragsfreiheit* in die Wege geleitet werden, zumal dann auch der proportionale Anteil der Arbeit am Gesamtprodukt steigen und somit Pauperismus und Krisen verschwinden würden.

»Das große Problem besteht darin, uns auf friedlichem Entwicklungswege aus unserer auf dem Grund- und Kapitaleigentum beruhenden abgelebten Staatenordnung in die geschichtlich ihr folgende, auf dem Verdienst oder reinem Einkommenseigentum sich gründende, schon in den meisten sozialen Verhältnissen wie zur Geburt sich regende und rührende höhere Staatenordnung allmählich einzuführen.«

Rodbertus Projekt sieht demzufolge vor, daß der Staat den Wert des sozialen Gesamtproduktes in Arbeit schätzt und daß dann der Teil des Wertes, den die Arbeiter zu erhalten haben, festgesetzt wird; daß alsdann für diese Summe an die Unternehmer Lohnbons ausgegeben werden, gegen welche sie in öffentlichen Niederlagen eine gleichwertige Menge Produkte abliefern müssen (deren Wert in Arbeit geschätzt wird), und zum Schluß mögen sich die Arbeiter, die von ihren Unternehmern in Lohnbons bezahlt werden, mit allem, was sie brauchen, versehen.

Es erübrigt sich natürlich, auf die wirtschaftliche Unmöglichkeit dieses Projektes weiter einzugehen. Daß es trotzdem hier kurz umrissen wurde, hat seinen Grund darin, zu zeigen, wie unglaublich groß Rodbertus' Vertrauen in die Allmacht des Staates und der Regierungen gewesen ist und wie verständnislos für den Selbstbestimmungswillen der Menschen und für die individuelle Freiheit auch als Grundbedingung sowohl für die Entfaltung der Persönlichkeit auch in der Wirtschaft als auch für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft überhaupt. Und das nach 1789, nach Metternich, nach 1848 ...

So ist es denn kein Wunder, daß Rodbertus großen Einfluß auf die »Kathedersozialisten« und auf die Sozialpolitik ausgeübt hat; das Schlagwort »Preußentum und Sozialismus« geht auf ihn zurück.¹

Ferdinand Lassalle (1825–1864)

Rodbertus hat dem Staatssozialismus seine grundlegende soziale Idee gegeben; *Lassalle* aber wollte dem Gedanken die Tat folgen lassen. Während Rodbertus revolutionäre Umwälzungen durchaus verabscheute, war Lassalle ein revolutionärer Feuertopf, ein Politiker von faszinierender Beredsamkeit, der, nachdem er nach langer Pause 1861 in den politischen Tageskampf eintrat, seine ganzen Anstrengungen auf möglichst sofort realisierbare Forderungen konzentrierte, wobei ihm zwei Ziele vor Augen standen, ein politisches und ein wirtschaftliches: die Durchsetzung des *Allgemeinen Wahlrechts* in Preußen und im Norddeutschen Bund und die Schaffung der vom Staat zu unterstützenden und finanzierenden *Produktivgenossenschaften* der Arbeiter; das Allgemeine Wahlrecht als Voraussetzung für die Unterstützung und Finanzierung der Produktivgenossenschaften – und hierzu suchte er wiederum die Mithilfe Bismarcks (davon weiter unten) – und die Produktivgenossenschaften, um den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmen zu machen und auf diese Weise das in der liberalistischen Wirtschaftsordnung herrschende und vermeintlich unüberwindbare »*eherne Lohngesetz*« aus den Angeln zu heben.

In seinem »*Offenen Antwortschreiben*« an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig sagte hierzu Lassalle u. a. folgendes:

»Nur ein Mittel kann das 'eherne Lohngesetz' aufheben: *Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen* – das ist das Mittel, durch welches – und durch welches *allein* – wie Sie jetzt sofort selbst sehen, jenes eherne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt!

»Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, so fällt jene *Scheidung* zwischen *Arbeitslohn* und *Unternehmergewinn* und mit ihr der bloße *Arbeitslohn* überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: *der Arbeitsertrag!*«

Der Staat soll das Kapital oder doch den Kredit dazu dem Arbeiterstand leihen oder doch Bürge sein bei solchen Anleihen. Das bedeutet keine Aufhebung der Selbsthilfe, sondern ihre Ergänzung:

¹ Theimer a. a. O., S. 317

»Und ebensowenig lassen Sie sich durch das Geschrei derer irre führen und täuschen, die hier etwa gar von *Sozialismus* oder *Kommunismus* sprechen und mit derlei billigen Redensarten dieser Ihrer Forderung entgegenzutreten wollen. Sondern seien Sie von solchen fest überzeugt, daß sie Sie nur täuschen wollen oder aber selbst nicht wissen, was sie sprechen. *Nichts ist weiter entfernt* von dem sogenannten Sozialismus und Kommunismus als diese Forderung, bei welcher die arbeitenden Klassen ganz wie heute ihre *individuelle Freiheit, individuelle Lebensweise* und *individuelle Arbeitsvergütung* behalten und zu dem Staat in keiner anderen Beziehung stehen, als daß ihnen durch ihn das erforderliche Kapital resp. der erforderliche Kredit zu ihrer Assoziation vermittelt wird.«

»Das aber ist gerade die Aufgabe und Bestimmung des Staates, die großen Kulturfortschritte der Menschheit zu erleichtern und zu vermitteln. Dies ist sein Beruf; dazu ist er da, dazu hat er immer gedient und dienen müssen ...

»*Ihnen also*, meine Herren, den *notleidenden Klassen*, gehört der Staat, nicht uns, den höheren Ständen; denn *aus Ihnen besteht er*. Was ist der Staat? frage ich, und Sie ersehen jetzt aus wenigen Zahlen (des prozentualen Anteils der Arbeiter am Gesamtsteueraufkommen) handgreiflicher als aus dicken Büchern die Antwort: *Ihre, der ärmeren Klassen, große Assoziation – das ist der Staat!*

»Wie aber den Staat zu dieser Intervention vermögen? Und hier wird nun sofort sonnenhell die Antwort vor Ihrer aller Augen stehen: dies wird nur durch das *allgemeine und direkte Wahlrecht* möglich sein.

Wie nun aber die Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts bewirken?

Organisieren Sie sich als ein *allgemeiner deutscher Arbeiterverein* ...«^{1,2}

So wurde *Ferdinand Lassalle* der Begründer des »*Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins*« (Leipzig 1863), aus dem dann später, nach der Fusionierung mit der von *August Bebel* und *Wilhelm Liebknecht* gegründeten »*Sozialdemokratischen Arbeiterpartei*« (Eisenach 1869), die »*Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands*« (Gotha 1875) hervorging, die ihren Namen schließlich in »*Sozialdemokratische Partei Deutschlands*« (1890) umwandelte.

* * *

1 Aus *Adolf Damaschke* »Geschichte der Nationalökonomie« Zweiter Band, Seite 141–143, Gustav Fischer, Jena, 1918

2 siehe Anmerkung Nr. 1 Seite 44

Ferdinand Lassalle, am 11. April 1825 in Breslau geboren, war der Sohn des wohlhabenden Seidenhändlers Heymann *Lassal*. Schon sehr früh erfüllte eine ungeheure Leidenschaft sein ganzes Wesen. In der Schule war er ein Tunichtgut, weshalb sein Vater ihn schon bald in ein Internat nach Leipzig geschickt hatte. Auch dort gab es noch Ärger mit ihm, wenngleich seine fachlichen Leistungen gut waren, sonst aber galt er als »vorlaut, naseweis, liederlich und anmaßend« und »weder von den Lehrern noch von den Schülern geachtet«. Aber mit 17 Jahren konnte er bereits zur Universität nach Berlin, wo er vor allem Philosophie studierte. 1846/47 war er in Paris. Dort französisierte er seinen Namen, indem er ihn nun *Lassalle* schrieb, was er vornehmer fand. In Paris traf er mit *Heinrich Heine* (1797–1856) zusammen, auf den er solch starken Eindruck machte, daß dieser ihn dem Dichter *Georg Herwegh* mit den Worten vorstellte: »Ich stelle Ihnen einen neuen Mirabeau vor!« In einem Empfehlungsbrief an seinen Freund Karl August *Varnhagen van Ense* schreibt Heine:

»Mein Freund, Herr Lassalle, ist ein junger Mann von den ausgezeichnetsten Geistesgaben, mit der gründlichsten Gelehrsamkeit, mit dem weitesten Wissen, mit dem größten Scharfsinn; der mir je vorgekommen ... Herr Lassalle ist nun einmal so ein ausgeprägter Sohn seiner Zeit, die nichts von jener Entsagung und Bescheidenheit wissen will, womit wir uns mehr oder minder heuchlerisch in unserer Zeit hindurch gelangert und hindurch gefaselt. Dieses neue Geschlecht will genießen und sich geltend machen im Sichtbaren. Wir, die Alten, beugten uns demütig vor dem Unsichtbaren, haschten nach Schattenküssen und blauen Blumengerüchen, entsagten und flennten – und waren doch vielleicht glücklicher als jene harten Gladiatoren, die so stolz dem Kampftode entgegengehen.«¹

Heine ist so angetan von der stürmischen Persönlichkeit Lassalles, daß er in ihm bereits den kommenden Führer einer neuen, arbeitenden Generation sieht, ja, daß er ihn, im Sinne *Hegels*, mit einem neuen Napoleon vergleicht, ja mit einem Messias der Arbeiterschaft, wie er einmal in einem Briefe an Lassalles Vater schrieb. Doch schon bald darauf, im Zusammenhang mit der Hatzfeld-Affäre Lassalles, fand Heines Bewunderung für Lassalle ein Ende, als er sah, wie dieser sich selbst für lange Zeit von seiner politischen Befreiungsaufgabe, von seiner eigentlichen Mission abwandte.

In Berlin wurde Lassalle in das Schicksal der nicht mehr jungen, sehr vermögenden *Gräfin Hatzfeld* verwickelt. Geboren als Fürstin Hatzfeld, war diese schon sechzehnjährig mit ihrem Vetter, dem Grafen Edmund Hatzfeld, vermählt worden. Jetzt aber führte sie mit ihm einen Scheidungsprozeß, der großes Aufsehen

¹ zitiert in *Adolf Damaschke* »Geschichte der Nationalökonomie«, Gustav Fischer, Jena 1918, Seite 131/32

erregte, weil er ihr die Herausgabe ihres Vermögens verweigerte. Lassalle erbot sich, den Prozeß für sie zu führen, der schließlich acht Jahre lang dauerte und ihn in ein Dickicht von Skandalen und Intrigen zog, aus dem er aber letztlich als berühmter Prozeßanwalt hervorging; und der ihm überdies eine hohe Lebensrente eintrug, nachdem er zuvor lange Zeit sein Einkommen mit seiner Mandantin geteilt hatte.

Nicht nur der Hatzfeld-Prozeß, auch seine wissenschaftlichen Arbeiten machten den jungen Lassalle bekannt und berühmt. 1857 hatte er das Werk »*Die Philosophie Herakleitos des Dunklen von Ephesos*« veröffentlicht, das von der philosophischen Fachwelt gefeiert wurde. Dabei mußte Heraklit, wie bei Marx, zur Begründung einer revolutionären Philosophie herhalten. 1858 schrieb Lassalle das Drama »*Franz von Sickingen*« das eine demokratische und nationale Tendenz zeigte und zur Einigung Deutschlands unter einem evangelischen Kaiser aufrief. »Zum Spiegel seiner Seele« wollte Lassalle dieses Drama machen, in dem er zeigte, warum die meisten Revolutionen scheitern; weil die Volksführer so häufig den Versuch machten, die wahren Triebfedern ihrer Bewegung geheim zu halten, um die herrschenden Klassen zu täuschen, statt offen ihr letztes Ziel zu enthüllen. 1861 schließlich folgte sein »*System der erworbenen Rechte*«, worin er »die feste Burg eines wissenschaftlichen Rechtssystems für Revolution und Sozialismus in seinem besten und erhabendsten Sinne zu erbauen versuchte.«

»Der Grundgedanke dieses Werkes ist, daß 'mit den abstrakt allgemeinen Kategorien von Eigentum, Erbrecht, Vertrag, Familie usw. überhaupt nichts getan ist, daß der römische Eigentumsbegriff ein anderer ist als der germanische', kurz, 'daß die Rechtsphilosophie, als in das Reich des historischen Geistes gehörend, es nicht mit logisch-ewigen Kategorien zu tun hat, sondern daß die Rechtsinstitute nur die Realisationen historischer Geistesbegriffe, nur der Ausdruck des geistigen Inhalts der verschiedenen historischen Volksgeister und Zeitperioden, und daher nur als solche zu begreifen sind.«¹

Lassalle gehörte zum Kreis der *Jung-Hegelianer*. Erst in den vierziger Jahren lernte er Marx kennen, wobei er sich diesem nie geistig unterwarf. Er teilte vielmehr Hegels Geschichtsauffassung zeit lebens. Da er nie in ausländischem Exil war – im entscheidenden Jahre 1848 war er zunächst infolge seiner Verwicklung in den Hatzfeld-Skandal in Köln im Gefängnis und, zu Ende des Jahres und 1849, erneut, diesmal wegen aufrührerischer Reden –, hat er einen gewissen Kontakt mit der deutschen Arbeiterschaft behalten, deren Gefühle er deshalb besser verstand als Karl Marx. Marx' Meinung, daß der Arbeiter kein Vaterland habe, hat er niemals geteilt. Lassalle blieb Sozialist und Demokrat. Demokratie und National-

1 in: *Damaschke*, S. 137

staat – das schien ihm fast ein und dasselbe. Entscheidend blieben für ihn die deutschen idealistischen Philosophen: Hegel und Fichte. Für Marx' »Materialisierung« der Hegel'schen Geschichtsdiagnostik hatte er kein Verständnis. Seine Geschichts- und Staatsauffassung blieb immer idealistisch. Marx' historischen Determinismus lehnte er klar ab, wie schon aus seiner Abwehr der Einwände von Marx und Engels gegen sein Sickingen-Drama deutlich erkennbar ist:

»Geht man von der Hegelschen konstruktiven Geschichtsanschauung aus, der ich ja selbst so wesentlich anhängen, so weiß man sich freilich mit Euch zu antworten, daß in letzter Instanz der Untergang doch notwendig eingetreten wäre und eintreten mußte, weil Sickingen, wie Ihr sagt, ein auf *reaktionäres* Interesse vertrat, und daß er dies wieder notwendig mußte, weil ihm Zeitgeist und Klasse das konsequente Einnehmen einer andern Stellung unmöglich machten. ... Aber diese kritisch-philosophische Geschichtsanschauung, in der sich eherne Notwendigkeit an Notwendigkeit knüpft, und die eben deshalb auslöschend über die Wirksamkeit *individueller Entschlüsse und Handlungen* hinwegfährt, ist eben darum kein Boden, weder für das praktisch-revolutionäre Handeln, noch für die vorgestellte dramatische Aktion. Für beide Elemente ist vielmehr die Voraussetzung von der umgestaltenden und entscheidenden Wirksamkeit *individuellen Entschließens und Handelns* der unerläßliche Boden, ohne den ein dramatisch zündendes Interesse ebenso wie eine kühne Tat nicht möglich ist.«¹

Es ist deutlich: nicht Hegel², sondern Fichte³ hat bei diesen Gedanken Pate gestanden. Lassalle sieht ebenso deutlich wie Marx das Elend der Arbeiter und den Klassenkampf. Aber ebenso deutlich erlebt er *in sich* die begeisternde Kraft der *Idee*, die für ihn mehr Wirklichkeit besitzt als die sogenannte Macht der sozialen Verhältnisse, die Marx für die einzig wirksame Kraft hält. Marx wendet sich an den »Proletarier«, Lassalle wendet sich an den Menschen. Das gab seiner Agitation die ungeheuer zündende Kraft. Im »Arbeiterprogramm«⁴ sagt er:

»Die *sittliche Idee der Bourgeoisie* ist diese, daß ausschließlich nichts anderes als die ungehinderte Selbstbetätigung seiner Kräfte jedem einzelnen zu garantieren sei. Wären wir alle gleich stark, gleich gescheit, gleich gebildet und gleich reich, so würde diese Idee als eine ausreichende und sittliche angesehen werden können. Da wir dies aber *nicht sind* und nicht sein *können*, so ist dieser Gedanke nicht ausreichend und führt deshalb in seinen Konsequenzen notwendig zu einer tiefen Unsittlichkeit. Denn er führt dazu, daß der Stärkere, Gescheitere, Reichere den Schwächeren ausbeutet und in seine Tasche steckt.

1 in: Walter Theimer »Geschichte der politischen Ideen«, a.a.O., Seite 325

2 und 3 siehe Anmerkungen Seite 45/46.

4 Ferdinand Lassalle »Arbeiterprogramm«, Bollwerk-Verlag Karl Drott, Offenbach 1946

– Die *sittliche Idee des Arbeiterstandes* dagegen ist die, daß die ungehinderte und freie Betätigung der individuellen Kräfte durch das Individuum noch nicht ausreiche, sondern daß zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen *noch hinzutreten müsse*: die *Solidarität* der Interessen, die *Gemeinsamkeit* und die *Gegenseitigkeit* in der Entwicklung.«¹

»Der Zweck des Staates ist somit der, das menschliche Wesen zur *positiven Entfaltung* und *fortschreitenden Entwicklung* zu bringen, mit anderen Worten, die menschliche *Bestimmung* – d. h. die Kultur, deren das Menschengeschlecht *fähig* ist – zum *wirklichen Dasein* zu gestalten; er ist die *Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit*.«²

Die Staatsidee der liberalen Klasse hingegen sei der »*Nachtwächterstaat*«, der überhaupt überflüssig wäre, wenn es keine Diebe und Mörder gäbe. Lassalle strebte nach Fichtes »*wahrem*« Staat, und die Arbeiterklasse sei berufen, ihn zu errichten. Schon dröhne der »*Massenschritt der Arbeiterbataillone*« (Lassalle), die ihn schaffen würden. Und er beschwört im »*Arbeiterprogramm*« die »*Idee des Arbeiterstandes*«:

»Dieser *vierte* Stand, in dessen Herzfallen daher kein Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der *gesamten Menschheit*, seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller.«³

Seine Herrschaft muß daher auch

»über den Staat eine Blüte der Sittlichkeit, der Kultur und der Wissenschaft herbeiführen, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen:

»Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tief sittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzip des gesamten Zeitalters zu erheben, seine Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen, und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten.

»Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten und die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden.

»Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll!«⁴

1 Lassalle Seite 39/40

2 zitiert in *Wartburg* a.a.O. Seite 265 und Lassalle Seite 41

3 Lassalle Seite 34

4 zitiert in *Damaschke*, a.a.O. Seite 136/37 und Lassalle Seite 42

Wie immer uns diese hochgemute Sprache heute anrühren mag – Lassalles idealistisches Pathos erwärmte die Herzen seiner Zuhörer mehr als Marx' materialistisches Dogma und seine Appelle an Gefühle des Hasses und der Erniedrigung.

* * *

Lassalle hat – da er bereits als 39jähriger in einem Duell sein Leben verlor – nur einen Bruchteil dessen erreicht, was ihm vorgeschwebt hatte. Zwar geht die Einführung des *allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts* im Norddeutschen Bund im Jahre 1866/67 nicht zuletzt auf sein Wirken zurück, aber in Preußen blieb das die Arbeiterschaft diskriminierende und die Vermögenden begünstigende Dreiklassenwahlrecht bis 1918 bestehen. Schon deshalb ist es nicht zu der Gründung der vom Staat unterstützten und mit Staatskrediten finanzierten *Produktivgenossenschaften* gekommen, wofür ja *Lassalle* in seinen beiden letzten Jahren *Bismarck* zu gewinnen gehofft hatte. Tatsächlich war es *Lassalle* auch gelungen, *Bismarck* für diese Gedanken zu interessieren – wenn auch unklar geblieben ist, ob der konservative Junker den fortschrittlichen Sozialisten im Entscheidungsfalle auch wirklich ernsthaft unterstützt hätte. Immerhin war *Bismarcks* entschiedenster innenpolitischer Gegner die bürgerliche *Fortschrittspartei*, die aufgrund des *Dreiklassenwahlrechts* eine überwältigende Mehrheit in Preußen hatte und mit dieser Mehrheit im Jahre 1862 die vom König Wilhelm und von *Bismarck* erstrebte Armee-Reorganisation verhinderte und einen schweren Verfassungskonflikt auslöste, den *Bismarck* mit der Einführung des *Allgemeinen Wahlrechts* zu beseitigen hoffte. Hier also begegneten sich *Bismarcks* Pläne mit denen *Lassalles*. Und auch eine Staatsunterstützung für die *Produktivgenossenschaften* scheint *Bismarck* für zweckdienlich gehalten zu haben.

Lassalle seinerseits hatte zwar in den eigenen sozialistischen Reihen die unterschiedensten Gegner gegen *Bismarcks* Politik – doch mochten diese Sozialisten ihn auch verachten und ihm »*Verrat*« vorwerfen, er sah hier eine Chance für seine Politik und wollte sie nutzen. So kam es zu mehrfachen, ziemlich geheim gehaltenen Begegnungen *Lassalles* mit *Bismarck*, die jedoch infolge des frühen Todes *Lassalles* zu keinem Ergebnis mehr führten. *Bismarck* selbst hat sich Jahre später dazu einmal in einer großen Reichstagsrede geäußert.¹

Am 31. August 1864 erlag *Lassalle* den Verletzungen, die er in dem Duell erlitt, das er selbst im Verlaufe einer theatralischen Liebesaffäre mit der Verlobten eines rumänischen Adligen, in seiner Eitelkeit zutiefst verletzt, durch Beleidigung der Geliebten herbeigeführt hatte. Der unvergleichliche, strahlende Komet am Himmel des deutschen demokratischen Sozialismus, in dem *Heinrich Heine* einst

¹ siehe Anmerkung Nr. 4 Seite 47

den ersehnten Befreier, ja Messias der deutschen Arbeiterschaft gesehen hatte, war erloschen. Nicht wenige Biographen haben es Lassalle nicht verziehen, daß er sein großes Werk einer Liebesaffäre wegen aufs Spiel gesetzt und so letztlich im Stich gelassen hat.

Dennoch: »nichts kann die Bedeutung der Tatsache verkleinern, daß Ferdinand Lassalle durch den Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit eine selbständige deutsche Arbeiterbewegung begründet und lange Zeit hindurch bestimmend beeinflußt hat.« (Damaschke)

Der »Kathedersozialismus«: Adolph Wagner (1835–1917)

Der Zeitabschnitt zwischen dem Tode Lassalles (1864) und dem *Eisenacher Kongreß* der Professoren, Nationalökonomien und Juristen (1872), auf dem der »Verein für Socialpolitik« gegründet wurde, war für die Bildung des deutschen *Staatssozialismus* von entscheidender Bedeutung. Die glänzenden militärischen und politischen Erfolge *Bismarcks* in den Jahren 1864, 1866 und 1870/71 stellten die Führer der liberalen Fortschrittspartei und die Vertreter des Wirtschaftsliberalismus vollkommen in den Schatten, wohingegen die *Staatsidee* *Bismarcks* ganz außerordentlich an Gewicht gewinnt.

Zur gleichen Zeit verbreiteten die 1863 entstandenen »*Jahrbücher für Nationalökonomie*«, einem bedeutenden Organ der Volkswirtschaftswissenschaftler, den Gedanken der Relativität wirtschaftspolitischer Prinzipien, wie er sich aus der Sicht der neuen »*Historischen Schule*« ergab.

Vor allem aber dringt auch die *Arbeiterfrage* immer stärker direkt in das Bewußtsein der Menschen und verlangt nach einer Lösung, nachdem die deutsche Industrie die Entwicklung nachgeholt hatte, die fast ein Jahrhundert früher in England begonnen hatte. Kurz nach der Gründung des »*Allgemeinen deutschen Arbeitervereins*« durch Lassalle (1863) traten *August Bebel* und *Wilhelm Liebknecht* auf den Plan: 1867 wurden sie in den neuen Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt, und 1869 gründeten sie die betont sozialistische »*Sozialdemokratische Arbeiterpartei*«. Damit war die Soziale Frage endgültig auf dem Tisch, und Staat und Regierung, Wissenschaft und Politik konnten ihr nicht mehr länger ausweichen. Der Ausgleich der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit war nunmehr das Gebot der Stunde.

In diesem Moment erfolgte die Aufsehen erregende Kundgebung der Mitglieder des »Vereins für Socialpolitik« in *Eisenach*. Der *Kongreß* der Professoren sagte in einem berühmt gewordenen *Manifest* der »manchesterlichen Schule« den Kampf an. Er erklärte darin, daß der *Staat* »das große Moralinstitut zur Erziehung

der Menschheit« sei und daß ihn das »große Ideal beseelen« müsse, »einen immer zahlreicheren Teil unseres Volkes an den hohen Gütern der Zivilisation teilnehmen zu lassen«; und er beauftragte den »Verein für Sozialpolitik«, die für diese neue Politik notwendigen wissenschaftlichen Materialien zu sammeln. Da es vornehmlich Professoren waren, die sich nunmehr den neuen sozialen Bestrebungen zuwandten, würde dieser Sozialismus fortan von den Liberalen spöttisch »*Kathedersozialismus*« genannt. In einer scharfen Polemik nannte der Freihändler *H. B. Oppenheim* diese neue Gruppierung der »Kathedersozialisten« kurzerhand »Süßwasser-Sozialisten« und »Sünder an der wissenschaftlichen Volkswirtschaftslehre«, deren »Schöntun und Coquettieren mit der Arbeiterklasse« er als volkswirtschaftliche Verirrung bezeichnete.¹

Der bedeutendste Vertreter dieser neuen Richtung war *Adolph Wagner*, der seine Gedanken vor allem in dem Werk »*Grundlegung der politischen Ökonomie*« niederlegte, erschienen 1876. Diese neue Lehre war nicht so sehr eine Reaktion gegen die grundlegenden Gedanken der eigentlichen Klassik, sondern lediglich gegen die Übertreibungen ihrer späteren Schüler, vor allem *Bastiat*s und der »*Manchesterländer*« in Deutschland. Das von *Gustav Schmoller* verfaßte Eisenacher Manifest spricht bezeichnenderweise nur von der »*Manchester-Schule*«, nicht aber von *Adam Smith*. Und *Adolph Wagner* sagt ausdrücklich:

»Die allgemeine Regel lautet: der Staat hat diejenigen Tätigkeiten zur Befriedigung der Bedürfnisse seiner Angehörigen selbst zu übernehmen, welche weder die Privatwirtschaften, noch freie, noch andere Zwangswirtschaften (Selbstverwaltungskörper) überhaupt oder welche alle diese nur weniger gut oder nur kostspieliger ausführen können.«²

Diese Ansicht deckt sich durchaus mit der von *Adam Smith*. Aber die extremen Liberalisten, wie gerade in Deutschland *Prince-Smith*, in der Nachfolge des Vertreters der »hartherzigen« Schule *Charles Dunoyer*'s, sprachen dem Staate jede andere Rolle als die eines »*Sicherheitsproduzenten*« ab:

Die volkswirtschaftliche Gemeinde als solche ist nur Marktgenossenschaft; sie besitzt . . . weiter kein gemeinsames Institut als eben den Markt, und sie hat auch weiter nichts zu gewähren als freien Zutritt zu dem Markte.« Und:

»Aber dem Staat erkennt der Freihandel keine andere Aufgabe zu, als eben die eine: die Produktion der Sicherheit.«³

Den optimistischen Vertretern der Schule *Bastiat*'s erschien also die Regierung in wirtschaftlich-sozialen Fragen als die verkörperte Unfähigkeit.

1 *Günter Schmolders* in »Geschichte der Volkswirtschaftslehre«, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, 1961

2 *Gide & Rist*, S. 501

3 *Gide & Rist*, S. 502

Für die Staatssozialisten hingegen besteht zwischen den Individuen und den Klassen derselben Nation eine moralische Solidarität, die viel weiter und tiefer geht als die wirtschaftliche. Der Staat bildet vor allem auch eine politische und *Rechtsgemeinschaft*, und als solcher ist er das Organ der moralischen Solidarität, der Anwalt des *Rechts* und seiner Mitglieder, und dies verpflichtet ihn mithin dazu, über die einfache Schutzpflicht gegen äußere und innere Gewalttätigkeit hinaus, dem Unrecht zu begegnen, dem der im materiellen Elend lebende Teil des Volkes ausgesetzt ist. Deshalb habe der Staat, so Adolph Wagner, »für Kultur und Wohlfahrtszweck zu sorgen«. Hier stellt sich der Staatssozialismus auf den philosophischen Boden *Lassalle's*, dessen Auffassung von der Aufgabe und historischen Rolle der Regierungen er sich damit anschließt. Und indem er sich zugleich mit Entschiedenheit auf den *nationalen* Standpunkt stellt, tritt er damit auch in enge Beziehung zu den Auffassungen *Friedrich Lists*.

In Frankreich hatte schon 1860 *Dupont-White* gesagt:

»Es gibt in jeder Gesellschaft Angelegenheiten von vitaler Bedeutung, die das Individuum niemals tun wird, entweder, weil sie seine Kraft übersteigen, oder weil sie ihm keinen entsprechenden Gegenwert bieten, oder aber, weil sie nur unter Beihilfe aller zustande kommen können, die man aber nicht durch freundliches Zureden erhalten kann. Für alle diese Dinge ist der Staat der gegebene Unternehmer, die berufene Triebkraft.«¹

Und bereits 1847 hatte *Dupont-White* vom Staate die Erfüllung »seiner« Funktion der »Wohltätigkeit und Mildtätigkeit« verlangt, wobei die Mittel hierzu durch entsprechende Steuern aufzubringen seien:

»Die oberen Klassen sind mit einer Steuer zu belegen und deren Ertrag ist zur Unterstützung und Entlohnung der Arbeit zu verwenden.«²

In »*L'Individue et L'État*« (1856) ging *Dupont-White* sogar so weit, zu behaupten, daß »alle Wege der Zivilisation vor demselben ewig sich wiederholenden Hindernis« stünden: »dem Individuum mit seiner Unfähigkeit und Böswilligkeit«. Und er weist nach, wie der moderne Staat (der für ihn überhaupt erst 1789 beginnt) nach und nach seinen Bereich vergrößert habe, indem er an die Stelle der Lokalregierungen getreten sei, an die Stelle des Despotismus der Klassen und der Familie, wie er nacheinander die Frau, das Kind und den Sklaven unter seinen Schutz genommen habe und so den Kreis seiner Pflichten und Verantwortlichkeiten in dem Maße vergrößert habe, wie sich die Fortschritte der Zivilisation und der Freiheit vollzogen hätten. Deshalb forderte er für die neue Gesellschaft:

1 *Charles Dupont-White* (1807-1878) im Vorwort zur französischen Ausgabe von John-Stuart Mill's »*On Liberty*«, nach *Gide & Rist*, a.a.O. S. 503

2 in »*Capital et Travail*« lt. *Gide & Rist*, S. 507

»Mehr Organe, vermehrte Kräfte, mehr Regeln,« Denn:

»Der Staat ist der Mensch, frei von allen Leidenschaften, der Mensch, zu seiner Höhe emporgehoben, wo er in inniger Berührung mit der reinen Wahrheit ist, wo er nur Gott und seinem Gewissen gegenüber steht. . . Welche Verfassung auch immer er habe, der Staat ist besser als die Individuen.«¹

Von solcher Exaltiertheit, die wohl nur als Reaktion auf das abgrundtiefe Mißtrauen des extremen Liberalismus gegen die Regierungen zu begreifen ist, ist der deutsche Staatssozialismus frei. Er will keineswegs alle Aufgaben, Verantwortung, Zuständigkeiten dem Staate überantworten. Damit aber steht auch er vor der entscheidenden Frage, *wie* man den Machtbereich des Staates von dem Zuständigkeitsbereich des Individuums abgrenzen soll. Wie weit, innerhalb welcher Grenzen, auf Grund welcher Regeln soll der Staat handeln? Denn, so *Adolph Wagner*, es ist unmöglich, das Motiv des Privatinteresses ganz und gar durch das des Gemeininteresses zu ersetzen – wie das ja die Kollektivisten tun wollen. Dazu müßte man einen grundstürzenden Wandel der menschlichen Psyche herbeiführen. Und das ist unmöglich.

Dupont-White hatte das Problem für unlösbar erklärt, und auch *Adolph Wagner* weiß keine zuverlässige Regel aufzustellen. Während aber *Dupont-White* resigniert feststellt: »Der Individualismus ist das Leben . . . aus diesem Grunde ist der Individualismus unvergänglich.«, versucht *Adolph Wagner*, die Aufgabenbereiche von Individuum und Staat zu bestimmen. Im Prinzip soll sich der Staat nicht an die Stelle des Individuums setzen. Die Selbsttätigkeit des Individuums muß der wesentliche Hebel des wirtschaftlichen Fortschritts bleiben. Damit scheint *Adolph Wagner* denselben Standpunkt einzunehmen wie *John Stuart Mill*. Jedoch: *Mill* will die Sphäre der individuellen Tätigkeit so wenig wie möglich beschnitten sehen, *Wagner* hingegen will die Sphäre der Regierung so weit wie möglich ausdehnen. *Mill* betont die negative Rolle der Regierung, *Wagner* die positive, die darin bestehe:

»die umfassendere Teilnahme der Masse der Bevölkerung an den materiellen Früchten und an den Kulturgütern, welche die Zunahme der Produktionskräfte überhaupt zu erringen erlaubt, zu ermöglichen.« Man müsse »die Volkswirtschaft aus der privatwirtschaftlichen mehr in die gemeinwirtschaftliche Organisationsform hinüber führen«, aber auch wiederum nur soweit, daß die Entwicklung der Individualität nicht in Gefahr gerät.²

Wie aber sollen nur diese – keineswegs klar gefaßten – Ideen in die Praxis umgesetzt werden, hinsichtlich der Güterverteilung, hinsichtlich der Gütererzeugung?

¹ *Dupont-White* in »L'Individu et L'État«, vgl. *Gide & Rist*, S. 504–505
² nach *Gide & Rist*, S. 506

Hier hat der Staatssozialismus das meiste von dem übernommen, was längst vor ihm geäußert worden ist,

Die *Güterverteilung* dachte er sich ähnlich wie *Sismondi*: keine prinzipielle Verurteilung des Profits und des Zins, wie bei den Sozialisten; Beibehaltung des Privateigentums als grundlegender Einrichtung; Anpassung des Einkommens an das Verdienst; Beschränkung der Profite auf ein »gerechtes Maß«; Erhöhung der Löhne auf ein Niveau, das eine »menschliche Existenz« erlaubt.

»Denn es gilt eben«, sagt *Adolph Wagner*, »gerade die willkürliche und maßlose Anhäufung von Privatreichum in wenigen Händen unter der Herrschaft des Konkurrenzsystems nach recht wohl aufstellbaren und in der Praxis der Gesetzgebung und Verwaltung zur Geltung zu bringenden Gesichtspunkten billiger Erwägung und sozialer Zweckmäßigkeit zu bekämpfen.«¹

»Der Staat würde derart die Aufgabe haben, in der Güterverteilung die Achtung einer moralischen Regel durchzusetzen, die mit dem Gefühl jeder Epoche übereinstimmt. Das Mittel dieser Reformen soll in den *Steuern* gefunden werden.«

»Der folgerichtige Staatssozialismus muß sich daher zweierlei zur Aufgabe machen, was freilich eng zusammenhängt: Hebung der unteren, arbeitenden Klassen und absichtliche Hemmung der übermäßigen Reichtumsanhäufung bei einzelnen Kreisen und Gliedern der Besitzenden.«¹

In der *Gütererzeugung* soll sich, nach *Adolph Wagner*, der Staat jedesmal dann mit einer Industrie befassen, wenn dieselbe einen besonders beständigen Charakter in der Zeit und im Raume besitzt, – jedesmal, wenn sie eine gleichmäßige oder sogar einheitliche Leitung verlangt und daher Gefahr laufen würde, in den Händen von Privatpersonen zu einem Monopol zu werden, – und endlich stets, wenn sie der Befriedigung eines sehr allgemeinen Bedürfnisses dient, ohne daß es möglich wäre, den besonderen Vorteil, den jeder einzelne Verbraucher davon hat, zu betimmen. Aus diesen Gründen ist die Verwaltung der Wasserwege, der Wälder, der Kanäle, der Straßen, der Eisenbahnen und der Emissionsbanken durch den Staat gerechtfertigt, wie auch die der kommunalen Unternehmungen für Gas- und Wasseranlagen.

»Man sieht jetzt den *Hauptcharakter des Staatssozialismus* klarer hervortreten. Sein Ausgangspunkt ist nicht, wie für die Sozialisten, die eindringende Kritik des Eigentums oder des Einkommens ohne Arbeit. Er ist in der Hauptsache *moralisch und national*. Eine vollkommeneren Gerechtigkeit in der Verteilung, ein höherer Wohlstand der Arbeiterklassen erscheinen ihm als die

¹ Gide & Rist, S. 507

Bedingung der Aufrechterhaltung jener *nationalen Einheit*, deren Vertreter der Staat ist. Aber er bezeichnet die Regeln dieser Gerechtigkeit nirgends mit Genauigkeit und gibt ebensowenig die Grenzen an, wo diese Verbesserungen halt machen sollen. Ebenso ist die Vermehrung der kollektivistischen Einrichtungen öffentlichen Interesses für ihn ein Mittel, die *moralische Solidarität zu entwickeln*, indem sie das Feld der rein egoistischen Betätigung beschränkt. Die Aufrechterhaltung des Privateigentums und der individuellen Initiative erscheint ihm aber zur Steigerung der Produktion unentbehrlich und läßt ihn dem Kollektivismus feindlich gegenüberstehen. Dieser hauptsächlich moralische Charakter erklärt den Unterschied zwischen der Genauigkeit seiner einzelnen positiven Forderungen und dem etwas unbestimmten Charakter seiner allgemeinen Prinzipien, die ein jeder, je nach seiner Gemütsverfassung, mehr oder weniger weitgehend anwenden kann. Unleugbar sind seine *Kriterien* im wesentlichen *subjektiv*. Dies erklärt die äußerst scharfe Kritik von seiten gewisser Volkswirtschaftler, denen es hauptsächlich um theoretische Genauigkeit zu tun ist, und den nicht weniger lebhaften Beifall, den sie bei allen praktischen Reformern gefunden haben. Der Staatssozialismus war sozusagen der Schnittpunkt, in dem sich die Richtungen des christlichen Sozialismus, des aufgeklärten Konservatismus, der fortschrittlichen Demokratie und des opportunistischen Sozialismus kreuzten.«¹

Der eigentliche Erfolg des Staatssozialismus erklärt sich aber weniger aus seinen nicht sonderlich klaren Prinzipien als aus der Förderung, die ihm die politische und wirtschaftliche Entwicklung am Ende des vergangenen Jahrhunderts brachte. Sein bester Bundesgenosse war *Bismarck*, den die Theorie des Staatssozialismus völlig kalt ließ. Bismarck stützte sich zur Rechtfertigung seiner Sozialpolitik auf die Prinzipien des Christentums oder auf die des preußischen Landrechts.

In der *Kaiserlichen Botschaft* zur Ankündigung der berühmten Versicherungsgesetze heißt es unter anderem:

»Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht.« (17. Nov. 1881)¹

Und *Bismarck* selbst sagte u. a. in seiner Rede vom 9. Mai 1884:

»Ich erkenne ein Recht auf Arbeit unbedingt an und stehe dafür ein, solange ich auf diesem Platz stehen werde. Ich befinde mich damit nicht auf dem Boden des Sozialismus, sondern auf dem Boden des preußischen Landrechts.«²

1 *Gide & Rist*, S. 508

2 *Gide & Rist*, S. 509

In Wirklichkeit lag es *Bismarck*, nachdem er die (klein-)deutsche Einheit geschaffen hatte, nur daran, sie zu befestigen. Ein System der Arbeiterversicherungen, das vom Staat garantiert wurde, erschien ihm als das beste Mittel, die Arbeiter von dem revolutionären Sozialismus fern zu halten, indem es ihnen die Sympathie der Regierung bewies und sie durch ein pekuniäres Interesse mit dem Reiche verband:

»Wenn wir 700 000 kleine Rentner, die vom Reiche ihre Rente beziehen, haben, gerade in diesen Klassen, die sonst nicht viel zu verlieren haben und bei einer Veränderung irrtümlich glauben, daß sie viel gewinnen können, so halte ich das für einen außerordentlichen Vorteil; wenn sie auch nur 115–200 Mark zu verlieren haben, so erhält sie doch das Metall in ihrer Schwimmkraft; es mag noch so gering sein, es erhält sie aufrecht.«¹

Von diesem Gesichtspunkt aus sind die Versicherungsgesetze gegen Unfall, Invalidität, Krankheit und Alter 1881–1889 erlassen worden. Da *Bismarck* dagegen *keine* Vorteile in den Arbeiterschutzgesetzen (Arbeitsdauer, Sonntagsruhe, Fabrikhygiene) sah, wurden diese erst 1890 von *Kaiser Wilhelm II.* erlassen.

So hat also die nahezu absolute, konservative *Bismarck*-Regierung einen wesentlichen Teil des staatssozialistischen Programms verwirklicht, und der Staatssozialismus hat insofern das Verdienst, die Soziale Frage entschärft und dadurch den inneren Frieden erhalten zu haben – freilich um welchen Preis: um den Preis, letztlich, der Stützung des neudeutschen Nationalismus, der sich in den folgenden Jahrzehnten so fatal für die deutsche, ja für die ganze Weltgeschichte ausgewirkt hat.

* * *

Zusammenfassend kommen wir nicht umhin, festzustellen, daß der Staatssozialismus nicht nur keine brauchbaren, weiterführenden Schritte zur Lösung der *Sozialen Frage* gebracht, sondern daß er sogar solche Schritte indirekt selbst blockiert und Ansätze dazu bestenfalls ins Abseits der reinen wissenschaftlichen Theorie gedrängt hat. Die eigentliche Politische Ökonomie hat er in gar keiner Weise weitergeführt. Denn es ging ihm im Grunde überhaupt nicht um die Überwindung des Kapitalismus als solchen und damit nicht um die Überwindung der dem Kapitalismus *immanenten* Ausbeutung der Arbeiter durch die Geld- und Realkapitalbesitzer, sondern lediglich um ein Kurieren an den Symptomen dieses schreienden Unrechtszustandes.

Nicht von ungefähr kam denn auch der schärfste Widerspruch gegen den Staatssozialismus nicht aus den Reihen des Liberalismus, sondern aus denen des Marxismus und des neo-marxistischen Syndikalismus. So findet zum Beispiel

¹ *Gide & Rist*, S. 509

Georges Sorel (1847–1922) keine Ausdrücke, die ihm kräftig genug erscheinen, um die »Vertreter des sozialen Friedens« und des Interventionismus zu bekämpfen, die für ihn nichts anderes sind als »Verführer der Arbeiterklasse«. Nicht wenige Gewerkschaftler und Sozialisten können zu Recht bis heute ein grundsätzliches Mißtrauen gegen jede Art von Staatssozialismus nicht überwinden, weil sie in ihm nichts anderes sehen können als eine die Arbeiterschaft und das Volk verdummende Stütze der herrschenden kapitalistischen Mächte.

Und es ist ganz sicher: solange es nicht gelingt, die wahren Ursachen des Kapitalismus – und damit die wahren Ursachen der Wirtschaftskrisen, der Kapitalakkumulation, der Arbeitslosigkeit und der mit diesen verbundenen Ungerechtigkeit, Ausbeutung und Unfreiheit – aufzudecken und zu beseitigen, solange wird es nicht gelingen, den inneren Frieden, ja nicht einmal den äußeren Frieden zu erhalten.

* * *

2. Der »Wissenschaftliche« Sozialismus

Karl Marx (1818–1883)

Wie wir gesehen haben, hat der Staatssozialismus seine Entwicklung und seinen Erfolg ganz wesentlich den politischen Umständen zu verdanken, die dem Zusammenbruch der Revolution von 1848 und dem wenig ruhmreichen Ende der Deutschen Nationalversammlung der Paulskirche gefolgt sind. Die Revolution war ohnehin nicht von sozialistischen Kräften, nicht von der Arbeiterschaft getragen, sondern vom bürgerlichen Mittelstand, von Kleinbürgern, Handwerksgesellen usw., kurz: von überzeugten Demokraten. *Rodbertus* hatte, wie *Friedrich Engels* im Vorwort zu *Karl Marx'* »Das Elend der Philosophie« geschrieben hatte, »als guter Preuße an den Staat appelliert«, und »ein Dekret der Staatsgewalt« hatte daraufhin »die Reform befohlen«. So wurde *Rodbertus* nach *Engels* Worten »der eigentliche Begründer des spezifisch preußischen Sozialismus.«¹

Alle Menschen aber, die einmal gehofft hatten, in dem Aufbruch vom Frühling 1848 den Durchbruch der Ideen von Freiheit, Recht und Gleichheit aller Menschen erleben zu können, sahen sich bitter enttäuscht und verfielen in tiefe Resignation – wie es in *Heinrich Heines* ironischem Gedicht »Im Oktober 1849«, als auch der letzte Widerstand der ungarischen Revolutionäre gebrochen und 13 Generäle und zahllose Aufständische erschossen worden waren, zum Ausdruck kommt:

¹ *Friedrich Engels* in: *Karl Marx* »Das Elend der Philosophie«, Dietz Verlag, Berlin (Ost) 1971, Seiten 10 und 16

Gelegt hat sich der starke Wind
Und wieder stille wird's daheime,
Germania, das große Kind,
Erfreut sich wieder seiner Weihnachtsbäume.

Wir treiben jetzt Familienglück. –
Was höher strebt, das ist vom Übel –
Die Friedensschwalbe kehrt zurück,
Die einst genistet in des Hauses Giebel.

Gemütlich ruhen Wald und Fluß,
Von sanftem Mondlicht übergossen;
Nur manchmal knallt's – ist das ein Schuß? –
Es ist vielleicht ein Freund, den man erschossen . . .

In dieser allgemeinen Stimmung gab es einen, der nicht aufgab: *Karl Marx*. Was immer man Karl Marx vorwerfen mag:¹ in einem blieb er zeitlebens unerschütterlich: im Festhalten an der einmal gewonnenen Grundüberzeugung und in der Entschlossenheit, ja Besessenheit, dieser Überzeugung gemäß die Welt mit allen Mitteln und gegen noch so große Widerstände welcher Art auch immer zu »verändern«; – ganz im Gegensatz zu zahllosen beamteten Professoren, Lehrern, Funktionären und Mietlingen usw., die sich nicht nur mit den jeweils herrschenden Mächten oder Brotgebern arrangieren, sondern sich nur allzu oft auch in ihren Gesinnungen nach diesen richten. . . .

Karl Marx ist durch und durch Materialist und Rationalist. Der Mensch ist für ihn kein eigenständiges, kein zur Freiheit berufenes geistiges Wesen, kein originäres Ich, sondern das Produkt seiner wirtschaftlichen Produktionsverhältnisse; ein »Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse«, welch letztere wiederum abhängig sind von den materiellen Produktivkräften. Woher aber diese kommen, erklärt er nicht. Gedanken, Ideen, Geist sind für *Marx* nichts anderes als Produkte der materiellen gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse . . . usw.²

* * *

Karl Marx' ökonomische Theorie ist damit das Hauptthema, mit dem wir uns in Fortführung der Darstellung der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen zu beschäftigen haben.

Im Gegensatz zu den Staatssozialisten, die sich nur mit den Krankheitssymptomen der herrschenden Wirtschafts-(Un-)ordnung und mit dem Kurieren an diesen Symptomen, nicht aber mit deren Ursachen abgegeben haben, hat *Marx* im

¹ siehe Anmerkung Nr. 5, Seite 48

² siehe Anmerkung Nr. 6, Seite 49

Anschluß an die Klassische Theorie diese teils zu widerlegen, teils weiterzuführen versucht. Dabei ist er zu Ergebnissen gelangt, die letztlich weltgeschichtliche Folgen gezeitigt haben. Wenn je der *Hegel'sche* Gedanke eine Bestätigung gefunden hat, wonach es die *Ideen* sind – und nicht die materiellen Verhältnisse, wie Marx behauptet –, die *die Weltgeschichte bestimmen*, so durch Karl Marx' Ideen –, richtiger: Ideologiegebäude selbst. Von Hegel über Marx zu Lenin, Stalin usw. ist es ausschließlich eine (wenn auch fixe) *Idee*, die den Gang der Geschichte bestimmt hat – und nichts sonst.

Marx hat in der Tat die Welt nicht nur wie »die Philosophen« »verschieden interpretiert«, sondern »verändert«. Fragt sich nur, ob zum Guten oder zum Bösen. ... Wenn wir ihn, wie es in der Bibel geschrieben steht, an seinen Früchten erkennen sollen, so kann das Urteil wohl kaum positiv ausfallen – es sei denn, wir sähen in dem heutigen allumfassenden kommunistischen absoluten staatlichen Totalitarismus die *Antithese* zur *These* des westlichen, nur von den Krücken des Sozialstaates aufrecht erhaltenen, sogenannten Kapitalismus, woraus sich dann eines Tages wie ein Phönix aus der Asche ein wahrhaft freiheitlicher Rechtsstaat erheben würde, die *Synthese*. Fürwahr, ein abenteuerlicher utopischer Gedanke. Wirklich? Nur?

Karl Marx' wichtigste wirtschaftliche Gedanken, die wir nun hier erörtern müssen, sind erstens seine *Werttheorie*, zweitens seine *Konzentrationstheorie*; erstere bekannter als Mehrwertgesetz, die zweite als das Gesetz der automatischen Expropriation.

1. Die Mehrarbeit und der Mehrwert

Wie kommt es, daß die Klasse der Eigentümer auf Kosten der Klasse der Lohnarbeiter lebt? Die Kritik aller bisherigen Sozialreformer, von *Sismondi* bis *Rodbertus*, war eher eine sozial-moralische als eine volkswirtschaftliche; sie richtete sich vor allem gegen die Herrschaft der Besitzenden und gegen die von ihnen ausgeübten Ungerechtigkeiten. *Karl Marx* dagegen sieht die Ursache dieser Ungerechtigkeit in den Gesetzen des *Tausches*. Er sagt, die Ausbeutung sei das »unvermeidliche Ergebnis des Tausches«, geradezu eine ökonomische Notwendigkeit, der weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer entgehen könnten.

Denn die *Arbeit* sei nicht nur der Maßstab und die Ursache des Wertes, sondern die *Substanz* des Wertes schlechthin – ein Gedanke, der auch schon *Ricardo* vor Augen stand. *Marx* bestreitet zwar nicht, daß auch die Nützlichkeit eines Gutes die Voraussetzung für jeden Tausch ist und insofern auch den *Gebrauchswert* bestimmt, aber er glaubt und behauptet, daß jedem Tausch etwas *identisches* zwischen den ausgetauschten Waren zugrunde liege. Diese Identität kann aber keinesfalls in dem Nutzen bestehen, weil dieser ja bei jeder Ware verschieden sei und

dieser Unterschied die Ursache des Tausches sei. Was ist dann aber das Gemeinsame der unterschiedlichsten Waren? Es ist die *Arbeitsmenge*, die sie alle mehr oder weniger enthalten. Demnach sind »die Waren als Werte nichts als kristallisierte Arbeit«. Sie sind mehr oder weniger wert, je nachdem, ob sie mehr oder weniger von dieser gesellschaftlichen Arbeit enthalten. *Marx* hat das so ausgedrückt:

»Als Gebrauchswerte sind die Waren vor allem verschiedener *Qualität*, als Tauschwerte können sie nur von verschiedener *Quantität* sein, enthalten also kein Atom Gebrauchswert.

Sieht man nun vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten. . . .

Mit dem nützlichen Charakter der Arbeitsprodukte verschwindet der nützliche Charakter der in ihnen dargestellten Arbeiten, es verschwinden also auch die verschiedenen konkreten Formen dieser Arbeiten, sie unterscheiden sich nicht länger, sondern sind allzusamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, *abstrakt* menschliche Arbeit.

Betrachten wir nun das *Residuum* der Arbeitsprodukte. Es ist nichts von ihnen übriggeblieben als dieselbe *gespenstige* Gegenständlichkeit, eine bloße *Gallertè* unterschiedloser menschlicher Arbeit, d. h. der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf die Form ihrer Verausgabung. Diese Dinge stellen nur noch dar, daß in ihrer Produktion menschliche Arbeitskraft verausgabt, menschliche Arbeit aufgehäuft ist. Als *Kristalle* dieser ihnen gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Substanz sind sie *Werte* – Warenwerte.«¹

zusammengefaßt:

»Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerts gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, welche seine Wertgröße bestimmt.«²

Wobei gilt:

»Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen.«³

Was bekommt nun der Arbeiter für einen *Lohn*? Er bekommt die zur Produktion seiner Arbeitskraft notwendige *Arbeitszeit* ersetzt. Das Lohnsystem besteht

1 *Karl Marx »Das Kapital«*, Seite 52, Band 1, Dietz-Verlag Berlin 1972

2 »Das Kapital«, Seite 54

3 »Das Kapital«, Seite 53

ja darin, daß der Kapitalist (Arbeitgeber) die *Arbeitskraft* des Arbeiters kauft, um sie nach Belieben zu verwenden. *Marx*:

»Was also die kapitalistische Epoche charakterisiert, ist, daß die Arbeitskraft für den Arbeiter selbst die Form einer ihm gehörigen Ware, seine Arbeit daher die Form der Lohnarbeit erhält. Andererseits verallgemeinert sich erst von diesem Augenblick die Warenform der Arbeitsprodukte.«¹

»Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eignen Reproduktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel.«²

Nun aber entspricht der Wert der notwendigen Unterhaltungsmittel nicht dem Wert des Erzeugnisses dieser selben Arbeit. Es ergibt sich vielmehr ein *Wertüberschuß des produzierten Wertes über den verbrauchten Wert*: der durch die Arbeit erzeugte Wert, den der Kapitalist (Arbeitgeber) durch den Verkauf der Erzeugnisse erhält, ist weit höher als der Wert, den der Arbeiter für seine Arbeit verbraucht hat. Der ganze Unterschied dieser beiden Werte bleibt in der Hand des Kapitalisten (Arbeitgebers). Dieser Überschuß ist der *Mehrwert*.

Der Arbeiter liefert also dem Kapitalisten gewissermaßen *unbezahlte* Arbeit. Marx nennt diesen Überschuß nicht bezahlter Arbeitsstunden *Mehrarbeit*. Und es liegt, so gesehen, im Interesse des Kapitalisten, möglichst viele »unbezahlte« Arbeitszeit von den Arbeitern geleistet zu bekommen, während der Arbeiter ein Interesse daran hat, daß die Arbeitszeit möglichst verkürzt wird bei gleichem Lohn, das heißt Ausgleich für die Reproduktion seiner Arbeitskraft.

Faßt man diesen Gedankengang zusammen, so ergibt sich, daß *Karl Marx* im Grunde gar keine Anklage gegen die Ausbeuter der Arbeiter erhebt, sondern daß er feststellt, daß der Arbeiter genau das erhält, was ihm zusteht aufgrund seiner verbrauchten Arbeitskraft, und daß auch der Kapitalist (Arbeitgeber) den Arbeiter nicht bestiehlt, sondern ihm den vollen Wert zur Wiederherstellung seiner Arbeitskraft entlohnt: den wirklichen Tauschwert bezahlt. *Karl Marx*:

»Das Kunststück ist endlich gelungen. Geld ist in Kapital verwandelt. Alle Bedingungen des Problems sind gelöst und die Gesetze des Warenaustausches in keiner Weise verletzt. *Äquivalent wurde gegen Äquivalent ausgetauscht*. Der Kapitalist zahlte als Käufer jede Ware zu ihrem Wert, Baum-

1 *Kapital* a.a.O., Seite 184

2 *Kapital* a.a.O., Seite 185 = Bd.1, 4. Kap.

wolle, Spindelmasse, Arbeitskraft. Er tat dann, was jeder andre Käufer von Waren tut. Er konsumierte ihren Gebrauchswert.«¹

»Der Wert der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß sind also zwei verschiedene Größen. Diese *Wertdifferenz* hatte der Kapitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte. Ihre nützliche Eigenschaft, Garn oder Stiefel zu machen, war nur ein *conditio sine qua non*, weil Arbeit in nützlicher Form verausgabt werden muß, um Wert zu bilden. Was aber entschied, war der spezifische Gebrauchswert dieser Ware, Quelle von Wert zu sein und von mehr Wert, als sie selbst hat.

»Der Geldbesitzer hat den Tageswert der Arbeitskraft gezahlt; ihm gehört daher ihr Gebrauch. . . . Der Umstand, daß die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Arbeitstag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag wirken, arbeiten kann, daß daher der Wert, den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist als ihr eigener Tageswert, ist ein *besondres Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer*.«²

»Es ist also eine Naturgabe der sich betätigenden Arbeitskraft, der lebendigen Arbeit, Wert zu erhalten, indem sie Wert zusetzt, eine Naturgabe, die dem Arbeiter nichts kostet, aber dem Kapitalisten viel einbringt, die Erhaltung des vorhandenen Kapitalwerts.«³

»Als Kapitalist ist er (der Kapitalist) nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist die Kapitalseele. Das Kapital hat aber einen eigenen Lebenstrieb, den Trieb, sich zu verwerten, Mehrwert zu schaffen, mit seinem konstanten Teil, den Produktionsmitteln, die größtmögliche Masse Mehrarbeit einzusaugen. Das Kapital ist verstorbene Arbeit, die sich nur vampyrmäßig belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit und umso mehr lebt, je mehr sie davon einsaugt. Die Zeit, während deren der Arbeiter arbeitet; ist die Zeit, während deren der Kapitalist die von ihm gekaufte Arbeitskraft konsumiert. Konsumiert der Arbeiter seine disponible Zeit für sich selbst, so bestiehlt er den Kapitalisten.«⁴

Und nun zum Schluß die *Quintessenz* aller dieser Überlegungen in *Karl Marx*' »Kapital«:

»Ich verlange den Normalarbeitstag, weil ich den *Wert* meiner Ware verlange, wie jeder andre Verkäufer. Man sieht: Von ganz elastischen Schranken abgesehen, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstags, also der Mehrarbeit. *Der Kapitalist* behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich . . . zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke

1 *Kapital*, Seite 209 = Bd. 1, 5. Kap.

2 *Kapital*, Seite 208 = Bd. 1, 5. Kap.

3 *Kapital*, Seite 221 = Bd. 1, 6. Kap.

4 *Kapital*, Seite 247 = Bd. 1, 8. Kap.

ihres Konsums durch den Käufer ein, und *der Arbeiter* behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine *Antinomie* statt, *Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt.* Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein *Kampf* zwischen dem Gesamtkapitalisten, d. h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.«¹

Hier wird der ganze *Pferdefuß der Marx'schen Mehrwerttheorie* sichtbar. Wenn es richtig ist, daß die Arbeit allein den Wert einer Ware schafft – wie es vor Marx schon zahllose andere Nationalökonomien betont haben, so vor allem auch *Adam Smith* und *David Ricardo*, auf den sich Marx ganz besonders beruft; und wenn es – wie *Karl Marx* in Ergänzung des Ricardoschen Arbeitswertbegriffes sagt – richtig ist, daß die durchschnittlich notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit den Wert bestimmt, dann kann es nicht richtig sein, daß der Gesamtwert der zum Lebensunterhalt des Arbeiters notwendigen Arbeit bzw. Arbeitszeit *identisch* ist mit dem Wert, den der Arbeiter in einer wesentlich längeren Arbeitszeit produziert; und dann kann es erst recht nicht richtig sein, daß sich hier zwei gleiche *Rechte* gegenüberstehen – als ob der Arbeiter nur das Recht auf sein Existenzminimum hätte im Gegensatz zu einem Recht des Kapitalisten auf einen wesentlich höheren Lebensstandard. Insofern hat denn Marx allerdings völlig recht, wenn er konstatiert, daß dann nur die *Gewalt* entscheiden könne.

Und damit sind wir bei dem springenden Punkt: es ist von jeher *die Gewalt allein*, die den *Arbeiter* auf seinem *Existenzminimum* fesselte, und die Gewalt, die dem Kapitalisten die Möglichkeit gegeben hat, sein Leben soviel angenehmer zu gestalten, als es der Arbeiter kann. Und *die entscheidende Frage*, wie denn nun der bestehende Ausbeutungszustand überwunden werden könnte, ist die Frage, *woher die Gewalt, die Übermacht des Kapitalisten über den Arbeiter kommt*. Ist sie im *Eigentum* an den Produktionsmitteln begründet – wobei man zwischen nicht vermehrbarem Grund und Boden und ohne weiteres vermehrbarem sonstigen Realkapital unterscheiden muß –, ist sie in dem für jede arbeitsteilige Wirtschaft unentbehrlichen Tauschmittel, also im *Geldwesen* begründet, in dem das Geld kraft seiner Dauerhaftigkeit jederzeit seine Tauschfunktion verweigern kann, wodurch der Wirtschaftskreislauf Geld–Ware–Geld unterbrochen und dadurch die Wirtschaftskrisen mit Arbeitslosigkeit und Arbeiterelend herbeigeführt werden? Oder worin sonst ist die Übermacht des Kapitalisten über den Arbeiter begründet?

¹ *Kapital* a.a.O., Seite 249 = Bd. 1, 8. Kap.

Bevor wir dieser Frage weiter nachgehen, wollen wir uns jedoch zunächst der Frage zuwenden, wie *Marx* die Rolle des Kapitals in der Produktion versteht.

* * *

2. Die Verwandlung von Geld in Kapital

Das letzte Produkt der Warenzirkulation, des Austauschs der verschiedenen Gebrauchswerte, ist jeweils das *Geld*. Dieses letzte Produkt der Warenzirkulation ist die erste Erscheinungsform des Kapitals. Geld als Geld und Geld als *Kapital* unterscheiden sich zunächst nur durch ihre verschiedene Zirkulationsform. Die unmittelbare Form der Warenzirkulation ist die Verwandlung von Ware in Geld und die Rückverwandlung von Geld in Ware, ausgedrückt in der Formel $W-G-W$. Es gibt aber auch die umgekehrte Form: Verwandlung von Geld in Ware und Rückverwandlung von Ware in Geld: $G-W-G$. Im ersteren Fall ist der Gebrauchswert der Ware der Endzweck des Tausches, im zweiten Fall der *Gebrauchswert des Geldes*, wobei der durch den Wiederverkauf der Ware erzielte Geldbetrag höher ist als der durch den Kauf der Ware verausgabte Betrag. Das Ergebnis ist demzufolge *Geld-Ware-Mehrgeld*, oder $G-W-G'$. Wie aber ist dieses Ergebnis möglich, wenn sich, nach *Marx*, immer nur gleiche Werte gegeneinander tauschen?

»Werden Waren oder Waren und Geld von gleichem Tauschwert, also Äquivalente ausgetauscht, so zieht offenbar keiner mehr Wert aus der *Zirkulation* heraus, als er in sie hineinwirft. Es findet dann keine Bildung von Mehrwert statt. In seiner reinen Form aber bedingt der Zirkulationsprozeß der Waren Austausch von *Äquivalenten*.«¹

»Die Bildung von Mehrwert und daher die Verwandlung von Geld in Kapital kann also weder dadurch erklärt werden, daß die Verkäufer die Waren über ihrem Werte verkaufen, noch dadurch, daß die Käufer sie unter ihrem Werte kaufen.«² ...

»Man mag sich also drehen und wenden, wie man will, das Fazit bleibt dasselbe. Werden Äquivalente ausgetauscht, so entsteht kein Mehrwert, und werden Nicht-Äquivalente ausgetauscht, so entsteht auch kein Mehrwert. Die Zirkulation oder der Warenaustausch schafft keinen Wert.

»Man versteht daher, warum in unserer Analyse der Grundform des Kapitals ... Handelskapital und Wucherkapital zunächst gänzlich unberücksichtigt bleiben.

»Im eigentlichen *Handelskapital* erscheint die Form $G-W-G'$, kaufen, um

1 *Kapital*, Seite 174 = Bd. 1, 4. Kap.

2 *Kapital*, Seite 175 = Bd. 1, 4. Kap.

teurer zu verkaufen, am reinsten. Andererseits geht seine ganze Bewegung innerhalb der Zirkulationssphäre vor. Da es aber unmöglich ist, aus der Zirkulation selbst die Verwandlung von Geld in Kapital, die Bildung von Mehrwert zu erklären, erscheint das Handelskapital unmöglich, sobald Äquivalente ausgetauscht werden, daher nur ableitbar aus der doppelseitigen Übervorteilung der kaufenden und verkaufenden Warenproduzenten durch den sich parasitisch zwischen sie schiebenden Kaufmann. . . . Soll die Verwertung des Handelskapitals nicht aus bloßer Prellerei der Warenproduzenten erklärt werden, so gehört dazu eine lange Reihe von Mittelgliedern. . . .

»Was vom Handelskapital, gilt noch mehr vom *Wucherkapital*. . . . Im Wucherkapital ist die Form $G-W-G'$ abgekürzt auf die unvermittelten Extreme $G-G'$, Geld, das sich gegen mehr Geld austauscht, eine der Natur des Geldes widersprechende und daher vom Standpunkt des Warenaustausches unerklärliche Form.«¹

»Der Warenbesitzer kann durch seine Arbeit Werte bilden, aber keine sich verwertenden Werte. Er kann den Wert einer Ware erhöhen, indem er vorhandenem Wert neuen Wert durch neue Arbeit zusetzt. . . . (Aber) es ist unmöglich, daß der Warenproduzent außerhalb der Zirkulationssphäre, ohne mit andren Warenbesitzern in Berührung zu treten, Wert verwertere und daher Geld oder Ware in Kapital verwandle.

»Kapital kann also nicht aus der Zirkulation entspringen, und es kann ebenso wenig aus der Zirkulation nicht entspringen. Es muß zugleich in ihr und nicht in ihr entspringen.

»Ein doppeltes Resultat hat sich also ergeben.

»Die Verwandlung des Geldes in Kapital ist auf der Grundlage dem Warenaustausch immanenter Gesetze zu entwickeln, so daß der Austausch von Äquivalenten als Ausgangspunkt gilt. Unser nur noch als Kapitalistenraupe vorhandener Geldbesitzer muß die Waren zu ihrem Wert kaufen, zu ihrem Wert verkaufen und dennoch am Ende des Prozesses mehr Wert herausziehen, als er hineinwarf. Seine Schmetterlingsentfaltung muß in der Zirkulationssphäre und muß nicht in der Zirkulationssphäre vorgehn. *Dies sind die Bedingungen des Problems. Hic Rhodus, hic salta!*«²

Wie aber entsteht nun nach Marx' Meinung das Kapital, wenn er das Geld als reines, gewissermaßen selbstloses Äquivalent der Ware und der Arbeit ansieht? Nun: da das Geld gegen Ware ausgetauscht wird, und zwar gegen Ware, in der bereits die Arbeitskraft steckt, deren Erzeugung weniger an Wert gekostet hat, als der Gebrauchswert der von ihr hergestellten Ware beträgt, ist der bereits in der eingetauschten Ware steckende Mehrwert die Ursache für den Mehrwert am Ende des Tausches $G-W-G'$.

1 *Kapital*, Seite 177-179 = Bd. 1, 4. Kap.

2 *Kapital*, Seite 180/81 = Bd. 1, 4. Kap.

»Durch die Betätigung der Arbeitskraft wird also nicht nur ihr eigener Wert reproduziert, sondern ein überschüssiger Wert produziert. Dieser Mehrwert bildet den Überschuß des Produktionswerts über den Wert der verzehrten Produktbildner, d. h. der Produktionsmittel und der Arbeitskraft.«¹

Auf diese Weise gelangt der Kapitalist *durch die Verwertung* der Arbeitskraft des Arbeiters in den Besitz von *mehr Geld*, das nicht mehr in den Konsum fließen muß, sondern *gespart* und damit zu *Kapital, Geldkapital* wird. Denn

»Die Arbeitskraft ist die Quelle des Zinses (Mehrwert). Der Zins, der das Geld in Kapital verwandelt, kann nicht vom Geld herrühren. Wenn es wahr ist, daß das Geld Tauschmittel ist, so tut es nichts andres, als die Preise der Waren bezahlen, die es kauft. Wenn es solchermaßen unveränderlich bleibt, so nimmt es nicht an Wert zu. Daher muß der Mehrwert (Zins) von den gekauften Waren herrühren, die teurer verkauft werden. Diese Veränderung kann weder beim Kauf noch beim Verkauf stattfinden; in diesen beiden Handlungen werden Äquivalente ausgetauscht. Es bleibt darum nur eine Annahme frei, daß die Änderung durch den Gebrauch der Ware nach dem Kauf und vor dem Wiederverkauf vor sich gehe.«²

»Betrachten wir den Produktionsprozeß unter dem Gesichtspunkt des *Arbeitsprozesses*, so verhält sich der Arbeiter zu den Produktionsmitteln nicht als Kapital, sondern als bloßem Mittel und Material seiner zweckmäßigen produktiven Tätigkeit. . . . Unter dem Gesichtspunkt des *Verwertungsprozesses* (aber) verwandeln sich die Produktionsmittel sofort in Mittel zur Einsaugung fremder Arbeit. Es ist nicht mehr der Arbeiter, der die Produktionsmittel anwendet, sondern es sind die Produktionsmittel, die den Arbeiter anwenden. . . . Die bloße Verwandlung des Geldes in gegenständliche Faktoren des Produktionsprozesses, in Produktionsmittel, verwandelt letztere in Rechtstitel und Zwangstitel auf fremde Arbeit und Mehrarbeit.«³

Marx unterscheidet zwei Arten von Kapital: *variables* Kapital und *konstantes* Kapital. Das variable Kapital entspricht dem, was die älteren Ökonomen den *Lohnfonds* genannt haben; das konstante Kapital hingegen allem *Realkapital*, vom Werkzeug über die Gebäude bis zum Grund und Boden, soweit er der Produktion dient.

Das *variable* Kapital erzeugt, indem es der Entlohnung der Arbeiter dient, den Wert und den *Mehrwert*, nach der Grundmeinung von Marx, daß nur die Arbeitskraft Werte erzeugen kann. Im *konstanten* Kapital hingegen sieht Marx gewissermaßen »geronnene Arbeit«; sein Wert wird zwar auch von den Arbeitsstunden

1 *Kapital*, Seite 223

2 Marx im »*Kapital*« Kap. VI, zitiert in *Silvio Gesell* »Die natürliche Wirtschaftsordnung«, Seite 322

3 *Kapital*, Seite 328/29

bestimmt, die seine Erzeugung einmal gekostet hat, aber er erscheint bei der Verwertung des endgültigen Produktes nur in der Amortisation, insofern sei das nicht Profit – sagt *Marx*:

»Der Teil des Kapitals also, der sich in Produktionsmittel . . . umsetzt, verändert seine Wertgröße nicht im Produktionsprozeß. Ich nenne ihn . . . *konstantes Kapital*. Der in Arbeitskraft umgesetzte Teil des Kapitals verändert dagegen seinen Wert im Produktionsprozeß. Er reproduziert sein eignes Äquivalent und einen Überschuß darüber, Mehrwert. . . Ich nenne ihn daher *variables Kapital*.«

Wie aber kann es dann kommen, daß die Industrie in immer gewaltigerem Maße *Realkapital* einsetzt und im Vergleich dazu immer weniger Arbeiter, wenn doch das konstante (also Real-)Kapital viel weniger Profit abwerfe als das variable Kapital? Hierfür gibt *Marx* keine Erklärung; doch meint er, die Höhe des aus der Kapitalverwertung entspringenden Profits sei bei allen Unternehmen ungefähr gleich: es bilde sich eine durchschnittliche Profitrate bei allen Kapitalien – was aber in keiner Weise überzeugend ist, wenn nicht gar schlicht Unsinn. Es gibt keine Durchschnittsgewinnrate bei allen Unternehmen, sondern nur einen – je nach den Umständen mehr oder weniger stabilen – *Landeszinsfuß*, nach dem sich alle Wirtschaftsunternehmen bei ihren Investitionen richten: arbeiten sie mit Fremdkapital, so müssen sie mindestens diesen Zinssatz erarbeiten, ehe sie überhaupt einen Gewinn erzielen; arbeiten sie mit Eigenmitteln, so werden sie diese auch nur dann im eigenen Betrieb einsetzen, wenn sie damit eine Verzinsung in der Höhe des Landeszinssfußes erreichen, andernfalls sie lieber ihre Eigenmittel solchen Unternehmen zur Verfügung stellen, die ihnen eine Verzinsung in Höhe des Landeszinssfußes garantieren können, wobei dann vornehmlich solche Geldmittel in Staatsanleihen fließen, weil diese in der Regel die höchste Rendite bei größter Sicherheit bieten. Was aber die Höhe des *Profits* einzelner Unternehmen betrifft, so hängt dieser in erster Linie von der *Konkurrenz* ab, – keineswegs aber von dem »Arbeitswert« des Produktes –, also vom *Angebot* und von der *Nachfrage*, die sich ohne jede Verbindung mit der Menge der aufgewendeten Arbeit oder gar Arbeitszeit entwickeln. Dabei zeigt es sich, daß in aller Regel *die* Betriebe die konkurrenzfähigsten sind, die den höchsten Grad der technischen Ausstattung zur Verfügung haben und mit dem im Verhältnis zur Gesamtproduktion kleinsten Arbeiterstamm auskommen (und diesen obendrein dann noch am höchsten entlohnen können).

Karl Marx' Wertgesetz dürfte damit rundweg widerlegt sein. Wohl verdanken alle wirtschaftlichen Werte ihre Entstehung der menschlichen Arbeit, keineswegs aber kann es die *Arbeitszeit* sein, die über die *Arbeitsleistung* entscheidet, offen-

sichtlich sind es vielmehr die *Ideen* der Menschen, auf die es ankommt und von denen die *Qualität* der Arbeit abhängt; und die mithin den *Gebrauchswert* der Produkte bestimmen. Doch selbst die besten Gebrauchswerte sind nichts wert, wenn keiner davon Gebrauch machen will oder Gebrauch machen kann.

So gibt also alles Wirtschaften = Werte schaffen, durch Arbeit (!) erst dann Sinn, wenn dabei zugleich auch der die Werte brauchende, *der Wertende*, mit ins Auge gefaßt wird. Ohne dessen *Nachfrage* nach dem, was ihm etwas *wert* ist, ist jedes Angebot von »Werten« gegenstandslos. Der Ort aber, auf dem *Angebot* und *Nachfrage* zusammentreffen, ist der *Markt*, und der *Ausgleich* von Angebot und Nachfrage findet im *Preis* statt. Mithin hat der Markt und die auf dem Markte stattfindende Preisbildung die zentrale Funktion der *Koordination* aller wirtschaftlichen *Produktion und Konsumtion*. Das heißt aber zugleich: wer immer diese Funktion des Marktes stört, der stört den *Wirtschaftsorganismus* als solchen. Und somit irrt *Karl Marx* einfach, wenn er glaubt, die *Wirtschaft durch zentrale Lenkung der Produktion* funktionsfähiger machen zu können:

»Der Witz der bürgerlichen Gesellschaft besteht ja eben darin, daß à priori keine bewußte gesellschaftliche Regelung der Produktion stattfindet. Das Vernünftige und Naturnotwendige setzt sich nur als blindwirkender Durchschnitt durch.«¹

Nein: der »Witz« des *Marktes* besteht gerade darin, daß auf ihm *beide* Wirtschaftspartner, Produzent und Konsument, in steter Kommunikation stehen und beide – jedenfalls prinzipiell – in *Freiheit* handeln; und daß deshalb die *Wirtschaft* gerade nicht von der Produktionsseite »geregelt«, also gelenkt werden darf, wenn nicht die *Konsumenten*, ja die *Menschen überhaupt*, ihrer *Freiheit* beraubt werden sollen – wie es in der Nachfolge von Marx alle Marxisten wollen trotz des verheerenden Anschauungsunterrichts, den schon seit sechzig Jahren der Sowjetkommunismus bietet.

Freilich: eine *Bedingung* muß dabei auch von der Marktwirtschaft erfüllt sein: daß in ihr *Dauervollbeschäftigung* bei *Geldwertstabilität* herrscht. Nur dann kann von voller *Gegenseitigkeit* die Rede sein, d. h. von Gleichgewichtigkeit der Marktpartner. Besitzt dagegen die *Geldseite*, der Geldkapitalbesitzer, dank des Liquiditätsvorteils des Geldes gegenüber aller Ware und aller Arbeit, ein Übergewicht, dann beutet der Kapitalist seine Tauschpartner – trotz formaler rechtlicher Gleichheit – aus. Besitzt, andererseits die *Arbeitsseite*, dank Monopolisierung des Arbeitsangebotes, ein Übergewicht, dann kann sie ihre Tauschpartner erpressen. Werden gar ganze Wirtschaftszweige, die von staatlich eingesetzten Funktioniären geleitet werden, *verstaatlicht*, dann ist überhaupt keine »Gegenseitig-

¹ Aus einem Brief von *Marx* an Ludwig Kugelmann vom 11.7.1868

keit« mehr gegeben, weil dann der Markt und der Wettbewerb faktisch ausgeschaltet sind.^{1, 2}

Karl Marx aber gibt sich mit derartigen Überlegungen überhaupt nicht ab, denn er ist von der absoluten *Unentrinnbarkeit der geschichtlichen Entwicklung*, vom Urzustand der Menschheit über die primitive Tauschwirtschaft bis hin zum ausbeuterischen Privatkapitalismus und von da ab im Gegensatz zur Expropriation der Expropriateure und dem sich anschließenden Zustand der herrschaftsfreien klassenlosen Gesellschaft, unerschütterlich überzeugt – entgegen allen Erfahrungen, die auch er schon mit der »Verführbarkeit der menschlichen Seele« hätte machen können.

»Demzufolge bemüht sich *Marx* nur um eins: durch genaue wissenschaftliche Untersuchung die Notwendigkeit bestimmter Ordnungen der gesellschaftlichen Verhältnisse nachzuweisen und so viel als möglich untadelhaft die *Tatsachen* zu konstatieren, die ihm zu Ausgangs- und Stützpunkten dienen. Hierzu ist vollständig hinreichend, wenn er mit der *Notwendigkeit* der gegenwärtigen Ordnung zugleich die Notwendigkeit einer andren Ordnung nachweist, worin die erste unvermeidlich übergehen muß, ganz gleichgültig, ob die Menschen das glauben oder nicht, ob sie sich dessen bewußt oder nicht bewußt sind. *Marx* betrachtet die gesellschaftliche Bewegung als einen naturgeschichtlichen Prozeß, den *Gesetze* lenken; die nicht nur von dem Willen, dem Bewußtsein und der Absicht der Menschen unabhängig sind, sondern vielmehr umgekehrt deren Wollen, Bewußtsein und Absichten bestimmen. . . . Das heißt, nicht die Idee, sondern nur die äußere Erscheinung kann ihr als Ausgangspunkt dienen. Die Kritik wird sich beschränken auf die Vergleichung und Konfrontation einer Tatsache, nicht mit der Idee, sondern mit der andren Tatsache. . . .³

3. Das Gesetz der Konzentration oder Expropriation

Karl Marx sieht die wirtschaftliche Entwicklung der entwickelten Industrieländer etwa wie folgt: Damit das Kapital, als Mittel, sich durch die Arbeit anderer ein Einkommen zu verschaffen, überhaupt entstehen konnte, war es notwendig, daß solche Arbeitskraft, die die Eigenschaft besitzt, den »Mehrwert zu hecken«, auch verfügbar und bereit war, sich in den Dienst des Kapitalisten zu stellen:

1 siehe Anmerkung Nr. 7, Zitat *Alexander Rüstow*, Seite 54

2 siehe Anmerkung 8, Zitat von *Hegel*, Seite 54

3 J.J. Kaufmann, der *Marx*' »Kapital« kritisiert, zitiert von *Marx* selbst im Vorwort des »Kapital« a.a.O. Seite 26

»Damit der Geldbesitzer die Arbeitskraft als Ware auf dem Markt vorfinde, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein. Der Warenaustausch schließt an und für sich keine andren Abhängigkeitsverhältnisse ein als die aus seiner eignen Natur entspringenden. Unter dieser Voraussetzung kann die Arbeitskraft als Ware nur auf dem Markt erscheinen, sofern und weil sie von ihrem eignen Besitzer, der Person, deren Arbeitskraft sie ist, als Ware feilgeboten oder verkauft wird. Damit ihr Besitzer sie als Ware verkaufe, muß er über sie verfügen können, also freier Eigentümer seines Arbeitsvermögens, seiner Person sein.«¹

»Die zweite wesentliche Bedingung, damit der Geldbesitzer die Arbeitskraft auf dem Markt als Ware vorfinde, ist die, daß ihr Besitzer, statt Waren verkaufen zu können (wie der Handwerker z. B.), worin sich seine Arbeit vergegenständlicht hat, vielmehr seine Arbeitskraft selbst, die nur in seiner lebendigen Leiblichkeit existiert, als Ware feilbieten muß.«²

»Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, daß er andererseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen.«^{2, 3}

Die *Entwicklung des Kapitalismus* sah Marx etwa folgendermaßen: das Kleingentum des »kleinen Mannes« wurde durch das zunehmende Maschinenwesen verdrängt. Mit der Aufhebung der Zünfte wurde der bislang selbständige Arbeiter »frei«. Äußerer Ausdruck war der Sieg der Bourgeoisie in der Französischen Revolution von 1789 mit der Proklamation der Arbeitsfreiheit und der Menschenrechte. Immer größere Arbeitermassen wurden immer wieder arbeitslos und bildeten die »industrielle Reservearmee«. Dabei glaubte Marx, die Ursache der Arbeitslosigkeit in der Überproduktion zu sehen, die eine Folge der Industrialisierung sei. Außerdem würden immer größere Menschenmassen vom Lande in die Industriestädte strömen (Weidewirtschaft statt Getreidebau in England; Bauernbefreiung in Deutschland), so daß das mittellose Proletariat größer und größer werde.

Die *kapitalistische Klasse* aber, die Bourgeoisie, werde mächtiger und mächtiger: »Sie kam zur Welt, über und über mit Blut beschmiert.« Aber die Klasse der Kapitalisten werde eines Tages auch durch den Kampf der Klassen vernichtet: »Die Expropriateure werden expropriert werden.«⁴ Dieselben Gesetze, die zum Kapitalismus geführt hätten, würden ihn auch wieder zerstören. Und zwar sieht Marx den Beginn dieser Selbstzerstörung in folgenden Tatsachen:

1 *Kapital*, Seite 181-82

2 *Kapital*, Seite 183

3 siehe Anmerkung Nr. 9, Seite 54

4 *Kommunistisches Manifest*

in den »Überproduktions«-Krisen, die chronisch würden, denn das beständige Anwachsen des konstanten Kapitals im Verhältnis zum variablen Kapital verursa- che ein dauerndes Sinken des Mehrwertes; und deshalb müßten die Kapitalisten ihre Produktion immer weiter vermehren – obwohl die Arbeiter immer weniger in der Lage seien, die Industrieerzeugnisse zu kaufen. Jede Krise gehe also von einer Störung des Gleichgewichts zwischen dem konstanten und dem variablen Kapital aus – wobei aber andererseits jede Krise, weil sie den Zusammenbruch eines Teiles des konstanten Kapitals zur Folge habe, auch wiederum einen neuen Aufschwung einleite dank der durch den Mehrwert ermöglichten neuen Kapitalbil- dung.

Die Entwicklung des *Pauperismus* aber – der Folge der Krisen und der Arbeits- losigkeit – werde die Zerstörung des ganzen kapitalistischen Systems beschleuni- gen. Denn die kapitalistische Klasse »ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb ihrer Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, anstatt von ihm ernährt zu werden.«¹

Eine dritte Ursache der Selbstzerstörung des Kapitalismus sieht *Karl Marx* in der Vermehrung der *Aktiengesellschaften*. Der Profit erscheint hier in seiner ganzen Nacktheit, als Dividende, die unabhängig von jeder Arbeit sei, als ein Abzug vom Arbeitsertrag des Arbeiters. Die Unternehmerfunktion ist hier von jeder Betriebsleitung, Initiative, persönlichen Arbeit entkleidet; sie löst sich viel- mehr in zwei Funktionen auf: »auf der einen Seite der parasitische Großaktionär, auf der anderen der besoldete Direktor.« An dem Tage aber, an dem die meisten Unternehmungen Aktiengesellschaften geworden seien oder gar *Trusts*, seien sie reif für die sozialistische Expropriation.

Und welches große Ziel steht nun *Karl Marx* vor Augen? Die *Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln*, wie *Friedrich Engels* im Vorwort des *Kommunistischen Manifests* sagt: »Die Aufgabe des kommunisti- schen Manifests war die Proklamation des unvermeidlich bevorstehenden Unter- gangs des heutigen bürgerlichen Eigentums.« Wobei aber die Arbeiter keineswegs ein Recht auf die Erzeugnisse ihrer Arbeit bekommen, sondern lediglich das Recht auf die Erzeugnisse der Arbeit anderer; m. a. W. die Verteilung der Gesamtpro- duktion soll fortan in der Form des Anrechts auf den Anteil vorgenommen wer- den, der dem Wert der geleisteten Arbeit jedes einzelnen entspricht.

»Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Pro- dukte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.«²

¹ *Kapital*, Seite 660

² *Kommunistisches Manifest*

Die *Vergesellschaftung aller Produktionsmittel* ist also, nach Marx, das Mittel, die verhaßte Herrschaft des kapitalistischen Systems, die »Bourgeoisie«, zu überwinden. Das Arbeitsprodukt aller wird im Verhältnis zur Arbeit eines jeden auf alle verteilt. Dadurch werde die »Mehrarbeit« und der »Mehrwert« den sie erzeuge, nicht von einzelnen usurpiert, sondern sozialisiert und mithin praktisch verschwinden. Die Form des Eigentums werde endlich der Form der Produktion entsprechen; der *Kommunismus* werde damit verwirklicht sein.

* * *

Karl Marx' Theoriegebäude, so beachtlich es in seiner ungeheuren Fülle von Beispielen, Materialien und scharfsinnigen Beweisführungen ist, hat dennoch die halbe Menschheit in die Irre geführt.

Es ist nicht das marktwirtschaftliche *Konkurrenzprinzip*, das als solches zur Ausbeutung der Arbeiter führt – das kann es nur dann, wenn keine Vollbeschäftigung herrscht, wenn also der Eigentümer-Kapitalist eine faktische Monopolposition dem Arbeit suchenden Arbeiter gegenüber besitzt. Herrscht aber Vollbeschäftigung, dann ist der Arbeiter ohne weiteres in der Lage, sich die am besten bezahlte Arbeit auszusuchen.

Und es ist nicht das *Privateigentum* an den Produktionsmitteln als solches, das zur Aneignung des von der Arbeitskraft des Arbeiters geschaffenen Mehrwerts führt. Auch in diesem Falle kann der Arbeitgeber-Kapitalist nur dann den Arbeiter ausbeuten, wenn keine Vollbeschäftigung herrscht, wenn also der Kapitalist ebenfalls eine Monopolposition dem Arbeit suchenden gegenüber besitzt.

Die Frage, die Karl Marx nicht untersucht hat – obwohl er unentwegt »Eigentümer« und »Kapitalist« in einem Atemzuge nennt – ist die: woher rührt die Macht des Privateigentümers sowohl am Geldkapital als auch an den Produktionsmitteln? Dann hätte er zu der Beobachtung kommen können, daß der *Zins* ein Kind des *Geldes* ist. Marx aber sagte: »Der Zins, der das Geld in Kapital verwandelt, kann nicht vom Gelde herrühren«, sondern er rühre allein von der Arbeitskraft her, die der Eigentümer dem Arbeiter stehle. Marx meinte unverändert, das Geld sei ein echtes Äquivalent der Ware. Er übersah also den Vorteil, den die »Liquidität« des Geldes in Verbindung mit dem Dauercharakter des Geldes (zu seiner Zeit herrschte noch die Goldwährung) seinem Besitzer bietet und daß genau darin die Überlegenheit des Geldes über alle Ware und Arbeit zu suchen ist. Dies ist der wahre Kern des ganzen Kapitalismus.

Denn auch alles Realkapital, das nur durch die Aufnahme von Geldkapital zustande kommen kann, muß Zins oder Dividende abwerfen. Ohne Zinszahlung an das Geldkapital bekommt kein Unternehmen Geld zur Verfügung gestellt, und

dieser Zins muß durch die Rendite des Realkapitals aufgebracht werden. Also ist der Zins und das diesen Zins ermöglichende Geldwesen die Ursache des Kapitalismus.

Wer aber, wie Karl Marx, statt der so dringend notwendigen Reform unseres kapitalistischen Geld- und Währungswesens, das Privateigentum an den Produktionsmitteln abschafft und durch einen ungeheuren, schwerfälligen Lenkungs- und Verteilungsapparat ersetzt, geleitet, ja beherrscht von Funktionären, die auch nur Menschen mit Sonderinteressen sind, der schafft von vornherein jeden Freiheitsspielraum für das ganze Volk ab; der macht das System zum Zwingherrn der ganzen Gesellschaft. »Denn das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist nicht nur eine Voraussetzung für eine freie Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern es ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, daß überhaupt eine private Freiheitssphäre gewahrt bleibt«, zugleich ist es »auch eine Voraussetzung der Wettbewerbsordnung der Marktwirtschaft«, wie, umgekehrt, »die Wettbewerbsordnung eine Voraussetzung dafür ist, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt.«¹

Schließlich aber ist es für das störungsfreie Funktionieren der Wettbewerbsordnung unerlässlich, daß keiner der Wirtschaftspartner infolge mangelhafter Währungsordnung ein Übergewicht über den anderen Partner besitzt. Auf die »Gleichgewichtigkeit« der Wirtschaftspartner kommt es entscheidend an. Denn nur »Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit« (*Proudhon*).

¹ vgl. *Walter Eucken*, a.a.O. Seite 275

Anmerkungen:

Nr. 1 zu Seite 14

Dieses »Offene Antwortschreiben« legte nicht nur Lassalles Grundlinien für eine sich über ganz Deutschland erstreckende Arbeiterorganisation dar, sondern es begründete auch, warum die von Hermann *Schulze-Delitzsch* gegründeten Konsumvereine die Not der Arbeiterschaft nicht überwinden konnten.

Herman Schulze-Delitzsch (1808–1883) war Mitglied der damals übermächtigen liberalen *Fortschrittspartei*, die ihrerseits aber gar kein Interesse daran hatte, daß es der Arbeiterschaft einmal besser gehen sollte, und die deshalb die Gründung einer selbständigen politischen Vertretung der Arbeiter verhindern wollte. Schulze-Delitzsch und die Fortschrittspartei waren lediglich interessiert daran, das Los der Arbeiter zu lindern, nicht aber das System selbst, das zu diesem Arbeiterelend führte. Daher die vehemente Gegnerschaft Lassalles und seiner Freunde gegen Schulze-Delitzsch.

Die Fortschrittspartei, so führte die »Offene Antwort« u. a. aus, habe durch ihre Haltung im preußischen Verfassungskonflikt bewiesen, daß sie auch nicht im geringsten daran interessiert sei, eine wirkliche Entwicklung und Sicherung des Freiheitsgedankens auch zu Gunsten der Arbeiterschaft zu fördern, deshalb müsse der Arbeiterstand eine selbständige und »durchaus von ihr getrennte« politische Partei gründen, um so seine eigenen Interessen zu vertreten.

»Sind die Schulze-Delitzschen Assoziationen, die Kredit- und Vorschuß-, die Rohstoff- und die Konsumvereine imstande, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken? – Auf diese Frage muß die Antwort das entschiedenste *Nein* sein!«

»Die *Hauptursache* (des Arbeiterelends) ist »das *eherne ökonomische Gesetz*«, welches unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage den durchschnittlichen Arbeitslohn immer auf den notwendigsten Lebensunterhalt beschränkt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung des Daseins und zur Fortpflanzung erforderlich ist.«

»Dieses Gesetz kann von niemand bestritten werden. ...«

»Nur ein Mittel kann das »*eherne Lohngesetz*« aufheben: Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen. ...«

Und gegen diese Absicht polemisierte nun Schulze-Delitzsch. Doch Lassalle erwiderte in der schärfsten Form, indem er u. a. Schulze-Delitzsch mit *Frédéric Bastiat*, dem entschiedensten Advokaten des herrschenden Liberalismus verglich, den er als den Prototyp des »Bourgeois-Ökonomen« bezeichnete, weshalb er seine Streitschrift kurz »Herr Bastiat Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder: Kapital und Arbeit« nannte; die in den Worten ausklingt: »Schon

höre ich in der Ferne den dumpfen Massenschritt der Arbeiter-Bataillone! Rettet euch aus den Banden eines Produktionszustandes, der euch zur *Ware* entmenscht; rettet den *deutschen* Geist vom geistigen Untergange! (nach *Damaschke*, a.a.O. Seite 146/47)

Nr. 2 und 3 Seite 17

Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) war ein erklärter Gegner der bürgerlichen Gesellschaft. In seinen »*Grundlinien der Philosophie des Rechts*« (1821) schreibt er zum Beispiel:

»Die bürgerliche Gesellschaft ist die Differenz, welche zwischen die Familie und den Staat tritt. . . . In der bürgerlichen Gesellschaft ist jeder sich Zweck, alles andere ist ihm Nichts.« (§ 183)

»Die bürgerliche Gesellschaft bietet in ihren Gegensätzen und ihrer Verwirklichung das Schauspiel ebenso der Ausschweifung, des Elends und des beiden gemeinschaftlichen physischen und sittlichen Verderbens dar.« (§ 185)

»Zunächst ist die Familie das substantielle Ganze. . . . Die bürgerliche Gesellschaft reißt aber das Individuum aus diesem Bande heraus, entfremdet dessen Glieder einander . . . unterwirft das Bestehen der ganzen Familie selbst, der Abhängigkeit von ihr, der Zufälligkeit . . . die ungeheure Macht, die den Menschen an sich reißt, von ihm fordert, daß er für sie arbeite, und daß er Alles durch sie sei und vermittelst ihrer tue.« (§ 238)

»Aber ebenso als die Willkür, können zufällige, physische und in den äußeren Verhältnissen liegende Umstände Individuen zur Armut herunterbringen, einem Zustande, der ihnen die Bedürfnisse der bürgerlichen Gesellschaft läßt, und der, indem sie ihnen zugleich die natürlichen Erwerbsmittel entzogen und das weitere Band der Familie als eines Stammes aufhebt, dagegen sie aller Vorteile der Gesellschaft, Erwerbsfähigkeit von Geschicklichkeiten und Bildung überhaupt, auch der Rechtspflege, Gesundheitsfürsorge, selbst oft des Trostes der Religion, u.s.f. mehr oder weniger verlustig macht.« (§ 241)

»Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich in ungehinderter Wirksamkeit befindet, so ist sie innerhalb ihrer selbst in fortschreitender Bevölkerung und Industrie begriffen. – Durch die Verallgemeinerung des Zusammenhangs der Menschen durch ihre Bedürfnisse und der Weisen, die Mittel für diese zu bereiten und herbeizubringen, vermehrt sich die Anhäufung der Reichtümer . . . wie auf der anderen Seite die Vereinzelung und Beschränktheit der besonderen Arbeit und damit die Abhängigkeit und Not der an diese Arbeit gebundenen Klasse, womit die Unfähigkeit der Empfindung und des Genusses der weiteren Freiheiten und besonders der Vorteile der bürgerlichen Gesellschaft zusammenhängt.« (§ 243) (zitiert nach *Theimer*)

Johann Gottlieb Fichte (1762–1814) vertrat in seinem Buche »Der geschlossene Handelsstaat« (1800) eine in gewisser Hinsicht dem Staatssozialismus sehr ähnliche Auffassung. Nach Fichte darf sich der Staat nicht damit begnügen, einem jeden Bürger sein Eigentum zu erhalten, sondern es sei »die Bestimmung des Staates«, jedem erst das Seinige zu *geben*, ihn in sein Eigentum erst *einzusetzen*, und sodann erst, ihn dabei zu schützen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muß zunächst ein jeder zu leben haben, denn

»der Zweck aller menschlichen Tätigkeit ist der, leben zu können; und auf diese Möglichkeit zu leben, haben alle, die von Natur in das Leben gestellt werden, den gleichen Rechtsanspruch. Es sollen erst alle satt werden und fest wohnen, ehe einer sich prächtig kleidet. . . Es geht nicht, daß einer sage: ich aber kann es bezahlen. Es ist eben unrecht, daß einer das Entbehrliche bezahlen könne, indes irgend einer seiner Mitbürger das Notdürftige nicht vorhanden findet, oder nicht bezahlen kann; und das, womit der erstere bezahlt, ist gar nicht von Rechtswegen und im Vernunftstaate das Seinige.«

Indem Fichte von diesem Prinzip ausgeht, schlägt er vor, einen Staat zu organisieren, in dem die Mitglieder eines jeden Berufes (Landwirte, Handwerker, Händler usw.) einen kollektiven *Kontrakt* mit den Mitgliedern der anderen Berufe abschließen, – in dem sie ihnen versprechen, sie nicht in ihrer Arbeit zu beeinträchtigen, sondern ihnen die Lieferung der Gegenstände, die sie selbst herstellen, in genügender Menge zu garantieren. Der Staat würde darüber wachen, daß die Anzahl der Personen in jedem Berufe nicht zu groß und nicht zu klein sei: Er würde den Preis der Waren festsetzen. Da jedoch der Außenhandel dies durch Kontrakte hergestellte Gleichgewicht stören würde, dessen Folge die Verbürgung der Existenzsicherheit eines jeden wäre, müßte der Handelsstaat durch Zollschranken völlig abgeschlossen werden. (nach Gide & Rist, a.a.O. S. 498)

»Dieses *Recht auf freie sittliche Existenz* muß in seinem ganzen Umfang der Staat verbürgen. Da aber gerade die sittliche Existenz (nicht das Eigentum) in der *Arbeit* liegt, muß der Staat jedem seiner Bürger in erster Linie eine lebenerhaltende Arbeit sichern. Die Arbeit, bei *Locke* noch in gewisser Weise 'das Leiden, durch das das Leiden (die Not) beseitigt wird' und ganz als Mittel im Dienst des Eigentümererwerbs stehend, wird hier gerade in ihrer *sittlichen* Bedeutung wieder *Selbstzweck*. Im Gegensatz dazu wird sie der Sozialismus bei *Marx* mit den Augen Lockes sehen. Die Arbeit ist hier an sich im sittlichen Sinn ein *Segen* für den Menschen wie bei den frühmittelalterlichen Benediktinern, bei Luther und Calvin, nicht ein *Fluch* wie im Alten Testament, in der griechischen Antike oder bei *Marx*. Unter dem Gedanken der *Arbeit* als dem ersten angeborenen *Recht des Menschen* und dem Staat als Instrument der Arbeitsbeschaffung hat Fichte dann auch den Gedanken der Arbeitslosenunterstützung als einer staatlichen Pflicht vorweggenommen. Und zwar mitten

im liberalistisch freien Bürgertum, das keine Verantwortung für den Nächsten mehr kannte. Natürlich betont er dabei mit Recht: 'Keiner hat eher Anspruch auf die Hilfe des Staates, als bis er nachgewiesen, daß er in seiner Sphäre alles Mögliche getan hat, um sich zu erhalten, und daß es ihm dennoch nicht möglich gewesen ist.'«

»Genau umgekehrt wie im Liberalismus Lockes, wo das Recht auf Arbeit aus dem Recht auf Eigentum abgeleitet ist, ist hier im Sozialismus Fichtes *das Recht auf Eigentum Folge des sittlichen Rechts auf Arbeit*. Es gibt darin keinen privaten Vorbehalt gegen den Staat mehr. Fichte schließt: Jede Arbeit habe Instrumente nötig... *Die Produktionsmittel sind also das einzig legitime*, in der Arbeit als sittlichem Grundbegriff gerechtfertigte Eigentum des Bürgers im Staat. *Nicht* Eigentum dagegen sind, im Gegensatz zu Locke, die ohne Pflicht einer Abgabe des Überflusses an den Nächsten in Form von Geld oder Kapital aufgehäuften Früchte der Arbeit, der Reichtum Einzelner im Staat. Diesem Reichtum gegenüber ist Fichte genauso radikaler Kommunist wie Platon bei den Wächtern. *Die Produktionsmittel sind bei Fichte Eigentum des Einzelnen*, weil er – wie schon Aristoteles, und mit Recht – meint, daß Jeder mit dem, was ihm gehört, pfleglicher umgehen wird, als wenn er die Verantwortung dafür auf ein kollektives Wir abschieben kann und man einen Aufpasser daneben stellen muß, der dafür sorgt, daß die Instrumente heil bleiben...« (aus Kurt Schilling »Geschichte der sozialen Ideen«, Kröner-Verlag Stuttgart 1966)

Nr. 4 zu Seite 19

Bismarck sagte in seiner *Reichstagsrede* vom 17. September 1878 zu seinen Begegnungen mit Lassalle u. a. folgendes:

»Lassalle selbst hatte ein *dringendes* Bedürfnis, mit mir in Beziehung zu treten... und ich habe es ihm auch gar nicht schwierig gemacht... und von dem Augenblick an, wo ich mit ihm eine Stunde gesprochen, habe ich es nicht bereut... Unsere Beziehungen könnten gar nicht die Natur einer politischen *Verhandlung* haben. *Was hätte Lassalle mir bieten und geben können? Er hatte nichts hinter sich*... Was er hatte, war etwas, das mich als *Privatmann* außerordentlich anzog: er war einer der *geistreichsten* und liebenswürdigsten Menschen, mit denen ich je verkehrt habe, ein Mann, der *ehrgeizig* im großen Stil war, *durchaus nicht Republikaner*; er hatte eine sehr ausgeprägte *nationale und monarchische Gesinnung*. Seine Idee, der er zustrebte, war das *deutsche Kaisertum*, und darin hatten wir einen Berührungspunkt. Lassalle war ehrgeizig im hohen Stil, und ob das deutsche Kaisertum gerade mit der *Dynastie Hohenzollern* oder mit der *Dynastie Lassalle*

abschließen sollte, das war ihm vielleicht zweifelhaft (Große Heiterkeit); aber monarchisch war seine Gesinnung durch und durch.

»Von Verhandlungen war schon deshalb nicht die Rede, weil ich in unseren Unterredungen wenig zu Worte kam (Heiterkeit); er trug die Kosten der Unterhaltung.

»Unsere Unterhaltungen drehten sich gewiß auch um das *allgemeine Wahlrecht*; unter keinen Umständen aber jemals um eine Oktroyierung desselben. Auf einen so ungeheuerlichen Gedanken, das allgemeine Wahlrecht durch Oktroyierung einzuführen, bin ich in meinem Leben nicht gekommen. Ich habe das allgemeine Wahlrecht mit einem gewissen Widerstreben als Frankfurter Tradition akzeptiert. ...

»Dann ebenso die Gewährung von Staatsmitteln zu *Produktivgenossenschaften* – das ist auch eine Sache, von deren *Unzweckmäßigkeit* ich *noch heute nicht überzeugt bin*. ... Mir schien es, daß in der Herstellung von Produktivassoziationen, wie sie in England in blühendem Verhältnis existieren, die Möglichkeit lag, das Schicksal des Arbeiters zu verbessern, ihm einen wesentlichen Teil des Unternehmergewinns zuzuwenden. ...

»Wenn man etwas derartig Großes unternehmen wollte, so ist es ja wohl möglich, daß man Hundert Millionen dazu gebrauchen könnte – es sind Taler gemeint –, aber *so ganz töricht und einfältig scheint eine solche Sache immer noch nicht*. ...

»Wäre es nicht nützlich, auch in der *Beschäftigung von Menschen*, und in dem Bestreben, die sogenannte sozialdemokratische, ich will lieber sagen *soziale, Frage* durch Verbesserung des Loses der Arbeiter zu lösen, dergleichen *Versuche* zu erneuern? *Wenn mir darüber ein Vorwurf gemacht werden kann*, wie ich mich dabei verhalten habe, so ist es *doch höchstens der*, daß ich das *nicht bis zu einem befriedigenden Ergebnis fortgesetzt habe*.«
(Aus Adolf Damaschke »Geschichte der Nationalökonomie«, Band II, Seite 148–51)

Nr. 5 und 6 Seite 28

»Während der beiden Jahre (1843–1845), die Marx in Paris zubrachte, hatte er die einzige und letzte Gelegenheit seines Lebens, Männer kennenzulernen und als Freunde zu gewinnen, die, wenn nicht an Intelligenz, so doch als eigenwillige Persönlichkeiten mit eigenem Lebenszuschnitt seinesgleichen waren.

»Kühn und energisch tritt er uns aus den Erinnerungen derer entgegen, die wie Ruge, Freiligrath, Heine und Annenkow zu dieser Zeit seine Freunde waren: ein heftiger Polemiker voller Verachtung, der seine ungeschlacht-schwerfälligen Hegelschen Waffen gegen alles ins Feld führt, aber trotz der Unhandlichkeit dieses Apparats einen scharfen, kraftvollen Intellekt zeigt, was selbst diejenigen, die ihm

am feindlichsten gegenüberstanden – und es gab wenige hervorragende Radikale, die er auf die eine oder andere Art nicht verletzt oder gedemütigt hätte –, in späteren Jahren freiwillig anerkannten.

»Bakunin legte Jahre später seine *Meinung über Marx* in einer seiner politischen Abhandlungen nieder.

'Monsieur Marx' – so schrieb er – 'ist von Geburt Jude. Er vereint in seiner Person alle Vor- und Nachteile dieser begabten Rasse. Ängstlich bis zur Feigheit – wie manche behaupten –, ist er unglaublich böswillig, eitel, streitsüchtig, so unduldsam und herrschsüchtig wie Jehova, der Gott seiner Väter, und wie ER rachsüchtig bis zum Wahnsinn.

'Es gibt keine Lüge, keine Verleumdung, die er nicht gegen jeden anzuwenden imstande wäre, der seine Eifersucht oder seinen Haß auf sich zu ziehen wagt; er macht nicht vor dem niederträchtigen Ränkespiel halt, wenn dies, seiner Ansicht nach, seinen Einfluß und seine Macht zu stärken vermag.

'So steht es um seine Laster; er hat aber auch manche Tugend aufzuweisen. Er ist grundgescheit und höchst belesen. Um 1840 war er die treibende Kraft eines äußerst bemerkenswerten Kreises radikaler Hegelianer – Deutscher, deren zäher Zynismus selbst die verbohrtesten russischen Nihilisten in den Schatten stellte. Kaum einer hat so viel und – daß muß betont werden – so intelligent gelesen wie M. Marx ...

'Wie M. Louis Blanc ist er streng autoritätsgläubig – und Hegelianer –, während aber Blanc statt einer Beweisführung leeres Pathos bietet, stattet Marx, wie es einem gelehrten und bedächtigen Deutschen geziemt, dieses Prinzip mit allen Kunstgriffen und Einfällen der Hegelschen Dialektik aus sowie mit all dem Reichtum seiner vielseitigen Bildung.'« (*Isaiah Berlin* in »Karl Marx« in »Geschichte der politischen Ökonomie«, Hrsg. H.C. Recktenwald, Kröner, Bd. 427)

Nr. 6 Seite 28

»Was Marx sagte, war in der Tat gehaltreich, logisch und klar. Aber niemals habe ich einen Menschen gesehen von so verletzender, unerträglicher Arroganz des Auftretens. Keiner Meinung, die von der seinigen wesentlich abwich, gewährte er die Ehre einer einigermaßen respektvollen Erwägung. Jeden, der ihm widersprach, behandelte er mit kaum verhüllter Verachtung. Jedes ihm mißliebige Argument beantwortete er entweder mit beißendem Spott über die bemitleidenswerte Unwissenheit oder mit ehrenrühriger Verdächtigung der Motive dessen, der es vorgebracht. Ich erinnere mich noch wohl des schneidend höhnischen, ich möchte sagen, des ausspuckenden Tones, mit welchem er das Wort 'Bourgeois' aussprach; und als 'Bourgeois', das heißt, als ein unverkennbares Beispiel einer tiefen geistigen und sittlichen Versumpfung, denunzierte er jeden, der seinen Meinungen zu widersprechen wagte.« (*Carl Schurz*. Zitiert in Adolf Damschke

»Geschichte der Nationalökonomie«, 2. Band, Seite 124, Verlag Gustav Fischer, Jena 1918)

»Es ist kein Zweifel, daß er den Leuten so erschien, die Zeugen sind gar zu zahlreich, gar zu übereinstimmend; und ist wohl kein Zweifel, daß er so war. Er war gesegnet und geschlagen mit einem ungeheuren Verstand, der ihn vereinsamte und ihn hochfahrend machte. Liebe hatte er wohl, für seine Frau, seine Kinder, auch Mitleid; es empörte ihn das Elend, das mit der Industrie hereingebrochen war. Sein Charakter war unbeugsam in der Not, vollständig die Treue zu der titanischen Arbeit, die er sich selber auferlegt hatte. Das sind preisenswerte Tugenden. Sie wurden überwuchert von einem furchtbaren Willen zur Macht; von dem Willen, recht zu behalten und allein recht zu behalten. Die Gegner, die Kritiker, die Andersdenkenden wollte er vernichten, mit dem Schwert oder, solange das noch nicht anging, mit der Feder, die in Gift getaucht war. Ein solcher Mann kann die Welt nicht besser machen.« (*Golo Mann* in »Deutsche Geschichte ...« S. Fischer Verlag, Berlin 1958, Seite 177)

In der *Vorrede zur »Deutschen Ideologie«* schreiben *Karl Marx und Friedrich Engels* (1846) (Dietz Verlag, Berlin 1971).

»Die Tatsache ist also die: bestimmte Individuen, die auf bestimmte Weise produktiv tätig sind, gehen diese bestimmten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse ein. Die empirische Beobachtung muß in jedem einzelnen Fall den Zusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Gliederung mit der Produktion empirisch und ohne alle Mystifikation und Spekulation aufweisen. Die gesellschaftliche Gliederung und der Staat gehen beständig aus dem Lebensprozeß bestimmter Individuen hervor; aber diese Individuen, nicht wie sie in der eignen oder fremden Vorstellung erscheinen mögen, sondern wie sie *wirklich* sind, d. h. wie sie wirken, materiell produzieren, also wie sie unter bestimmten materiellen und von ihrer Willkür unabhängigen Schranken, Voraussetzungen und Bedingungen tätig sind.

»Die Produktion der Idee, Vorstellungen, des Bewußtseins ist zunächst unmittelbar verflochten in die materielle Tätigkeit und den materiellen Verkehr der Menschen, Sprache des wirklichen Lebens. Das Vorstellen, Denken, der geistige Verkehr der Menschen erscheinen hier noch als direkter Ausfluß ihres materiellen Verhaltens. Von der geistigen Produktion, wie sie in der Sprache der Politik, der Gesetze, der Moral, der Religion, Metaphysik usw. eines Volkes sich darstellt, gilt dasselbe.

»Die Menschen sind die Produzenten ihrer Vorstellungen, Ideen pp., aber die wirklichen, wirkenden Menschen, wie sie bedingt sind durch eine bestimmte Entwicklung ihrer Produktivkräfte und des denselben entsprechendne Verkehrs bis

zu seinen weitesten Formationen hinauf. Das Bewußtsein kann nie etwas anderes sein als das bewußte Sein, und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozeß. . . .

»Ganz im Gegensatz zur deutschen Philosophie, welche vom Himmel auf die Erde herabsteigt, wird hier von der Erde zum Himmel gestiegen, d. h. es wird nicht ausgegangen von dem, was die Menschen sagen, sich einbilden, sich vorstellen, auch nicht von den gesagten, gedachten, eingebildeten, vorgestellten Menschen, um davon aus bei den leibhaftigen Menschen anzukommen; es wird von den wirklich tätigen Menschen ausgegangen und aus ihrem wirklichen Lebensprozeß auch die Entwicklung der ideologischen Reflexe und Echos dieses Lebensprozesses dargestellt. Auch die Nebelbildungen im Gehirn der Menschen sind notwendige Sublimate ihres materiellen, empirisch konstatierbaren und an materielle Voraussetzungen geknüpften Lebensprozesses. Die Moral, Religion, Metaphysik und sonstige Ideologie und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen behalten hiermit nicht länger den Schein der Selbständigkeit. Sie haben keine Geschichte, sie haben keine Entwicklung, sondern die ihre materielle Produktion und ihren materiellen Verkehr entwickelnden Menschen ändern mit dieser ihrer Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens. Nicht das Bewußtsein bestimmt das Leben, sondern das Leben bestimmt das Bewußtsein. In der ersten Betrachtungsweise geht man von dem Bewußtsein als dem lebendigen Individuum aus, in der zweiten, dem wirklichen Leben entsprechenden, von den wirklichen lebendigen Individuen selbst und betrachtet das Bewußtsein nur als *ihr* Bewußtsein.«

Karl Marx im Vorwort »Zur Kritik der politischen Ökonomie«

»Die erste Arbeit, unternommen zur Lösung der Zweifel, die mich bestürmten; war eine kritische Revision der *Hegelschen Rechtsphilosophie*. . . Meine Untersuchung mündete in dem Ergebnis, daß *Rechtsverhältnisse wie Staatsformen* weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr *in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln*, deren Gesamtheit *Hegel*, nach dem Vorgang der Engländer und Franzosen des 18. Jahrhunderts, unter dem Namen »bürgerliche Gesellschaft« zusammenfaßt, daß aber die *Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft* in der politischen Ökonomie zu suchen sei. . . . Das allgemeine Resultat, das sich mir ergab und, einmal gewonnen, meinen Studien zum *Leitfaden* diene, kann kurz so formuliert werden:

»In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, *von ihrem Willen unabhängige* Verhältnisse ein, *Produktionsverhältnisse*, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen

Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die *ökonomische Struktur* der Gesellschaft, die reale Basis, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. *Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.*

»Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.

»In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären.

»Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösungen schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.

»In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und moderne bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. Die *bürgerlichen Produktionsverhältnisse* sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinne von individuellem Antagonismus, sondern eines *aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorwachsenden Antagonismus*, aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden *Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus*. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher

die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.« (Aus: *Karl Marx »Zur Kritik der politischen Ökonomie«*, Vorwort, Seite 14–16, Dietz Verlag Berlin (Ost), 1971)

»Der *marxistische philosophische Materialismus* wird durch folgende Grundzüge charakterisiert:

- a) Im Gegensatz zum Idealismus – der die Welt als Verkörperung der 'absoluten Idee' des 'Weltgeistes', des 'Bewußtseins' auffaßt – geht der philosophische Materialismus von *Marx* davon aus, daß die Welt ihrer Natur nach *materiell* ist, daß die mannigfaltigen Erscheinungen in der Welt verschiedene Formen der sich bewegenden Materie darstellen; daß der wechselseitige Zusammenhang und die wechselseitige Bedingtheit der Erscheinungen, die durch die dialektische Methode festgestellt werden, Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der sich bewegenden Materie darstellen; daß die Welt sich nach den Bewegungsgesetzen der Materie entwickelt und keines 'Weltgeistes' bedarf.
- b) Im Gegensatz zum Idealismus – der behauptet, daß nur unser Bewußtsein wirklich existiere, daß die materielle Welt, das Sein, die Natur nur in unserem Bewußtsein, in unseren Empfindungen, Vorstellungen, Begriffen existieren – geht der marxistische philosophische Materialismus davon aus, daß *die Materie*, die Natur, das Sein *die objektive Realität* darstellen, die außerhalb des Bewußtseins und unabhängig von ihm existiert; daß *die Materie das Primäre, das Ursprüngliche* ist, weil sie Quelle der Empfindungen, Vorstellungen, des Bewußtseins ist, das *Bewußtsein aber das Sekundäre, das Abgeleitete* ist, weil es ein Abbild der Materie, ein Abbild des Seins ist; daß *das Denken ein Produkt der Materie* ist, die in ihrer Entwicklung einen hohen Grad der Vollkommenheit erreicht hat, und zwar ein *Produkt des Gehirns*, das Gehirn aber das Organ des Denkens ist; daß man darum das Denken nicht von der Materie trennen kann, ohne in einen groben Irrtum zu verfallen.
- c) Im Gegensatz zum Idealismus – der die Möglichkeit der Erkenntnis der Welt und ihrer Gesetzmäßigkeiten bestreitet, der nicht an die Zuverlässigkeit unseres Wissens glaubt, der die objektive Wahrheit nicht anerkennt und der Ansicht ist, daß die Welt voll sei von 'Dingen-an-sich', die niemals von der Wissenschaft erkannt werden können – geht der marxistische philosophische Materialismus davon aus, daß die Welt und ihre Gesetzmäßigkeiten durchaus erkennbar sind; daß unser Wissen von den Naturgesetzen, durch die Erfahrung, durch die Praxis geprüft, zuverlässiges Wissen ist, das die Bedeutung objektiver Wahrheit hat; daß es in der Welt keine unerkennbaren Dinge gibt, wohl aber Dinge, die noch nicht erkannt sind, und diese werden durch die Kräfte der Wissenschaft und der Praxis aufgedeckt und erkannt werden.« (Aus: *Josef W. Stalin:*

»Über dialektischen und historischen Materialismus« in »Fragen des Leninismus«, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1947. Abgedruckt in Rohwolfs deutsche Enzyklopädie, Band 67, Seite 176)

Nr. 7 und 8 zu Seite 39

»*Kollektiveigentum* bedeutet zunächst auf jeden Fall negativ Enteignung aller einzelnen. Positiv ist es vorerst nichts weiter als eine proklamatorische Phrase, deren realer Wirklichkeitsgehalt ganz von der Art der organisatorischen Ausübung dieses Eigentumsrechtes abhängt. Was allen gehört, gehört keinem, oder vielmehr den wenigen, die das Eigentumsrecht im Namen »Aller« ausüben. Je größer die Verhältnisse, je stärker die Notwendigkeit einheitlicher Konzentration der Verfügungsgewalt, desto größer die soziale Ungleichheit zwischen den ausübenden Inhabern dieser Gewalt und der Masse der formellen Kollektiveigentümer, die mit diesem leeren Rechtstitel zwar, wenn sie Lust dazu haben oder es ihnen eingeredet wird, ihr Selbstbewußtsein füttern, sonst aber nicht die geringsten realen Ansprüche oder Vorteile daraus ableiten können. Das heißt aber: Kollektiveigentum ermöglicht wesentlich höhere Grade und schärfere Formen sozialer Ungleichheit als Privateigentum.« (*Alexander Rüstow* zitiert in *Walter Eucken* »Grundsätze der Wirtschaftspolitik«, Tübingen 1952, Seite 273)

»Ich halte mich daran, daß der Weltgeist das Kommandowort zu avancieren gegeben; solchem Kommando wird pariert; dies Wesen schreitet wie eine gepanzerte, festgeschlossene Phalanx unwiderstehlich und mit so unmerklicher Bewegung, als die Sonne schreitet, vorwärts, durch dick und dünne.« (*G. W. F. Hegel* im Jahre 1816, zitiert in *W. Eucken*, a.a.O. S. 201)

Nr. 9 zu Seite 40

»Von meinen besonderen körperlichen und geistigen Geschicklichkeiten und Möglichkeiten der Tätigkeit kann ich . . . einen in der Zeit beschränkten Gebrauch an einen andren veräußern, weil sie nach dieser Beschränkung ein äußerliches Verhältnis zu meiner Totalität und Allgemeinheit erhalten. Durch die Veräußerung meiner ganzen durch die Arbeit konkreten Zeit und der Totalität meiner Produktion würde ich das Substantielle derselben, meine allgemeine Tätigkeit und Wirklichkeit, meine Persönlichkeit zum Eigentum eines andren machen.« (*Hegel* »Philosophie des Rechts«, Berlin 1840, § 67, in *Kapital* Seite 182)

»Der Wert eines Mannes ist wie der aller anderen Dinge gleich seinem Preis: das will besagen, so viel, wie für den Gebrauch seiner Kraft gezahlt wird.« (*Thomas Hobbes* im »Leviathan«, zitiert im *Kapital*, Seite 184)

Quellenhinweis zu Teil III

Adam Smith, »Der Wohlstand der Nationen«, dtv 1978, S. 582

Friedrich List, »Das nationale System der politischen Ökonomie«, Gustav Fischer, Jena 1920

John Stuart Mill, »On Liberty«, 1859, Oxford University Press 1912

Heinz Hartmut Vogel, »Folgen des Liberalismus auf Wirtschaft, Staat und Kultur« – »Der liberale und soziale Gedanke bei John Stuart Mill«, Fragen der Freiheit Heft 126

Gide & Rist, »Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen«, Fischer, Jena 1913

Walier Theimer, »Geschichte der politischen Ideen«, Francke Verlag, Bern, Sammlung Dalp, 1959

Ferdinand Lassalle, »Arbeiterprogramm«, Bollwerk-Verlag Karl Drott, Offenbach a.M., 1946

Adolf Damaschke, »Geschichte der Nationalökonomie, Fischer, Jena, 1918

Georg Wilhelm Friedrich Hegel, »Grundlinien der Philosophie des Rechts« (1821), Reclam, Bd. 4881–4885

Johann Gottlieb Fichte, »Der geschlossene Handelsstaat« (1800) (Zitat in Gide & Rist, Seite 498)

Kurt Schilling, »Geschichte der sozialen Ideen, Kröner 1966

Wolfgang von Wartburg, »Sie haben die Welt verändert«, Novalis Verlag 1974

Günter Schmolders, »Geschichte der Volkswirtschaftslehre, Wiesbaden 1961

Friedrich Engels, in: Karl Marx »Das Elend der Philosophie« Dietz Verlag Berlin (Ost) 1971

Karl Marx, »Das Kapital« Band 1 und 3, Marx-Engels-Werke, Band 23 und 25, Dietz Verlag Berlin (Ost), 1972

Silvio Gesell, »Die natürliche Wirtschaftsordnung«, Rehbrücke 1920

Walter Eucken, »Grundsätze der Wirtschaftspolitik«, Tübingen 1952

Marx/Engels, »Manifest der kommunistischen Partei«, Dietz, 1970

H.C. Recktenwald, »Geschichte der politischen Ökonomie«, Kröner Bd. 427

Golo Mann, »Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Fischer, Berlin, 1958

Marx/Engels, Vorrede zur »Deutschen Ideologie«, Dietz Berlin 1971

Karl Marx, »Zur Kritik der politischen Ökonomie, Dietz 1971

Josef W. Stalin, »Über dialektischen und historischen Materialismus« in »Fragen des Leninismus«, Verlag für fremdsprachige Literatur, abgedruckt in Rowohlt's deutsche Enzyklopädie, Band 67

Warum bis heute dem Kampf um den Frieden und die soziale Gerechtigkeit der Erfolg versagt geblieben ist

Wolfram Triebler

Noch nie in der Geschichte der Menschheit ist so intensiv, so lange, mit soviel Geld, mit soviel Menschenleben, mit soviel Fleiß und soviel Verstand, mit soviel Hoffnungslosigkeit, mit soviel Freude, mit soviel Tränen – ja, mit welchen Mitteln noch – an der Bewältigung einer Aufgabe gearbeitet worden, wie an dieser Aufgabe:

Wie kann der Friede und die soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden?

- Und wir sind weiter vom Ziel denn je,
- sind Fortschritte überhaupt erkennbar?
- Nicht einmal die Frage scheint beantwortet, was Friede, was soziale Gerechtigkeit eigentlich sind.

»Weil die Menschen schon im Kleinsten keinen Frieden und keine Gerechtigkeit walten lassen können«, das ist vielfach die spontane Antwort auf diese Frage.

Diese Antwort liegt so nah, und doch ist sie falsch.

Wir erkennen, daß da wohl die Begriffe geklärt werden müssen.

Frieden! In unserem Thema geht es nicht um den Seelenfrieden. Der ist wichtig, notwendig, ja er ist unverzichtbar, aber es ist nicht der Völkerfrieden; es ist nicht der Frieden, der uns garantiert, daß Menschen nicht auf Menschen einschlagen, treten und schießen.

Der Frieden der Menschheit ist etwas anderes als der Frieden des Menschen.

Soziale Gerechtigkeit! Bei unserem Thema geht es nicht darum, ob ich Gerechtigkeit gegen Jedermann übe, es geht darum, ob soziale Gerechtigkeit als Ordnungsprinzip in der Kulturgemeinschaft der Menschen vorhanden ist oder nicht.

Es handelt sich einmal um ethische Wertvorstellungen und zum anderen um politische Werte.

An dieser Frage scheitern z. B. alle politischen Ansätze und Aussagen der Kirchen. Sie scheitern deshalb, weil die theologische Ethik politisch nicht umsetzbar ist. Der Versuch wird immer wieder gemacht, doch der Friede Gottes ist nicht politisch, und die Gerechtigkeit, vorgelebt und uns überliefert durch Jesus Christus, ist kein politisches Ordnungsprinzip, sondern eine ethische Aussage und Handlung.

So kann uns die Theologie zum menschlichen, zum inneren Frieden, zur zwischenmenschlichen Gerechtigkeit führen, zum Weltfrieden, zur sozialen Gerechtigkeit jedoch nicht.

Die Menschheit hat eine Entwicklung durchgemacht, die fast unvorstellbar und eigentlich phantastisch genannt werden kann.

Es ist noch gar nicht solange her, daß wir mit ungläubigem Staunen die Zukunftsromane von Hans Dominik gelesen haben. Dort wurde eine Welt geschildert, von der man damals sagte, niemals kann das Wirklichkeit werden. Was wir als phantastisch, nicht der Wirklichkeit entsprechend, als nicht durchführbar, als nicht erreichbar angesehen haben, ist doch heute ein alter Hut, ist inzwischen schon wieder Geschichte geworden.

Wir können heute sagen: Der Mensch kann alles erreichen, die Spanne reicht vom Bewahren bis zur totalen Vernichtung der Menschheit, ja – der Erde schlechthin.

Eine solche Entwicklung stößt an die Grenze menschlichen Aufnahmevermögens und kann wahrscheinlich nur noch philosophisch und theologisch beurteilt und erklärt werden.

Die technische Entwicklung in nur einem dreiviertel Jahrhundert – nicht einmal die Spanne eines Menschenlebens – hat die Welt erschüttert!

Wir bezeichnen das als Fortschritt.

Ist das ein Fortschritt?

In dem Maße wie wir diese technische Entwicklungsphase durchschreiten, besser durchrasen, in dem gleichen Maße verzeichnen wir einen Verfall der Kultur.

Kulturelle Werte in der Musik, der Malerei, der Literatur, der Architektur stammen aus einer Zeit vor hundert und noch mehr Jahren!

Die kulturelle Entwicklung ist stehengeblieben, ja schlimmer, sie verkümmert und ist rückläufig.

Kultur hat etwas zu tun mit Natur!

Von dem Wort Natur leiten wir das Wort »natürlich« ab. Aber alles, was wir heute erleben, ist unnatürlich. Wir vernichten unsere Natur, wir vernichten damit auch unsere Kultur!

Der Mensch ist ein Wesen der Natur – ein Kulturwesen.

Wir sind dabei, den Menschen zu vernichten, nicht nur physisch, sondern wir vernichten ihn als Kulturwesen, die Menschen nehmen Schaden an ihrer Seele.

So ist der Fortschritt ein gigantischer Eingriff, ein vernichtender Eingriff in die Natur und führt zur seelischen Vernichtung des Menschen, ehe noch das physische Dasein angegriffen ist.

Das ist die eigentliche Katastrophe der Menschheit. Durch die seelische Vernichtung der Menschen geht der natürliche Maßstab des Lebens verloren. *Die Menschheit leitet die eigene physische Vernichtung ein, weil der Maßstab, die Natürlichkeit, die menschliche Kultur, vernichtet wird.*

Es fehlt das Maß aller Dinge, es entschwindet die Möglichkeit, die physischen Vorgänge zu beurteilen und sie zu steuern.

Ein düsteres Bild!

Große Physiker haben diese Entwicklung schon früh erkannt, sie sind dann Philosophen geworden. Und so meine ich, es dürfte keiner mehr Physik studieren, der nicht vorher einen akademischen Grad in Philosophie, Theologie oder Anthropologie nachweisen kann.

Jede Wissenschaft, die an der Natur des Menschen vorbeigeht, vernichtet die Umwelt.

Es gibt große Bewegungen, die die Umwelt retten wollen, wer setzt sich aber für die Rettung des Menschen ein? Wir müssen die Kultur des Menschen retten, dann rettet dieser Mensch die Natur, ja er läßt sie erst gar nicht verkommen.

Ist diese These dann noch richtig, daß wir im kleinsten Frieden und Gerechtigkeit üben müssen, um den Völkerfrieden und die soziale Gerechtigkeit zu erreichen?

Sicher scheint mir eines, der friedfertige, der gerechte Mensch, das Kulturwesen Mensch, kann den Völkerfrieden, kann die soziale Gerechtigkeit schaffen, aber nicht die Summe von friedfertigen und gerechten Menschen ist gleich der Völkerfrieden und die soziale Gerechtigkeit.

Keine Wissenschaft – keine Naturwissenschaft und keine Geisteswissenschaft – kann Fortschritte machen, wenn sie nicht die Naturgesetze beachtet. Nur die richtige Anwendung der Naturgesetze, nur die richtige Ausnutzung der Naturgesetze ist ja der sogenannte Fortschritt der Wissenschaft.

Ich kenne nur eine Wissenschaft, die seit Jahrtausenden glaubt, alle Natürlichkeit, alle Naturgesetze ignorieren zu können und trotzdem meint, Fortschritte erzielen zu können, das ist die Volkswirtschaft, die Wirtschaftswissenschaft.

Wenn ich in dem bisher Gesagten so eindringlich, wenngleich auch verkürzt und philosophisch unvollkommen, die Kultur – den Menschen in den Mittelpunkt

gestellt habe, dann deshalb, weil ich meine, daß nichts, aber auch gar nichts *gegen* die Natur, gegen die Naturgesetzlichkeit im menschlichen Leben und seiner Umwelt funktioniert.

Alles, was sich gegen die Natur richtet, alles, was sich gegen die Naturgesetze richtet, kann nur zum Verfall, zur Vernichtung führen.

Nicht die Beherrschung der Natur führt zum Fortschritt, die Erkenntnis der Natur führt zum Leben, führt dazu, daß Beherrschung – ja herrschen überflüssig wird.

Und so wird die Welt nicht von der Wissenschaft gerettet, sondern von der Natur selbst, von der Kultur!

Zurück zur Volkswirtschaft, die alle Naturgesetze ignoriert.

Welche Naturgesetze ignoriert die Volkswirtschaft?

Es gibt ein Naturgesetz, das jedes Kind bewußt oder unbewußt kennt und anwendet:

»Was sich nicht bewegt, läßt sich nicht steuern!« Die Wirtschaftswissenschaftler sprechen von »Gegensteuern«, von »Bremsen«, von »Ankurbeln«. Alles das ist doch nur möglich, wenn Bewegungen vorhanden sind.

Was wenden, steuern, bremsen und kurbeln diese Wissenschaftler und Politiker eigentlich?

Was bewegt sich denn alles da, was somit auch gesteuert werden kann?

Da sind die Auf- und Abwärtstrends, da sind Arbeitslosenziffern, die sich nach oben und unten bewegen, da sind Auftragseingänge, die sich auf- und abwärts bewegen, da sind die Konjunkturverläufe, die sich bewegen.

Und diese Bewegungsarten werden nun von unseren Wirtschaftsfachleuten, Politikern und Bundesbankpräsidenten gesteuert.

Sie steuern und steuern, sie wenden und bremsen, sie überhitzen und kühlen ab, aber sie bekommen die Bewegungen nicht in den Griff.

Da gibt es nun mehrere Möglichkeiten:

Entweder ist das Steuer kaputt, und sie merken das gar nicht – man kann ja das Ruder eines Schiffes auch dann noch bewegen, wenn die Ruderanlage schon lange gebrochen ist – oder aber sie steuern ständig in die falsche Richtung, so daß sie ihr Ziel aus den Augen verlieren, oder aber sie steuern etwas völlig Falsches. Sie steuern vielleicht das falsche Boot, oder aber sie steuern in der Tat etwas, was sich gar nicht bewegt, wie kleine Kinder, die am Lenkrad von Vaters Auto drehen;

ohne daß sich das Auto bewegt. In der Phantasie des Kindes bewegt sich das Auto natürlich, sogar mit einer rasenden Geschwindigkeit.

Versuchen wir einmal methodisch an die Sache heranzugehen:
Wir wissen:

1. Wenn man etwas steuern will, muß sich erst einmal etwas bewegen.
2. Wenn ich sinnvoll etwas steuern will, muß ich eine Zielrichtung haben.
3. Wenn ich etwas steuern will, muß ich eine Steuervorrichtung, ein Ruder, eine Ruderanlage, ein Lenkrad, ein Lenkgestänge haben.
4. Wenn ich etwas sinnvoll in eine bestimmte Richtung mit einer intakten Steueranlage steuern will, muß ich das richtige Bewegungsmittel ausgesucht haben.

Unser Ziel, und das wollen wir uns jetzt wieder einmal in das Gedächtnis zurückrufen, ist doch der Frieden und die soziale Gerechtigkeit.

Wenn ich hier nun den Frieden zunächst einmal ausklammere, so nicht deshalb, weil ich der Meinung bin, daß der Frieden unwichtig sei, sondern weil ich behaupte – und ich hoffe der Beweis für diese Behauptung gelingt mir noch – *der Frieden ist eine natürliche Folge der sozialen Gerechtigkeit.*

Silvio Gesell hat einmal gesagt:

»Wer den Völkerfrieden will, muß wissen, daß er ihn nur vom Altar des Bürgerfriedens holen kann.«

An einer anderen Stelle schreibt Silvio Gesell:

»Die Dinge verhalten sich so, daß wir uns um den Völkerfrieden überhaupt nicht mehr zu kümmern brauchen, sobald wir einmal dem Bürgerfrieden alles geopfert haben, was ihm unbedingt geopfert werden muß.«

Wenden wir uns also zunächst dem Bürgerfrieden, der sozialen Gerechtigkeit zu. *Dieser Bürgerfrieden ist eine volkswirtschaftliche, eine soziale Frage* – ja es ist *die soziale Frage*.

Wir kennen also unser Ziel: Den Bürgerfrieden, die Lösung der sozialen Frage!

Wir kennen aber noch die Bewegungen, die wir steuern müssen.

Was muß sich also bewegen?

In einer arbeitsteiligen Wirtschaft entsteht ein Kreislauf. Güter und Dienstleistungen werden getauscht. Durch diesen permanenten Tauschvorgang kann sichergestellt werden, daß alle Menschen – entsprechend ihren Leistungen – die zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse notwendigen Güter und Dienstleistungen erhalten, verbrauchen und nutzen können.

Der moderne Wirtschaftskreislauf kommt jedoch ohne ein Tauschmittel nicht aus. Dieses Tauschmittel ist das Geld. Wenn wir das Geld abschaffen oder dem Tauschkreislauf entziehen, bricht dieser Tauschvorgang in unserer arbeitsteiligen Wirtschaft völlig zusammen.

Wir sind also abhängig von diesem Tauschmittel, abhängig vom Geld!

Was ist das nun eigentlich, das Geld?

Zunächst habe ich Geld als Tauschmittel definiert. Silvio Gesell sagt dazu in seiner so eindrucksvollen und bildlichen Sprache:

»Jawohl, das Geld ist nur ein Vehikel, ähnlich wie die Eisenbahn, das Schiff auch nur Vehikel sind. Vehikel und das Vehikulierende sind nicht voneinander zu trennen. Bricht die Bahn zusammen, dann bricht auch alles zusammen, was darauf gebaut ist.«

Ich könnte nun sehr eindrucksvolle Definitionen des Geldes aus der wissenschaftlichen Literatur wiedergeben. Dort wird Geld sehr akademisch und damit auch meist schwer verständlich definiert.

Kurz zusammengefaßt kann man sagen: *Geld ist ein Transportmittel!*

Und damit sind wir auch wieder bei der Bewegung. *Ein Transportmittel, das sich nicht bewegt, transportiert nichts und ist nutzlos.* Deshalb erhebt die Deutsche Bundesbahn auch sogenannte Standgelder, wenn ihre Güterwagen sich nicht bewegen. Eine richtige und kluge Entscheidung.

Wenn wir das Geld als Tauschmittel akzeptiert haben, dann müssen wir noch klären, wie das Geld als Tauschmittler funktioniert.

Hier führen wir den Begriff des Preises ein.

H. K. R. Müller sagt dazu:

»In der Geldwirtschaft ist der Preis diejenige Geldmenge, die aufgrund der Marktlage, im freien Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage tatsächlich gezahlt wird.«

Was ist aber Angebot und was ist Nachfrage? Auch hierzu H. K. R. Müller: *»Unter Angebot ist alles zu verstehen, was dem Markt zugeführt wird.«*

Und Nachfrage: *»Unter Nachfrage ist der am Markt auftretende zahlungsfähige und kaufwillige Bedarf zu verstehen. Nachfrage ist also nicht Bedarf schlechthin, sie ist vielmehr nur der kaufwirksame Bedarf, hinter dem der Besitz des in der Wirtschaft umlaufenden Geldes stehen muß.«*

Umlaufendes Geld ist Nachfrage; und nicht die Bedürfnisse und der »Bedarf« nach Gütern und Dienstleistungen. Dies wird oft auch von hochkarätigen Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftsjournalisten immer wieder durcheinandergebracht.

Umlaufendes Geld, da müssen wir aufmerken!

In dem Wort Umlauf stoßen wir wieder auf eine Bewegungsart.

Geld muß also umlaufen – sich bewegen – wenn daraus Nachfrage werden soll. Und hier nun liegt unser Problem.

Läuft Geld wirklich um, bewegt sich das Geld wirklich in unserem Wirtschaftskreislauf? Wir müssen Bedenken anmelden.

Geld ist kein Äquivalent zum Angebot, nämlich dem, was dem Markt alles zugeführt wird, wie Waren und Dienstleistungen. Geld in seiner heutigen Konstruktion kann beliebig dem Markt entzogen werden, und das bedeutet doch, daß die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen manipulierbar ist.

Geld in der heutigen Form kann gehortet, geschätzt werden, weil es nicht die Eigenschaften von Waren besitzt. Waren sind verderblich, sie rosten, verfaulen, werden spröde, veraltern, werden unmodern, kurz, sie stehen unter dem Druck, auf dem Markt getauscht zu werden.

Alle Waren stehen aus den unterschiedlichsten Gründen unter Bewegungszwang, das Geld aber nicht.

So kann also der Tausch der Güter verhindert werden, oder zumindest doch so stark behindert werden, daß Arbeitslosigkeit und Verelendung der Menschen die Folgen sind:

Geld nimmt Kapitalcharakter an, wenn man Kapital als einen Knappheitszustand definiert und kann somit zur Erzielung eines Zinses gebraucht bzw. mißbraucht werden.

Zins jedoch ist arbeitsloses Einkommen, und der Geldkapitalist ist an diesem arbeitslosen Einkommen sehr stark interessiert. Durch das Fernhalten des Geldes vom Markt werden nun aber auch alle anderen Güter knapp und werden zu Kapital, aus dem wiederum ein Zins erpreßbar ist. Wir können hierbei an den Wohnungsbau denken. Sind Wohnungen knapp, läßt sich ein höherer Mietzins erzielen.

So zieht die künstliche Verknappung des Geldkapitals die Bildung von Sachkapital nach sich. *Sachkapital ist also ein vom Geldkapital abgeleitetes Kapital.*

Kapital ist aber immer zur Erzielung von arbeitslosem Einkommen, sprich Zins, zu gebrauchen.

Aus dem Gesagten können wir nun folgern, daß dem arbeitenden Menschen von seinem Einkommen das arbeitslose Einkommen des Kapitalbesitzenden abgezogen wird. Anders ausgedrückt, *der arbeitende Mensch muß das arbeitslose Einkommen des Kapitalbesitzenden mit erarbeiten.*

Das halte ich für *ungerecht*, ja dies ist *unsozial!*

Aus diesem vereinfacht dargestellten Sachverhalt ergibt sich die soziale Ungerechtigkeit, die soziale Frage.

Meine Schlußfolgerung: Dadurch, daß Geld sich nicht bewegen muß, daß es stillhalten kann, warten kann, wird Arbeit *verhindert*, die Folge ist *Arbeitslosigkeit*.

Ich muß hier nun ein zweites Übel anfassen.

Wir nennen dieses Übel die *Bodenfrage*. Grund und Boden stehen den Menschen nur in einem begrenzten Umfang zur Verfügung.

Der Boden ist Bestandteil der Natur, ist *nicht durch Arbeit beliebig vermehrbar und darf deshalb auch nicht als Ware betrachtet werden.*

Da sich nun der Boden im Besitz einer kleinen Schicht von Menschen befindet, sprechen wir von dem *Bodenmonopol*. Aus dieser Monopolisierung heraus eignet sich nun der Boden gleichfalls zur Erzielung eines arbeitslosen Einkommens, der sogenannten *Bodenrente*. *Deshalb muß gefordert werden, daß der gesamte in privaten Händen befindliche Boden durch die Gemeinden oder den Staat aufgekauft wird.*

Ich kann hier nicht die Gesamtproblematik der Bodenfrage aufgreifen, sie ist zu umfangreich und würde mich zu weit von meinem Thema entfernen.

Deshalb nur soviel: *Durch das Bodenmonopol ist arbeitsloses Einkommen möglich*, und auch dieses arbeitslose Einkommen *schmäler den gerechten Lohn für geleistete Arbeit* und ist somit auch eine Ursache für *soziale Ungerechtigkeit*.

Ich habe versucht einige – nach meiner Meinung die wesentlichen – Ursachen der sozialen Ungerechtigkeit aufzuzeigen.

Die Folgen dieser unsozialen Wirtschaftsordnung, die sich darstellt in einem falschen Geld- und Bodenrecht, sind unvorstellbarer Reichtum, unvorstellbare Armut, sinnlose Ausbeutung und Zerstörung der Natur und damit verbunden ein Niedergang der Kultur.

Dies alles sind dann eben auch entscheidende Eingriffe in das Leben der Menschen und, weiter gedacht, auch ein entscheidender Eingriff in die Gesellschaft, in das Zusammenleben der Menschen.

Wenn das so ist, und wir den Menschen immer wieder in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen, dann muß dies alles auch Wirkung, eine *katastrophale Wirkung, auf das soziale Verhalten des Menschen* selbst haben.

Um diese Problematik herum hat sich nun eine noch recht junge Wissenschaft gebildet, deren Geburtsstunde etwa in die Epoche der bürgerlichen Revolutionen in Europa zu legen ist, die Soziologie, die Wissenschaft von der Gesellschaft.

Die Soziologie versucht nun zu ergründen, inwieweit eine Gesellschaftsordnung verantwortlich ist für das Auftreten tatsächlicher Regelmäßigkeiten sozialen Verhaltens.

Nach dem Soziologen Max Weber orientiert sich das soziale Verhalten des Menschen an der Vorstellung vom Bestehen einer legitimen Ordnung. Daraus wird deutlich, daß der Mensch sein eigenes soziales Verhalten an der bestehenden sozialen Gesellschaftsordnung mißt.

Wenn nun die Grundzüge der bestehenden Ordnung ungerecht und unsozial sind, dann empfindet der Mensch in dieser Gesellschaft sein eigenes, ungerechtes und unsoziales Verhalten als legitim, da er ja die ihn umgebende Ordnung für legitim und gerecht hält.

Ist das dann nicht auch die Ursache für den Verfall der Kultur, der Sitten und der Moral?

Dies ist nicht die Grundlage für den Bürgerfrieden, an dessen Altar der Völkerfrieden erhalten werden kann.

So wirkt eine unsoziale Politik, deren Ursachen in einer ungerechten, unsozialen, falschen Wirtschaftspolitik liegen, tief in das Leben jedes einzelnen Menschen hinein.

Hier nun wage ich eine erste Antwort auf die Frage, warum der Kampf um soziale Gerechtigkeit der Erfolg versagt geblieben ist!

Die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit ist eine Frage der Wirtschaftswissenschaft, eine Frage der Gesellschaftsordnung, die der Mensch selbst gestalten und bewahren muß.

Der Mensch ist ein Wesen der Natur, die Ordnung, die er sich schaffen muß, muß auch den Gesetzen der Natur gehorchen.

So müssen auch in der Wirtschaftswissenschaft die Naturgesetze beachtet werden.

Was sich nicht bewegt, läßt sich nicht steuern – ein Naturgesetz!

Der natürliche Kreislauf – eine Bewegung – der natürliche Kreislauf von Geld und Waren muß geschaffen werden.

Gesteuert werden muß die Geldmenge und die Umlaufgeschwindigkeit.

Steuern kann man aber nur, was sich bewegt, so muß das Geld einem Bewegungszwang unterworfen werden, durch die Umlaufsicherung. Die Beachtung eines Naturgesetzes schafft uns die umlaufgesicherte Indexwährung.

Diese den Gesetzen der Natur gehorchende Wirtschaftsordnung, die natürliche Wirtschaftsordnung, ist der Weg zur sozialen Gerechtigkeit!

Wir müssen uns noch der Frage zuwenden, warum dem Kampf um den Frieden der Erfolg versagt geblieben ist.

Der Kampf um den Frieden artikuliert sich in der heutigen Zeit in der Friedensbewegung. Der Kampf der Friedensbewegung richtet sich im wesentlichen gegen die Aufrüstung in Ost und West. Gefordert wird die Abrüstung, und man glaubt, ohne Waffen kann es auch keinen Krieg geben. Dies ist jedoch ein verhängnisvoller Irrtum. *Die Ursachen kriegerischer Auseinandersetzungen sind nicht die Waffen und die Raketen.*

So müßte sich die Friedensbewegung, wenn sie glaubhaft bleiben will, der Erforschung der Ursachen von Kriegen, von Unfrieden zuwenden. Sie tut das aber leider nicht.

Ich möchte versuchen, den Zusammenhang zwischen Frieden und sozialer Gerechtigkeit oder anders, negativ ausgedrückt, den Zusammenhang zwischen Krieg und einer unsozialen, unfriedlichen Gesellschaftsordnung, darzustellen.

Zunächst einmal, womit kann man überhaupt den Rüstungswahnsinn rechtfertigen?

In dem Buch: »Die Friedenslüge« von Fritz Schwarz und Christian A. Schwarz schreiben die Verfasser auf der Seite 14 folgendes:

»Gerechtfertigt wird dieser Wahnsinn im Osten wie im Westen mit dem Feind, vor dem man sich schließlich zu schützen habe. Das Aufbauen von Haßstrukturen gehört zwingend zum System der Abschreckung. . . Durch massive Propaganda – ob auf kommunistische oder freiheitliche Art – muß das Volk ständig von der Bösartigkeit des Feindes überzeugt werden. Es wird ein Verhalten erzeugt, als stünde der Krieg unmittelbar vor der Tür. Genau davon lebt die *Abschreckungstheorie*. Die Folge: Man nimmt eine Erziehung der Gesell-

schaft zum Unfrieden bewußt in Kauf. – Wir dürfen nicht vergessen: 'Frieden' nennen das die Verteidiger unseres Systems.«

Wie erzieht man aber eine Gesellschaft bewußt zum Unfrieden?

Die Antwort haben uns die Soziologen gegeben, ich habe das bereits dargestellt und komme noch einmal kurz darauf zurück: In einem unsozialen, unfriedlichen System, das von den Menschen als eine legitime Gesellschaftsordnung angesehen wird, empfindet der Mensch sein eigenes unsoziales, unfriedliches Verhalten auch als legitim. Dies ist der Nährboden, auf dem Feindbilder und Haßstrukturen gedeihen können. Kehrt man nun diese Überlegung um, so kann man doch sagen, daß *in einem Gesellschaftssystem, in dem soziale Gerechtigkeit verwirklicht ist, ein Motiv für den Rüstungswahnsinn kaum noch untergebracht werden kann.*

Die Schaffung von Feindbildern und Haßstrukturen ist natürlich noch nicht die Ursache der Rüstung, sondern nur eine raffiniert angelegte Motivierung der Menschen, an die Unvermeidbarkeit von Aufrüsten und von Kriegen zu glauben. Und in der Tat halten fast alle Menschen es für eine Utopie, wenn man die These aufstellt, daß Kriege vermeidbar sind. Für mich ist das eine erschreckende Erkenntnis.

Die Rüstungsindustrie ist die Folge einer falschen Wirtschaftspolitik. Dies hat uns kein geringerer als der ehemalige Finanzminister *Alex Möller* bewußt oder unbewußt offenbart. In seiner Schrift »*Währung und Außenpolitik*« stellt er dar, daß *von der Rüstungsindustrie »maßgebliche Impulse für nicht ausgenutzte Produktionskapazitäten zu erwarten seien«.*

Warum aber gibt es überhaupt »nicht ausgenutzte Produktionskapazitäten«?

Wenn der Zins, das arbeitslose Einkommen, auf Kosten der Löhne, oder allgemein ausgedrückt, auf Kosten der Einkommen durch Arbeit, sinkt, dann tritt das Geldkapital in den Streik.

Ich habe schon dargestellt, daß das Geld das auch *kann*, denn es muß sich ja nicht bewegen, es gibt ja keinen Zwang, es im Tauschkreislauf zu halten. »Kein Geld im Wirtschaftskreislauf« bedeutet aber auch: Keine Kredite, keine Arbeit, ungenutzte Produktionskapazitäten. *Erst dann, wenn der Zins gesichert ist, stellt sich das Geld wieder zur Verfügung.*

Statt nun aber das Geld in den Umlauf zu zwingen, verschafft der Staat lieber dem Geldkapital eine sichere Rendite – und die bietet nun einmal die Rüstungsindustrie.

Die Rüstungsindustrie bietet dem Geldkapital eine fast unerschöpfliche Quelle für den Zins. Die Nachfrage – sprich Geld – wird durch den Staat gesichert, der sich dabei sogar in unvorstellbare Schulden stürzt, die wiederum dem Geldkapital eine sichere Zinseinnahme garantiert.

Bezahlen müssen das allerdings die arbeitenden Menschen, und, wenn das nicht ausreicht, auch noch die Rentner und sogar die Arbeitslosen, denen man rigoros die kläglichen Einnahmen noch einmal beschneidet, während man gleichzeitig die Diäten im Bundestag beträchtlich erhöht. Dieses Schauerstück geht aber noch weiter.

Da die *Ostblockstaaten* durch ein chaotisches Wirtschaftssystem nicht einmal in der Lage sind, ihre Menschen zu ernähren, geschweige denn *die enormen Rüstungsausgaben zu finanzieren, nehmen sie Milliarden-Kredite im Westen auf.*

Dies sichert dem Kapital wiederum eine Zinseinnahme und verhindert außerdem noch, daß durch ein Überangebot an Krediten im eigenen Land der Zinsertrag geschmälert wird.

So rüsten nun Ost und West im Grunde aus der gleichen Quelle auf.

Arbeitsloses Einkommen, der Zins, ist also die Triebfeder für Rüstungswahnsinn – und nicht die Angst vor dem bösen Feind.

Ein Wirtschaftssystem, das keinen Zins mehr erwirtschaften muß, ist auch nicht auf Wirtschaftswachstum angewiesen, es ist nicht angewiesen auf Rüstung und Krieg.

Der Zins, den man nicht verbieten kann, den man aber durch eine umlaufgesicherte Indexwährung vernichten kann, der Zins ist die Geißel der Menschheit. Und diese Erkenntnis ist gar nicht so neu. Martin Luther hat diese Geißel schon durchschaut. Martin Luther zum Zins: »Der Zins ist ein in der Wolle gefärbter Dieb und Mörder, wir Christen halten ihn aber so in Ehren, daß wir ihn ordentlich anbeten. Der Zins ist ein großes Ungeheuer, ähnlich einem Werwolf, der alles verwüstet, ärger als irgendein Schurke; er gibt aber nicht zu, daß er es gewesen sei. Er denkt, keiner werde ihn herausfinden, weil die Ochsen, die er an den Schwänzen rückwärts gezogen hat, aus ihren Spuren den Anschein erwecken, als wären sie hereingeführt worden. Ähnlich möchte der Zins die Welt betrügen, als sei er von Nutzen und schaffe der Welt Ochsen, während er tatsächlich alles an sich reißt und allein auffrißt. Das größte Unglück der deutschen Nation ist der Zins: fürwahr, es muß der Zins eine Figur und Anzeichen sein, daß die Welt dem Teufel verkauft ist.«

Wie versucht nun die heutige Politik aus diesem Teufelskreis auszubrechen?

Eigentlich gar nicht!

Als Alternativen werden nur der Kapitalismus auf der einen Seite und der Kommunismus auf der anderen Seite genannt. *Daß die Lösung der sozialen Frage, und damit auch Krieg und Frieden, jedoch jenseits von Kapitalismus und Kommunismus liegt, wird totgeschwiegen.*

So bemühen sich im Osten – dort natürlich nur im Untergrund – Kräfte, privatwirtschaftliche Methoden in die unbewegliche, unnatürliche Planwirtschaft einzuführen. Das wird im Westen bejubelt als ein Weg zu mehr Freiheit und Gerechtigkeit.

Wir wissen doch aber, daß *privatwirtschaftliche Methoden nur dann funktionieren können, nur dann zur sozialen Gerechtigkeit führen, wenn dabei der Kapitalismus überwunden wird.*

Der Sozialismus, der Kommunismus, ist ein Kind des Kapitalismus. Der Kapitalismus hat doch die Menschen in Not und Elend getrieben. Erst dieser Verelendungsprozeß hat, doch Karl Marx dazu gebracht, über das Kapital nachzudenken.

Marx hat in der Tat versucht, den Kapitalismus zu überwinden. Daß er letztlich gescheitert ist, liegt einfach daran, daß er nicht erkannt hat, daß die Bildung von Sachkapital ihre Ursache im Geldkapital hat. Er hat das Wesen des Geldes nicht erkannt, er hat das Geld als ein Äquivalent zur Ware gesehen, was es ja nun wirklich nicht ist. Um diesen kleinen, aber sehr verhängnisvollen Irrtum herum konstruierte er seine Mehrwerttheorie, und darauf aufbauend wiederum entwickelte sich der Klassenkampf, der letztlich die Welt in zwei Machtblöcke spaltete.

Ich glaube in der Tat nicht daran, daß der Westen an der Vernichtung des Kommunismus interessiert ist. Er braucht dieses Feindbild notwendig zur Aufrechterhaltung seiner Machtstrukturen.

Im Westen nun aber sehen viele Menschen nur eine Alternative: den Sozialismus.

Die Lösung der sozialen Frage aber liegt in der Überwindung des Privat- wie auch des Staatskapitalismus, die Lösung liegt jenseits von Kapitalismus und Kommunismus.

Warum ist dem Kampf um Frieden und soziale Gerechtigkeit der Erfolg versagt geblieben?

Die Ursachen der sozialen Ungerechtigkeit liegen in unserem falschen Geld- und Bodenrecht.

Nur eine Kleinigkeit – ein kleines aber plausibles Naturgesetz, das in der Wirtschaftswissenschaft ignoriert wird, verhindert den freien, natürlichen Wirtschaftskreislauf.

Was sich nicht bewegt, kann man nicht steuern!

So gibt es auch eine Lösung:

Eine Geldordnung, eine Währungsordnung, in der der Umlauf des Geldes gesichert ist und die Geldmenge gesteuert wird. Nur so ist eine natürliche Wirtschaftsordnung möglich.

Nur eine natürliche Wirtschaftsordnung kann die soziale Frage lösen und kann damit den Bürgerfrieden schaffen. Der Bürgerfrieden aber ist ein Schritt zum Frieden, zum Völkerfrieden, zum Frieden in der Welt.

Solange die Menschheit in einer Gesellschaftsordnung lebt, die gekennzeichnet ist durch soziale Ungerechtigkeit, Unfreiheit, Unfrieden, und wenn sie diese Gesellschaftsordnung auch noch für legitim hält, ist Frieden unmöglich.

Erkennen wir die Ursachen, dann ist der erste Schritt getan! Erkennen und hören wir auf die Natur, auf die Naturgesetze und wenden wir sie an, dann wird der Mensch in einer Gesellschaftsordnung leben, die ihn befähigt, das zu sein, was er sein soll und auch sein will: Ein Kulturwesen, das Schönes schaffen und bewahren kann, das Freude und Liebe schenken kann, das die Natur erkennen und behüten kann, das erkennen kann, daß das Leben ein Geschenk Gottes ist, mit dem man nicht spielen darf.

Stellungnahme zur »Aktion Volksentscheid«

Gerhardus Lang

Im Grundgesetz Art. 20,2 steht: »Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt, und der Rechtsprechung ausgeübt.«

Es ist sicher ein Versäumnis der Väter des Grundgesetzes, daß sie die näheren Beziehungen zwischen der Abstimmung des Volkes und der vollziehenden Gewalt nicht näher ausgeführt haben. So ist es nun den »Jedermanns« überlassen, sich auf eigene Faust Gedanken zu machen, und es ist dazu gekommen, daß ein »Bundesgesetz zur Ermöglichung von Volksbegehren zum Volksentscheid« gefordert worden ist. Diese Aktion schließt sich an die gängige Meinung an, daß Demokratie eine Veranstaltung der »Masse« sei, wie das Volk gern von Demagogen genannt wird. Da aber in den Grundrechtsartikeln der Begriff »Volksmasse« eigentlich kein Fundament hat, und diese sich entschieden auf den einzelnen Menschen als einer selbständig urteilenden und handelnden Persönlichkeit beziehen, liegt hier ein tiefes Mißverständnis vor.

Masse ist das Gegenteil von Individuum. Die Masse hebt das Individuum auf. Sie verhindert geradezu, daß dasselbe sich zum Ausdruck bringen kann. Eben dieses ist das Problem der »Aktion Volksentscheid«. Die Masse ist durch Agitation leicht zu beeinflussen. Das beschwört die Gefahr der Demagogie herauf. Bei einem Volksentscheid wäre es nötig, bestimmte, sehr differenzierte Fragen so zu vereinfachen, daß mit Ja oder Nein abgestimmt werden kann. Der eigentliche Klärungsprozeß vor dieser Entscheidung ist in der Volksmasse jedoch nicht wirklich möglich. Man verwechselt gern Abstimmen mit Abzählen der Stimmen, d. h. der erhobenen Hände. Unter Abstimmung versteht man jedoch den Prozeß des Gegenseitig-Abstimmens, d. h. des Debattierens und Abklärens, bevor durch Abzählen die Mehrheiten festgestellt werden. Aus diesem Grunde ist es unmöglich, daß eine Volksmasse sich in der Demokratie real abstimmen kann. Eine Abstimmung ist nur möglich, wenn die Übersicht über die Abstimmenden nicht verloren wird. Um diese Übersicht zu erhalten, wurde die repräsentative Demokratie eingeführt. Die plebiszitäre Demokratie würde im Gegensatz dazu stehen. Würde das Plebiszit bei der Größe der Bundesrepublik nicht der Demagogie Tür und Tor öffnen? Ist Demokratie nur die Diktatur der Mehrheit?

Nun ist die repräsentative Demokratie nicht schuldlos, daß es zu einer Initiative »Aktion Volksentscheid« gekommen ist. Sie hat es versäumt, die Kompetenzen der Parlamentarier deutlicher festzulegen. Die Parlamentarier sind Mandatsträger, und in der Ausübung ihres Mandats sind sie nur ihrem Gewissen verantwortlich und nicht an Weisungen gebunden. Aber das Mandat ist völlig unbegrenzt.

Wir hüten uns wohl, einem Rechtsanwalt ein unbegrenztes Mandat zu geben. Ebenso wenig dürften wir Abgeordneten ein unbegrenztes Mandat geben. Vielmehr müßte das Mandat auf begrenzte Aufträge beschränkt werden. Bisher gehen wir immer noch vom Begriff des omnipotenten Einheitsstaates mit einem unfehlbaren Souverän an der Spitze aus. An dessen Stelle ist die Abgeordnetenversammlung mit unbegrenztem Mandat getreten. Dabei können wir nicht stehenbleiben. Wie der absolute Souverän verschwunden ist, so muß auch das unbegrenzte Mandat wieder verschwinden. Nur die Ausübung des bestätigten Mandates muß völlig frei sein. Dazu wird eine Verfassungsänderung notwendig werden. Die Frage lautet: Wofür ist der Mandatsträger zuständig, welche Fragen und welche Lebensgebiete im Gemeinwesen fallen in seine Verantwortlichkeit und welche nicht? Dazu muß der Inhalt des Mandats durch Gesetze festgelegt werden. Sonst herrscht Willkür.

Für alles, was jeder Bürger selbst entscheiden kann bzw. was jeden nur selbst betrifft, ist der Abgeordnete weder zuständig noch verantwortlich. Dagegen hat er für die gemeinnützigen, staatlichen Aufgaben zu sorgen, für die er von der Wählerschaft eingesetzt worden ist.

Werden die Fragen so übergreifend, daß die dem Bürger am nächsten liegende Repräsentantenversammlung, der Gemeinderat, nicht mehr ausreicht, so sollte aus der Mitte dieses Gemeinderates wiederum ein Delegierter mit genau beschriebenem Mandat zur nächsten übersichtlichen Versammlung, dem Kreistag, delegiert werden. So geht es weiter bis zum Bundestag. Dabei würden Wahlen und Abstimmungen in übersichtlichen Versammlungen möglich sein. Dieses Verfahren stünde im Gegensatz zu unseren heutigen Wahlen, wo jenseits des Gemeinderates einer noch überschaubaren Gemeinde bereits das erwähnte Übel der Demagogie Platz gegriffen hat. Genau dieser Mißstand aber hat zur Förderung des Plebiszit geführt. Deshalb sollte nicht das Plebiszit unterstützt werden, sondern Bestrebungen, die zur Bildung einer konsequent föderativen Demokratie führen. Damit wäre das Bedürfnis nach Selbstbestimmung des Volkes in Sachen, die es selbst betreffen und die es selbst überschauen kann, entsprochen. Eine dem öffentlichen Wohl und dem allgemeinen Recht verpflichtete Regierung, die das Machtmonopol in der Exekutive haben müßte, wäre vom Volke legitimiert.

Man mag zu der Raketen aufstellung stehen, wie man will. Sie sollte aber nicht dazu benutzt werden, ein Plebiszit durchzusetzen. Die Raketen sind durchaus gefährlich. Ist das Plebiszit nicht noch gefährlicher? Es mag nützlich sein, den Politikern warnende Stimmen entgegenzusetzen, gerade weil sie zur Zeit noch ein unbegrenztes Mandat haben. Es hat bei uns schon einmal die Demagogie mit Hilfe der Massen regiert – Europa sank in Trümmer. Das mögen die Unterzeichner jenes Aufrufes bedenken. Ihr guter Wille möge unterstellt sein, aber das allein genügt nicht.

»Soziale Marktwirtschaft« Verwirklichung oder Verfälschung?

Die Anfang Mai dieses Jahres vom 32. Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union beschlossenen »Stuttgarter Leitsätze« für die Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre heben mit allem Nachdruck die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft als der einzigen Wirtschaftsordnung, die auch in der Zukunft allen Herausforderungen gewachsen sei, hervor.

»Die *Stuttgarter Leitsätze*«, so heißt es da, »beruhen auf dem Grundsatzprogramm der CDU«. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit fordern eine Ordnung der Wirtschaft, in der sich die Menschen frei und sozial entfalten können. Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllt diese Forderung. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle, weil es Leistung mit sozialer Gerechtigkeit, Wettbewerb mit Solidarität und Eigenverantwortung mit sozialer Sicherheit in Einklang bringt. Die Soziale Marktwirtschaft hat ihr geistiges Fundament in der zum Menschenbild des Christen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit. ...

»Die Soziale Marktwirtschaft verbindet die Vorteile einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung mit der Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit. Mit der Sozialen Marktwirtschaft kann das Ziel der Vollbeschäftigung am ehesten erreicht werden. ...

»Auch in der Zeit neuer Herausforderungen ... müssen Freiheit, Gleichheit der Chancen, Eigentum, Wohlstand, Arbeit und sozialer Fortschritt für alle gesichert werden. Um diese Ziele zu erreichen, müssen in Zukunft vor allem die grundlegenden ordnungspolitischen Elemente der Sozialen Marktwirtschaft wieder stärker zur Geltung kommen. Dazu gehören: Wettbewerb und persönliches, sozialverpflichtetes Eigentum; dezentrale Steuerung durch Märkte und Tarifautonomie; Machtkontrolle durch Gewaltenteilung und staatliche Aufsicht; Freiheit der Verbraucher, der Unternehmen und des Berufes; Selbständigkeit und Risikobereitschaft; Teilhabe des Einzelnen am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt. ...« Und so weiter.¹

Kurzum ein Katalog von Wünschen und Zielen, ohne daß auch nur an einer Stelle gesagt wird, *wie* alle diese Ziele erreicht werden sollen. Und nach allem, was bisher über den nächsten Bundeshaushalt zu hören ist, kann mit klaren, ordnungspolitisch konsequenten und insbesondere die Arbeitslosigkeit grundlegend überwindenden Maßnahmen nicht gerechnet werden. Denn es ist nicht zu erkennen, *wie* die im Grundsatzprogramm der CDU von 1978 ausdrücklich aufgeführten Ziele Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität – neben Wachstum und

¹ vgl. FAZ vom 12.5.84

außenwirtschaftlichem Gleichgewicht – unter den derzeitigen geld- bzw. währungspolitischen Bedingungen erlangt werden sollen.

In dem *Grundsatzprogramm* von 1978 heißt es unter Punkt 81 ff:

»Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und stetiges Wachstum bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht sind Ziele unserer Wirtschaftspolitik. . .

»*Vollbeschäftigung* ist ein wichtiges . . . Ziel, für das der Staat mit zuverlässigen Rahmenbedingungen und seinen konjunktur-, wachstums- und strukturpolitischen Instrumenten und die Tarifpartner wesentliche Verantwortung tragen.

»Zur Erreichung der Vollbeschäftigung müssen alle geeigneten Mittel ausgeschöpft werden. Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung müssen in Einklang stehen mit dem wirtschaftlichen Wachstum und der Vollbeschäftigung. Unverzichtbare Voraussetzungen einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik sind eine bedarfsgerechte Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung und eine solidarische Lohnpolitik unter Einschluß der Vermögensbildung.

»*Stabilität des Geldwertes* ist eine entscheidende Voraussetzung für dauerhafte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. . . Neben der Regierung ist insbesondere die Deutsche Bundesbank auf die Erhaltung der Geldwertstabilität verpflichtet. Ihre Unabhängigkeit gegenüber der Regierung muß verteidigt werden.

»Wirtschaftliches *Wachstum* ist kein Selbstzweck, sondern es ist vielmehr die Voraussetzung, um Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen, unser bewährtes System der sozialen Sicherung zu erhalten, die öffentlichen Ausgaben zu finanzieren . . . Wo Wachstum zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden.«¹

Alles in allem auch hier also keine konkreten Angaben, *wie* denn alle diese Ziele erreicht werden könnten und sollen.

* * *

Wenn man bedenkt, daß es der erklärte Wille der marktwirtschaftlich orientierten »neoliberalen« Wirtschaftspolitiker der ersten Nachkriegszeit war, in Abkehr von allen planwirtschaftlichen Vorstellungen sozialistischer Politiker eine Wirtschafts-Ordnung zu errichten, die *aus sich selbst heraus* sowohl freiheitlich als auch sozial, allen Bürgern gerecht werdend, sein sollte; wenn man weiter bedenkt, daß ein solches Konzept für eine »Soziale Marktwirtschaft« bereits von *Walter*

¹ vgl. Grundsatzprogramm der CDU, Abschnitt IV

Eucken erarbeitet und von *Ludwig Erhard*, unterstützt von Professor *Alfred Müller-Armack*, auf den Weg zur Verwirklichung gebracht war; und wenn man schließlich weiß, daß *Ludwig Erhard* in der »*Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft*« (ASM) und vor allem auch ihrem Vorsitzenden *Otto Lautenbach* Persönlichkeiten zur Seite hatte, mit denen er sich als Bundeswirtschaftsminister immer wieder in Gesprächen und auf Tagungen über die wirtschafts- und währungspolitischen Erfordernisse beraten konnte – dann kann man sich nur darüber wundern, daß man im Jahre 1984 noch immer nicht weiß – oder nicht wissen will? –, was die Stunde geschlagen hat.

Walter Eucken hatte in seinen »*Grundsätzen der Wirtschaftspolitik*«¹ ganz grundsätzlich folgendes erklärt:

»Es ist eine der Hauptabsichten dieses Buches, immer wieder deutlich zu machen, daß die Sozialpolitik nicht als Anhängsel der übrigen Wirtschaftspolitik betrachtet werden sollte, sondern in erster Linie Wirtschaftsordnungspolitik zu sein hat.

Ob es sich um Geld-, Kredit-, Devisen- oder Kartellpolitik handelt, oder ob von der Stellung des Arbeiters auf dem Arbeitsmarkt, im Betrieb oder von seinem häuslichen Geschick die Rede ist, stets besteht eine allgemeine Interdependenz der Wirtschaftspolitik und stets werden die Arbeiter mitbetroffen. *Es gibt nichts, was nicht sozial wichtig wäre.* Es gibt keine wirtschaftspolitische Maßnahme, die nicht zugleich auch, sei es direkt oder indirekt, soziale Auswirkungen und soziale Bedeutung hätte. Wer soziale Interessen vertreten will, sollte daher sein Augenmerk vor allem auf die Gestaltung der Gesamtordnung richten. Durch die allgemeine Ordnungspolitik muß versucht werden, die Entstehung sozialer Fragen zu verhindern.

»Richtig verstandene Sozialpolitik ist universaler Art. Sie ist identisch mit der Politik zur Ordnung der Wirtschaft oder der Wirtschaftsverfassungspolitik.«²

»Die Herstellung eines funktionsfähigen Systems zur Lenkung der arbeitsteiligen Wirtschaftsweise ist daher die wichtigste Voraussetzung für die Lösung aller sozialen Probleme.

»Im Rahmen der Wettbewerbswirtschaft heißt das vor allem: Verwirklichung ihres Grundprinzips, nämlich Schaffung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz.«³

Es besteht also gar keine Frage: der Vater der »*Sozialen Marktwirtschaft*«, *Walter Eucken*, wollte eine solche Wirtschaftsordnung errichten, die *als solche* jedem Menschen volle Freiheit und Gerechtigkeit und damit der gesamten Gesellschaft sozialen Frieden auf Dauer gewährleistet.

1 Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1952

2 Seite 312

3 Seite 314

Welchen Weg zu diesem Ziel schlug nun Eucken vor? Hierzu sagt er in den »Grundsätzen der Wirtschaftspolitik«:

»Die Kernfrage der modernen Wirtschaftspolitik sollte auch als Kernfrage behandelt werden. Es geschieht, indem die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz zum wesentlichen Kriterium jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme gemacht wird. Dies ist das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip.¹

»Alle Bemühungen, eine Wettbewerbsordnung zu verwirklichen, sind umsonst, solange eine gewisse Stabilität des Geldwertes nicht gesichert ist. Die Währungspolitik besitzt daher für die Wettbewerbsordnung ein Primat.«²

»Durch eine gewisse Stabilisierung des Geldwertes wird es möglich, in den Wirtschaftsprozeß ein brauchbares Lenkungsinstrument einzubauen.«³

»Wenn es gelänge, die Währungsverfassung mit einem Stabilisator des Geldwertes zu versehen, dann könnte man hoffen, daß die der Wettbewerbsordnung immanente Tendenz zu einem Gleichgewicht sich auswirkt, statt wie in der Vergangenheit wegen der mangelnden Konstruktion der bestehenden Währungsverfassungen in einen dauernden Wechsel der Konjunkturen, d. h. in Inflation und Deflation umzuschlagen.«³

»Eine gute Währungsverfassung sollte . . . (im übrigen) . . . möglichst automatisch funktionieren, . . . weil die Erfahrung zeigt, daß eine Währungsverfassung, die den Leitern der Geldpolitik freie Hand läßt, diesen mehr zutraut, als ihnen im allgemeinen zugetraut werden kann. Unkenntnis, Schwäche gegenüber Interessentengruppen und der öffentlichen Meinung, falsche Theorien, alles das beeinflußt diese Leiter sehr zum Schaden der ihnen anvertrauten Aufgabe.«⁴

Damit hat *Walter Eucken* bereits am Beginn der Bundesrepublik Deutschland die für den Fortbestand unserer freiheitlichen Ordnung wichtigste Frage aufgeworfen und im Grundsatz beantwortet, und es ist eine tiefe Tragik, daß sein allzu früher Tod, im März 1950, seinem Wirken ein Ende gesetzt hat. Mitten in der Arbeit an dem Problem der Überwindung der monetären Unstabilität, so daß er keine konkreten Maßnahmen zur Sicherung der *vollständigen* Konkurrenz zwischen Anbietern und Nachfragern, Kapital und Arbeit, sowie zur Herbeiführung und Sicherung der Stabilität des Geldwertes, zur Verfestigung der Konjunktur und zur Ausschaltung von Interessenteneinflüssen auf das Währungswesen usw. mehr vorschlagen konnte.

Vor allem hat sich *Walter Eucken* auch nicht mehr mit den von *Otto Lauten-*

1 Seite 254

2 Seite 256

3 Seite 257

4 Seite 257

bach im Herbst 1949 in dem »Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit« eingebrachten freiwirtschaftlichen Vorschlägen befassen können, die zu der Kooperation von Freiwirtschaftlern und Ordoliberalen in der »Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft« geführt haben. Eine Kooperation, die freilich auch bald, nach dem ebenfalls allzu frühen Tod Otto Lautenbachs im Sommer 1954, ein faktisches Ende gefunden hat, so daß auch alle weiteren von Lautenbach eingeleiteten Bestrebungen zur Verwirklichung einer wirklich freiheitlichen sozialen Marktwirtschaft bald eingeschlafen bzw. ganz bewußt vernachlässigt worden sind, obwohl die ASM bis heute weiterbesteht, tatsächlich aber nichts anderes mehr ist als die Steigbügelhalterin einer mit einer Fülle von Sozialstaatsmaßnahmen verbrämten kapitalistischen Marktwirtschaft - ohne für alle(!) freien Wettbewerb, weil ohne vollständige(!) Konkurrenz; ohne Geldwertstabilität; ohne Dauerkonjunktur und damit ohne Vollbeschäftigung, sondern mit rund zwei Millionen Arbeitslosen; ohne Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage; ohne Partnerschaft von Kapital und Arbeit und dadurch ohne Arbeitsfrieden - dafür aber mit umso mehr Wohlfahrtsstaatsmaßnahmen zur Kaschierung der Unfähigkeit oder Unwilligkeit unserer kapitalistischen Wirtschaftspolitiker und beamteten Lehrstuhlinhaber. Das ist die Lage.

Was sagen denn unsere liberalen Professoren heute? Sie lamentieren zwar lautstark - und auch zu Recht - über die »Erblast« aus der Ära der sozial-liberalen Koalition, d. h. über die enorme Staatsverschuldung, über das Subventionsunwesen, über den Brüsseler Agrar-'Markt'-Dirigismus, über das ineffektive verstaatlichte Gesundheitswesen wie über den unfinanzierbar gewordenen Sozialstaat überhaupt, vor allem aber auch und immer wieder über die Unelastizität der Löhne wie die Höhe der Löhne selbst:

Professor *Armin Gutowski*: »Das Faktum, daß die Lohnhöhe und die Lohnstruktur die entscheidenden Bestimmungsgründe für das Ausmaß der Beschäftigung sind, wurde in den vergangenen Jahren mehr und mehr verdrängt.«¹

abersie fordern lediglich zur Entlastung der Wirtschaft die Kürzung der Staatsausgaben, Steuersenkungen, Verlagerung der Besteuerung von Einkommen und Vermögen auf Verbrauchssteuern (Umsatzsteuer), Privatisierung von Staatsbetrieben, Reform der »Reform« des Bildungswesens, Verzicht auf Lohnerhöhungen oder allenfalls nur ganz mäßige Anhebungen.

Jedoch an das wirkliche und einzige entscheidende Problem, an die Überwindung der Arbeitslosigkeit durch Herbeiführung dauernder Vollbeschäftigung bei unbedingter Geldwertstabilität durch eine grundlegende Währungs- und Geldreform gehen sie nicht heran. Denn auf eines wollen sie unter keinen Umständen verzichten: auf die »angemessene« Verzinsung des Kapitals:

¹ in 'Welt am Sonntag' vom 11.3.1984

Professor *Herbert Giersch*: »Es ist ja nun auch die Arbeitskraft, die reichlich vorhanden ist, nicht das Kapital, vor allem nicht das Risikokapital, auf das es ankommt.

»Was derart knapp ist wie das Risikokapital, kann nicht billig sein; und was so reichlich ist wie das Angebot an wenig qualifizierten Arbeitskräften, darf, wenn es mit rechten Dingen und ohne Zwang zugehen soll, nicht überteuert sein.

»Das sind harte Sachzwänge. Sie mögen einem nicht gefallen. Aber es kann sich auf die Dauer keine Macht über sie hinwegsetzen, jedenfalls nicht in einer Gesellschaft, in der die Menschen frei entscheiden dürfen.

»Nur wenige Beobachter sehen in der Arbeitslosigkeit eine große Chance für den Vorstoß in die offene Zukunft. Die meisten denken defensiv. Sie schlagen vor, die Arbeitszeit zu begrenzen. Es soll die offenbar so knapp gewordene Arbeit gerechter verteilt werden.

»Wie falsch solches Denken ist, ahnt der einzelne mindestens gefühlsmäßig. Denn nach aller Lebenserfahrung erfordern Schwierigkeiten nicht, daß man die Hände in den Schoß legt und weniger arbeitet, sondern daß man mehr tut und dazu die Ärmel hochkrempelt.

»Und in der Tat, da ist ja so viel zu tun: um die Umwelt zu restaurieren, Kapital für neue Arbeitsplätze zu bilden, die vielen öffentlichen und halböffentlichen Defizite zu beseitigen, das soziale Netz zu sichern und den ärmeren Ländern der Dritten Welt zu helfen, und all dies, ohne daß bei uns der Lebensstandard sinkt.

»Wo liegt der Denkfehler, wo hat unser System Organisationsmängel? Geben wir die Antwort vor der Begründung: Wir brauchen außer freien Preisen und richtigen Löhnen mehr Unternehmer, und diese wiederum brauchen freien Zugang zu den Märkten.«¹

Daß es die Höhe des Geldkapital-Zinses sein könnte, die die Bereitstellung von Risikokapital verhindert, davon sagt Prof. Giersch kein Wort. Und noch viel weniger sagt er davon, warum das Geldkapital seine »Liquidität« bevorzugt und daß man evtl. durch geldpolitische Maßnahmen dafür sorgen könnte, daß das Sparkapital nicht zurückgehalten wird, sondern stetig wirksam nachfragend – nach Konsum- oder Investitionsgütern – auf den Markt tritt.

Oder hören wir Professor *Wolfram Engels*. Er zitiert in seiner jüngsten Schrift den Altliberalen *Ludwig von Mises*:

»Ich möchte hier feststellen, daß es die Politik der Gewerkschaften ist, die Löhne über das Niveau hinaus zu erhöhen, das sie in einem freien Markt hätten. Als Folge davon kann ein beträchtlicher Teil der Arbeitswilligen nur

¹ in 'Welt am Sonntag' vom 5.6.83

beschäftigt werden, wenn es Arbeitgeber gibt, die bereit sind, mit Verlust zu arbeiten. Und da Unternehmen auf die Dauer nicht mit Verlusten arbeiten können, schließen sie ihre Betriebe und die Leute werden arbeitslos. Die Festsetzung der Löhne über dem Niveau, das sie in einem freien Markt hätten, endet immer mit der Arbeitslosigkeit eines beträchtlichen Teils der Arbeitswilligen.«¹

Und *Wolfram Engels* glaubt selbst konstatieren zu können:

»Zu Unterbeschäftigung kann es erst kommen, wenn die Löhne unabhängig von Angebot und Nachfrage festgesetzt werden.«²

Daraus muß man dann ja wohl den Schluß ziehen, daß *Wolfram Engels* glaubt, daß Vollbeschäftigung immer dann herrschen könnte, wenn die Löhne nach unten hin flexibel wären – bis zum »ehernen Lohngesetz« Lassalles?

Aber hören wir *Wolfram Engels* noch weiter in dem Abschnitt »Geldzins und Rendite«:

»Der Zins soll dafür sorgen, daß Geldersparnis und Kreditaufnahme gleich werden. Ist die Bereitschaft zu sparen größer als die Bereitschaft, Kredit aufzunehmen, dann sinkt der Zins. Es werden mehr Investitionen rentabel. Das Sparen wird weniger attraktiv – so lange bis die Gleichheit von Ersparnis- und Verschuldungsbereitschaft wieder hergestellt ist. ...«³

»Im Prinzip handelt es sich bei Störungen in der Investitionstätigkeit um ein Ungleichgewicht zwischen Kapitalkosten und Renditeerwartungen. Sind die Geldzinsen (bzw. allgemein die Kapitalkosten) höher als die erwarteten Renditen, dann investiert ein Unternehmer nicht. Es legt seine Mittel in Geldvermögen (z. B. Bundesanleihen) an. ...«⁴

Schließlich zieht *Wolfram Engels* das folgende Fazit:

»Damit haben wir die beiden Schlüsselzahlen zur Erklärung der Arbeitslosigkeit:

- Die Arbeitskosten dürfen nicht höher sein als die (Grenz-)Produktivität der Arbeit und
- die Kapitalkosten dürfen nicht höher sein als die (erwarteten) Renditen.

Alle Rezepte zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit müssen mindestens eine der Relationen verbessern.«

1 Seite 6

2 Seite 9

3 Seite 10/11

4 Seite 11

5 Seite 13 Alle obigen Zitate aus *Wolfram Engels »Arbeitslosigkeit – Woher sie kommt und wie man sie beheben kann«*, Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung e.V., März 1984

Das heißt im Klartext: da man nicht erwarten kann, daß die Löhne wie einst in der Hochblüte des Kapitalismus flexibel nach unten bis zum geht-nicht-mehr (»ehernes Lohngesetz«) sein können, und da andererseits die Zinsen beim derzeitigen Geldwesen nicht unter einen Satz von äußerstenfalls zwei bis drei Prozent absinken, weil dann die »Liquiditätspräferenz« wirksam wird, hat auch *Wolfram Engels* kein Rezept, die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Denn alles, was er in seiner Schrift »Arbeitslosigkeit« dazu angibt, reicht nicht hin, die Konjunktur stetig zu erhalten: weder die Verringerung oder Umschichtung der Steuern, noch der Abbau der Soziallasten und aller anderen Belastungen, die mit der Produktion gar nichts zu tun haben.

* * *

Was die »Stuttgarter Leitsätze« im übrigen selbst betrifft, so schreibt die »Frankfurter Allgemeine«¹ darüber – eingekleidet in einem Bericht über eine Veranstaltung der »Konrad-Adenauer-Stiftung«, die der Besinnung auf die »Düsseldorfer Leitsätze« der CDU vom Jahre 1949 dienen sollte – unter anderem folgendes:

»Vor 35 Jahren hatte die CDU zum ersten Mal im Anschluß an das Ahlener Programm die Grundzüge festgelegt, nach denen die soziale Marktwirtschaft verwirklicht werden sollte. Damals wollte man die verschwommenen, zum Teil noch von ständestaatlichen Vorstellungen geprägten wirtschaftspolitischen Gedanken im Sinne der Marktwirtschaft Ludwig Erhards präzisieren. Das ist in Düsseldorf selbst aus heutiger Sicht vorzüglich gelungen.

Heute steht die CDU vor der Gefahr, angesichts eines voluminösen Aufgabekatalogs, die Grundsätze von damals in den Hintergrund zu drängen. Zwar sagte der Generalsekretär in der vorigen Woche, die Partei brauche kein neues Programm; das ist auch richtig. Doch sie braucht das ordnungspolitische Rückgrat, ohne das bei so weiter Auffächerung der Aufgaben die Klarheit der Wirtschaftspolitik verloren gehen kann. . . .

»Wenn eine Partei wirtschaftspolitische Grundsätze verkündet hat und sie heute noch für richtig hält, muß sie sich selbst daran messen, wieweit sie diesen Grundsätzen gerecht geworden ist. Einer der letzten noch lebenden Mitarbeiter an den Düsseldorfer Leitsätzen, *Fritz Helwig*, hat jetzt im Rückblick bekannt, daß die Soziale Marktwirtschaft in Wirklichkeit nie voll realisiert worden sei. Daher sei es jetzt die Aufgabe, Marktwirtschaftspolitik nicht nur fortzusetzen, sondern sie gegen die desintegrierenden Elemente, die sich zunehmend stärker bemerkbar machen, besser als bisher durchzusetzen.

»Vor solchem Hintergrund stellte sich die Veranstaltung der »Konrad-Adenauer-Stiftung« als unterschwellige Kritik an den einen Tag später vorgelegten

¹ am 20.3.1984

»Stuttgarter Leitsätzen« dar. Ausgerechnet der Wirtschaftsausschuß der Partei, so war aus Äußerungen auf dem Forum herauszuhören, fühlt sich vom Generalsekretär »überfahren«. Dort hätte man lieber ein knappgehaltenes Papier gesehen, in dem viel deutlicher zum Ausdruck kommen müßte, daß die Zukunftsaufgaben – also gerade Strukturwandel und Subventionspolitik – immer im Zusammenhang mit den alten und neuen ordnungspolitischen Grundsätzen zu sehen sind.

Wie wichtig gerade eine weit nach draußen wirkende überzeugende Aufklärung über Grundsätze ist, hat eine Bemerkung des in Godesberg mitdiskutierenden Gewerkschaftssekretärs *Henschel* verdeutlicht. Viele seiner Kollegen sehen in dem Begriff 'sozial' nur ein Tarnwort für den nach ihrer Meinung ausbeuterischen Charakter dieser Marktwirtschaft, also den Schafspelz, in dem sich der Wolf verbirgt. Gegen ahnungslose oder böswillige Mißverständnisse kommt man aber nicht mit Programmen an.«

Sind das wirklich »ahnungslose oder böswillige Mißverständnisse«? Rund zwei Millionen Arbeitslose, aber die höchsten Bankgewinne, die es je gab, und eine praktisch ununterbrochene Inflation seit Jahrzehnten, die nicht alleine die deficit spending-freudige sozial-liberale Koalition zu vertreten hat – und selbst diese auch nur, weil andernfalls die Krisen noch viel schwerer geworden wären?! Aber was will das schon besagen, wird man die FAZ schon antworten hören, wenn andernfalls der Zins in Gefahr geraten könnte!

Aber hieß es nicht auch in jenen »Düsseldorfer Leitsätzen« *Ludwig Erhards* und *Müller-Armacks*, daß die Ziele der Sozialen Marktwirtschaft seien: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Außenwirtschaftliches Gleichgewicht – wobei damals noch offen war (1949), wie dieses Ziel erreicht werden könnte.

Man war sich aber immerhin schon im klaren darüber, dank *Walter Eucken*, daß es Aufgabe der Währungspolitik sei (Primat der Währungspolitik), die Geldwertstabilität herbeizuführen und einen »Stabilisator des Geldwertes« einzuführen, um den »Wechsel der Konjunkturen« zu überwinden. Und daß das »Außenwirtschaftliche Gleichgewicht« nur durch flexible Wechselkurse zu erreichen ist, wußte man auch damals schon.

Die *Geldwertstabilität*, das weiß man nicht erst seit *Irving Fisher's* erfolgreicher Währungspolitik in den USA in den zwanziger Jahren, ist das Ergebnis einer konsequenten *Quantitätspolitik* der Zentralnotenbank, orientiert am Lebenshaltungskosten-Index.

Der »*Stabilisator des Geldwertes*«, der die stetige »wirksame Nachfrage« und dadurch Dauerkonjunktur ermöglicht, ist von der Zentralnotenbank einzurichten, und zwar in der Weise, daß das Zentralbankgeld, das Bargeld, in geeigneter

Weise unter Umlaufdruck gesetzt wird. Damit hört das Kreditgewähren und Kreditbeschränken, die vermeintliche »Geldschöpfungsmacht« der Banken, auf und Vollbeschäftigung mit allen damit zusammenhängenden Folgen für Freiheit und Gerechtigkeit tritt ein. Im übrigen kann auch dann erst die Geldmengensteuerung anhand des Index voll wirksam werden.

Das *Außenwirtschaftliche Gleichgewicht*, das bei voll flexiblen Wechselkursen jederzeit erreichbar ist, bedingt, daß man grundsätzlich der Geldwertstabilität den Vorrang vor jeder Art von Währungsparität gibt: also nicht nur Abkehr vom Bretton Woods-Fixkurssystem (wie vor über einem Jahrzehnt geschehen), sondern auch Abkehr vom – ohnehin kaum funktionierenden – Europäischen Währungssystem (EWS).

Das also wären in etwa die Forderungen, die man an eine Wirtschafts- und Währungspolitik richten muß, die in Erfüllung und Weiterentwicklung der von *Walter Eucken* und *Ludwig Erhard* konzipierten Sozialen Marktwirtschaft ihr Ziel sieht. Alles Ausweichen vor dieser ordnungspolitischen Grundaufgabe und statt dessen die Hinwendung zu Verbesserungen der staatlichen »Rahmenbedingungen« ist weiter nichts als ein Kurieren an den Symptomen einer verfehlten Wirtschaftspolitik – wenn es ehrlich gemeint ist, oder aber – andernfalls – eben das Umhängen eines »Schafspelzes« um den »Wolf« des »ausbeuterischen Kapitalismus«.

Redaktion

Zeitspiegel

Muß der Begriff »Arbeit« neu definiert werden?

Es ist tröstlich zu wissen, daß für alles gesorgt wird. So erfährt man in einem Artikel in der FAZ vom 13.06.83, daß in Hamburg ein BAT-Freizeit-Forschungsinstitut unter der Leitung eines richtigen Professors mit Namen Opaschowski existiert, das schon seit Jahren die Freizeit der Menschen erforscht. »Freizeit sei schon zum Pflichtfach in der Schule zu machen, denn das sei wichtiger zu lernen, als nachher vor Langeweile sterben zu müssen.« Das Problem der erzwungenen Freizeit, nämlich die Arbeitslosigkeit, erweitert das Feld dieser Forschungen natürlich enorm. So weit so gut. Aber dann überschreitet der Freizeitprofessor seine ihm gesteckten Grenzen doch erheblich, indem er sich sogar Gedanken über eine neue Form der Wirtschaft macht, nämlich den direkten Tausch von Leistungen und Waren ohne das so teure Bargeld. Statt dessen könne man Punkte erfinden, die den Wert jeder Leistung messen, und wenn man die Punkte schriftlich fixiert, hat man dann eine Punktwährung, die natürlich einen großen Fortschritt gegenüber der Geldwährung darstellt. Daran schließt sich dann eine mehr philosophische Betrachtung der Arbeit an, wobei die nicht

bezahlte Arbeit im Gegensatz zur Erwerbsarbeit aufgewertet werden sollte. Wie allerdings dieser Wert aussehen soll, wenn man ihn nicht in Geld oder in Punkten nachrechnen kann, wird nicht geschildert. Vielleicht ist hier das berüchtigte Problem angedeutet, daß Arbeiten und ein Einkommen beziehen zweierlei Dinge sind. Dem müssen wir allerdings beipflichten. Denn mancher hat schon viel gearbeitet und kein Einkommen erzielt (van Gogh ist das berühmteste Beispiel, da er nur *ein* Bild zu Lebzeiten verkaufen konnte), und die Königin von England bezieht zwar ein hohes Einkommen, darf aber gar nicht arbeiten, da dieses ihrer Würde nicht angemessen wäre. Da gibt es nun viele Zwischenstufen, die besonders dann Schwierigkeiten machen, wenn nicht nur Menschen arbeiten können sondern auch noch Roboter. Zu guter Letzt kann man natürlich auch sein Geld in der Bank arbeiten lassen. Diese letzten Heinzelmännchen sind die allerliebsten für diejenigen, die sie ihr Eigen nennen. Die anderen müssen immer noch selber arbeiten und können nicht arbeiten lassen. Das ist der kleine Unterschied, um den sich das Wohl und Wehe der Welt dreht.

Gerhardus Lang

Zins, Zeit und Zeitgeist

Am 24.3.84 erschien in der FAZ ein ganzseitiger Artikel von Prof. Herbert Giersch, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel mit dem Titel »Zins, Zeit und Zeitgeist«. Zunächst einmal wird man an Goethes Aussage zum 'Zeitgeist' erinnert:

»Was ihr den Geist der Zeiten heißt,
Das ist im Grund der Herren eigener Geist
In dem die Zeiten sich bespiegeln.
Da ist's denn wahrlich oft ein Jammer!
Man läuft euch bei dem ersten Blick
davon.

Ein Kehrriechtfaß und eine Rumpelkammer
Und höchstens eine Haupt- und
Staatsaktion

Mit trefflichen pragmatischen Maximen,
Wie sie den Puppen wohl im Munde
ziehenen.«

Der beamtete Professor schimpft in dem Artikel auf das »intellektuelle Establishment in Europa und im Osten der Vereinigten Staaten«, dem das hohe Realzinsniveau »ein Rätsel« oder gar »etwas Böses sei«. Man würde u. a. darin eine »willkürliche Begünstigung des Kapitals auf Kosten der Arbeit sehen«. Aber Professor Giersch geht es um Höheres: nämlich um »den Zusammenhang zwischen Zins und Zeit.« Den hat der kurzsichtige Keynes nämlich nicht gesehen, für ihn war der Zins lediglich der Preis für Liquidität. Bei Professor Giersch ist der Zins in der »Langfristbetrachtung der Preis für den Kredit« weil »die Ungewißheit mit der Länge des Kreditvertrages steigt, letztlich also Preis für die Zeit«. Das ist wirklich eine Entdeckung, die nach Nobelpreis riecht: *Preis für die Zeit!* Es gibt ja auch heute noch Leute, die dem lieben Gott die Zeit stehlen, warum soll es also nicht auch solche geben, die Zeit verkaufen. »Time is money«, jawohl »und deshalb muß sie auch etwas kosten.« Den Preis dürfen

natürlich diejenigen kassieren, die des Preises würdig sind, und das sind allemal die, die der »Minderschätzung der künftigen gegenüber den heutigen Bedürfnissen« nicht erliegen. Denn nach Professor Giersch sind die Leute, die heute gut leben wollen, eben solche mit schlechtem »Anspruchsdenken« und solche, die erst in der Zukunft leben wollen, diejenigen, denen der (Ehren-)Preis gebührt. Daß Letztere natürlich auch heute nicht schlecht leben, meist sogar besser als die, auf die die Kritik von Prof. Giersch gerichtet ist und daß sie auch (nicht geringe) Ansprüche haben, stört ihn nicht weiter. Daß die meisten von ihnen auch beim besten Willen das gar nicht heute erleben könnten, was sie da der *lukrativen Anlage* zuführen, weil es gar so viel ist, interessiert Professor Giersch nicht. Er fabuliert dagegen wie ein gelehrter Psychologe drauflos und stellt Betrachtungen über das Sparverhalten derer an, die »in einer Zeit hoher Inflation und negativer Realzinsen aufgewachsen sind«. Obwohl sich ein Sparverhalten nach allen bekannten Untersuchungen sowohl in Inflationszeiten als auch in Deflationszeiten erstaunlich wenig ändert, möchte Professor Giersch hier einen erzieherischen Einfluß der Zinshöhe auf die Menschen gesehen haben. Diesen Einfluß könnte er allerdings rasch bei denen feststellen, die da nämlich nicht nur einfach sparen, d. h. etwas für die Zukunft zurücklegen ohne Rücksicht auf die paar Zinsen, sondern die ihr »Übriges« ganz gezielt im Hinblick auf eine möglichst hohe Rendite anlegen. Diese haben nämlich keinen langfristigen Erziehungsprozeß nötig, sondern sie schauen jeden Tag in die FAZ, wo die Kurse und Zinsen verzeichnet sind und reagieren prompt wie jeder weiß. So ist es denn nicht weit her mit der Rolle des Zinses als »Zuchtmeister für private und

öffentliche Hände«. Sonst müßte doch mindestens als Ergebnis herauskommen, daß bei hohen Zinsen die Schuldaufnahme der betroffenen öffentlichen – um nicht zu sagen offenen – Hände abnehmen würde, was durchaus nicht der Fall ist, wie die USA und die Bundesrepublik täglich beweisen. Sonst würden vielleicht tatsächlich Sparmaßnahmen ergriffen und z. B. solche überflüssigen Institute wie das Weltwirtschaftsinstitut der Universität

Kiel dem Rotstift zum Opfer fallen, samt den damit subventionierten Professoren. Aber deren Subventionen müssen wir alle durch unsere Steuern aufbringen, auch wenn sie uns nachher nicht nur diesen Unsinn, sondern im weiteren Verlauf des Artikels noch weiteren, den ich dem geschätzten Leser jedoch ersparen möchte, vorsetzen.

Gerhardus Lang

Korrespondenz zu Rudolf Steiners sozialem Hauptgesetz

Lieber Herr . . .

vielen Dank für Ihren Brief vom 29.4. und die Einladung zu einem Gespräch über das Soziale Hauptgesetz. Leider kann ich in dieser Zeit nicht teilnehmen. Ich habe in der letzten Juliwoche mehrere unaufschiebbare Verpflichtungen.

Auch ich halte es für dringend erforderlich, daß über die Auslegung des Sozialen Hauptgesetzes Steiners endlich Klarheit geschaffen wird. Zu diesem Zweck wird auch in Stuttgart in dem Sozialwissenschaftlichen Arbeitskreis, der von der Gesellschaft anthroposophischer Ärzte ausging, ein Studienkreis über dieses Thema gebildet werden.

Für Ihre Diskussion folgende Stellungnahme:

Bitte ziehen Sie noch einmal zu Rate den Artikel in der Zeitschrift »Die Drei« Heft 1/Januar 1979 von Karl Buchleitner und mir. Sie finden dort eine Reihe einschlägiger Hinweise Dr. Steiners erstens zum Sozialen Hauptgesetz, und zweitens zum Austauschverhältnis Geld - Ware (Leistung), nicht jedoch Austausch von Arbeit gegen Geld.

Zu eins:

»Ich habe 1905 einen Aufsatz geschrieben über die Soziale Frage und habe klarmachen wollen, daß ja unter unserer heutigen Arbeitsteilung Arbeit nur Werte erzeugt, indem sie hineinfließt in den ganzen sozialen Organismus. Für uns selber hat in Wirklichkeit unsere Arbeit nur einen Scheinwert. Nur was die anderen für uns tun, hat einen Wert, und das, was wir für die anderen tun, soll für sie einen Wert haben. Das ist etwas, was die Technik schon erreicht hat. Nur sind wir mit unserer Moral noch nicht nachgekommen!« (Der Mensch in der sozialen Ordnung, Sonderdruck aus GA 305).

Zu zwei:

»Es ist durchaus möglich, daß im Leben Vorgänge nicht nur in einem falschen Sinne erklärt werden, sondern daß sie sich in einem falschen Sinne vollziehen. Geld und Arbeit sind keine austauschbaren Werte, sondern nur Geld- und Arbeitserzeugnis. Gebe ich daher Geld für Arbeit, so tue ich etwas Falsches, ich schaffe einen Scheinvorgang.« (Rudolf Steiner, Kernpunkte der sozialen Frage).

Oder:

»Durch soziale Einrichtungen, die in der Richtung des hier Dargestellten liegen, wird der Boden geschaffen für ein wirklich freies Vertragsverhältnis zwischen Arbeitsleitern und Arbeitsleistern. Und dieses Verhältnis wird sich beziehen nicht auf einen Tausch von Ware (beziehungsweise Geld) für Arbeitskraft, sondern auf die Festsetzung des Anteiles, den eine jede der beiden Personen hat, welche die Ware gemeinsam zustande bringen.« (Kernpunkte).

Oder:

»Geld darf in der Zukunft kein Äquivalent sein für menschliche Arbeitskraft, sondern nur für tote Ware. Nur tote Ware wird man in Zukunft bekommen für Geld, nicht menschliche Arbeitskraft (die soziale Grundforschung unserer Zeit in geänderter Zeitlege, GA 186).«

Das tiefe Mißverständnis des Satzes: »Arbeiten und ein Einkommen beziehen haben nichts miteinander zu tun« kann dazu führen, daß die menschliche Arbeit und die mit ihr zusammenhängende Leistung entindividualisiert wird. Auf individueller Initiative und individuellen freien Verträgen sollen jedoch (auch nach Rudolf Steiner, und gerade nach ihm) alles Erwirtschaftete und alle geistigen Unternehmungen beruhen. Steiner wendet sich

mit dieser Bemerkung unter anderem gegen den Arbeitswert-Begriff von Karl Marx, daß nämlich der wirtschaftliche Wertgeronnene Arbeitskraft sei. Man muß diesen Satz in Zusammenhang mit den oben angegebenen Zitaten sehen und auch mit folgendem:

»Aus dem Wirtschaftskreislauf muß die Arbeit ganz draußen liegen. Sie muß liegen auf dem Rechtsboden, wo jeder mündig gewordene Mensch als ein Gleicher zu urteilen hat jedem mündig gewordenen Menschen gegenüber... Dann wird für den Wirtschaftsprozeß nur, dasjenige zurückbleiben, was man nennen kann die gegenseitige Bewertung der Waren, die Regelung, wieviel man zu kriegen hat von den Leistungen der anderen für seine eigenen Leistungen. Mit der Preisbildung wird man es zu tun haben. (Rudolf Steiner, Zürich 1919, GA 332a).«

Die Gefahr besteht nämlich darin, daß das soziale Hauptgesetz durch seine Miß-

deutung der Kollektivisierung menschlicher Leistung Vorschub leisten könnte. Es handelt sich jedoch darum, wie retten wir die menschliche autonom handelnde Persönlichkeit in ihren sozialen Beziehungen, d. h. wie stellen wir auf der Grundlage freier Vertragsverhältnisse Gerechtigkeit her? Die Ungerechtigkeit im jetzigen und traditionellen Wirtschaftssystem beruht auf einer fehlerhaften Rechtsstruktur im Austauschverhältnis der Leistungen (korrumpiertes Geldwesen), und in der Tatsache, daß der Grund und Boden und die Bodenschätze dem zufälligen »Eigentümer« Macht über alle anderen, die nicht Eigentümer sind, geben, und dies durch das traditionelle Bodenrecht (private Bodenrecht) sanktioniert ist.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Gesichtspunkte bei diesen Diskussionen mit einbeziehen würden.

Mit den besten Grüßen,

Ihr Dr. H. H. Vogel

Ankündigungen des Trithemius-Institutes

Bad Boll Medizinisches Seminar

Grundlagenseminar II

Beginn: Montag, 30. Juli 1984, 8.30 Uhr

Ende: Samstag, 4. August 1984, 18.00 Uhr

Ort: Im Hause der Firma Wala in 7325 Eckwälden/Bad Boll

Thema: Grundlagen einer medizinischen Menschenkunde
Mensch und Tierreich
Mensch und Pflanzenreich
Mensch und Mineralreich

Montag bis Samstag

jeweils

Dr. med. H.-H. Vogel

8.30- 9.30 Uhr

Der Typus der Organe;

Konstitution- und Heilmittel-Erkenntnis

Potenzierte Heilmittel aus dem Mineral-, Pflanzen- und Tierreich

9.45-10.45 Uhr

Dr. rer. nat. Volker Seelbach

1. Teil: Vom Typus der Heilpflanzen

2. Teil: Tierwesenskunde zum Verständnis der
Arzneitiere der Homöopathie

17.90-18.00 Uhr

Christian Vogel

Künstlerische Übungen, Eurythmie

Montag bis Mittwoch

11.00-12.15 Uhr

Dr. rer. nat. chem. Hans-Joachim Strüh

Arzneistoffe aus dem Pflanzenreich;

»Pharmazeutische Prozesse«

Donnerstag bis Samstag

11.00–12.15 Uhr Dipl. Ing. (chem.) Ernst Seliger

Säuren und Laugen

Die Stickstoffgruppe; zum Verständnis mineralischer Heilmittel

Montag bis Samstag

außer Donnerstag

15.00–16.30 Uhr Dr. Lothar Vogel

Der Dreigliedrige Mensch;

Zum Verständnis von Gesundheit und Krankheit – Organzeichen

Donnerstag

14.00–17.00 Uhr Dr. rer. nat. Volker Seelbach

Dr. rer. nat. Suse Keller

Botanische Exkursion

Grundlagenseminar III

Beginn: Freitag, 31. August 1984, 9.30 Uhr

Ende: Sonntag, 2. September 1984, 12.00 Uhr

Ort: Im Hause der Firma Wala in 7325 Eckwälden bei Bad Boll

Thema: Erkrankungen des alten Menschen – körperliche, seelische und geistige Wandlung

Freitag, 31. August

9.30–10.30 Uhr Dr. med. H.-H. Vogel

Verjüngung und Erhaltung der Organe

– die Bedeutung des Mesenchyms –

10.45–11.45 Uhr Jürgen Becker

Arzneimittelbilder

anschließend Aussprache

12.15–14.30 Uhr Mittagspause

- 14.30–15.30 Uhr Dr. med. Gerhardus Lang
Plethorische Erkrankungen im Alter
- 15.45–16.45 Uhr Dr. med. Hans-Jürgen Scheurle
Herz- und Gefäßerkrankungen des alternden
Menschen und ihre Therapie
- 17.00–18.30 Uhr Arbeitsgruppen
- 18.30–20.00 Uhr Abendpause
- 20.00 Dr. med. Karl Buchleiter
Die sieben Entwicklungsstufen
Der alternde Mensch

Samstag, 1. September

- 9.–10.00 Uhr Dr. med. Martin Stübler
Homöopathie in der Geriatrie
1. Teil
- 10.15–11.00 Uhr Dr. med. Martin Stübler
Homöopathie in der Geriatrie
2. Teil
- 11.00–12.00 Uhr Aussprache
- 12.00–14.30 Uhr Mittagspause
- 14.30–15.30 Uhr Dr. med. Helmut Sauer
Medizinische, hygienisch-pflegerische
Probleme des alten Menschen
- 15.45–16.45 Uhr Dr. med. Erwin Schlüren
Das Klimakterium
- 16.45–18.00 Uhr Arbeitsgruppen
- 18.00–20.00 Uhr Abendpause
- 20.00 Uhr Dr. Lothar Vogel
Der alte Mensch in der Gesellschaft

Sonntag, 2. September

- 9.00–10.00 Uhr Dr. med. Peter Matthiessen
Sinnesverlust und Bewußtseinsgewinn
im Alter

10.15–11.00 Uhr Dr. med. H.-H. Vogel
Involution und Evolution
– Lebenskeim und Schicksalsfrucht –
zugleich Zusammenfassung

Tierärzte-Tagung

Beginn: Samstag, 8. September 1984, 9.30 Uhr
Ende: Sonntag, 9. September 1984, 12.30 Uhr
Ort: im Hause der Firma WALA in Eckwälden/Bad Boll

Thema: Erkrankungen und homöopathische Therapie des
Bewegungsorganismus und der Atemwege bei Pferd
(Schwerpunkt), Rind und Schwein

Samstag, 8. September 1984

9.–9.30 Uhr Dr. med. H.-H. Vogel
**Grundsätze der Homöotherapie der Atem-
wegserkrankungen beim Menschen im
Vergleich zum Tier (Pferd)**

9.45–10.30 Uhr Dr. med. vet. Dietrich Wiendieck (Gestüt Hilliggrund)
Das Pferd
1. Teil: Erkrankungen und Therapie des
Bewegungsorganismus

10.45–11.30 Uhr **Das Pferd**
2. Teil: Akute Erkrankungen des Atemsystems

11.30–12.15 Uhr Aussprache, Fragenbeantwortung, Diskussionsbeiträge
zum Thema (angemeldet Dr. med. vet. Dieter)

12.30–14.00 Uhr **Mittagspause**
(Mittagessen im Gasthof Albblick und Kurhaus-Restaurant,
Essensmeldung beim Tagungsbüro)

- 14.00–14.45 Uhr Dr. med. Heinz Hagen
Homöopathische Behandlung der Wirbelsäulenerkrankungen beim Hund
- 15.00–15.45 Uhr Dr. med. vet. W. Höfer, Dr. med. vet. Barbara Münchau
1. **Krampfbarkeit der Rinder**
 (rheumatische Erscheinungen)
 2. **Atemwegserkrankungen**
 und ihre homöopathische Therapie
 Erfahrungen im zoologischen Garten
- 16.00–16.45 Uhr Dr. med. vet. Ulrike Bielitz
 (Bäuck-Höfe, Amelinghausen)
Die Bedeutung der biologisch-dynamischen Landwirtschaft für die Tiergesundheit (der gesunde Hof)
- 16.45–17.45 Uhr Dr. med. vet. A. Weiß
1. **Behandlung einer dämpfigen Stute**
 Akupunktur und kombinierte homöopathische Behandlung
 (mit Videofilm)
 2. **Behandlung einer Schulterlähme eines Bullen**
 Akupunktur (Videofilm)
 mit grundsätzlichen Bemerkungen zur Akupunktur
- 18.00–20.00 Uhr **Aussprache und Diskussionsbeiträge**
 anschließend Treffen im Gasthof »Löwen«, Boll

Sonntag, 9. September 1984

- 8.00–8.45 Uhr Dr. Volker Seelbach
Der Typus der Haustiere: Pferd, Rind, Schwein
- 9.00–9.45 Uhr Dr. med. vet. Ulrich Spielberger
Störungen des Bewegungsorganismus beim Schwein, insbesondere der Muskulatur und deren Therapiemöglichkeit

- 10.00-10.45 Uhr Dr. med. vet. Hartmut Krüger
Chronische obstruktive Atemwegserkrankungen und ihre homöopathische Behandlung beim Pferd
- 11.00-11.15 Uhr Dr. rer. nat. pharm. Roland Schaeette
Biologische (pflanzliche und mineralische) Zusatzfütterung zur Stabilisierung des Bindegewebes, der Muskulatur und der Gelenke
- 11.15-12.00 Uhr Dr. med. vet. Walter Greiff
Praktische Homöopathie in der Tiermedizin
- 12.00-12.30 Aussprache
Dr. med. vet. Hartmut Krüger
Dr. med. H.-H. Vogel
Zusammenfassung und Abschluß

Konferenz des Initiativkreises

im Trithemius-Institut
7325 Boll, Badstraße 35

»Das Bewegungselement in den Künsten«

vom 3. bis 5. September 1984

Initiative

*Abonnenten werben Abonnenten!
Haben Sie schon daran gedacht.*

Die Mitwirkenden dieses Heftes

Fritz Penserot Kirn/Nahe
Wolfram Triebler Dortmund-Brechten
Gerhardus Lang Dr. med., Bad Boll
Heinz Hartmuth Vogel Dr. med., Bad Boll/Eckwälden

Vorankündigung für Heft 169 Juli/August 1984

Jobst v. Heynitz

Unternehmer-Sein als Beitrag zur Überwindung
des Gegensatzes von Kapital und Arbeit

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 123 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 und Heft 123.

Herausgeber der Zweimonatsschrift »Fragen der Freiheit«
Trithemius-Institut
Für das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Boll, Badstraße 35,
Postfach 1105, Telefon (071 64) 2572

Preis: Jahresabonnement DM 48.-, sfr. 40.-, ö.S. 350.-

Einzelhefte: DM 8.50, sfr. 7.-, ö.S. 60.-

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011/BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 483 000 000/BLZ 600 697 66

Postscheck: Frankfurt am Main 26 14 04-602
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck GmbH, Göppingen



